

**Kriegsgefahr: Ansätze,
wie sich Ostdeutschland ausklinken kann
– unter dem Schutz durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag**

von Joachim Wernicke

Berlin

21. November 2023

Inhalt

1. Ostdeutschland und Westdeutschland
 - 1.1 Unterschiede zwischen Ost und West
 - 1.2 Der 2+4-Vertrag – Schutzglocke über der DDR
 - 1.3 Deutsche Vertragsbrüche
 - 1.4 Kriegsgefahr durch US-Basen in Deutschland
 - 1.5 Deutschland ist nicht mehr kriegsfähig
 - 1.6 Bundesregierung, Rest-DDR, Rest-BRD
2. Lösungsansätze zum Schutz der Ex-DDR
 - 2.1 Militär-Transportsperr
 - 2.2 Atomwaffenfreie Zone sicherstellen
 - 2.3 Rotkreuz-Schutz zonen einrichten
 - 2.4 Keine NATO-Kämpfe in Ostdeutschland!
 - 2.5 Dialog statt Waffen
 - 2.6 Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag
 - 2.7 Reformverfassung 1990
3. Zurück zu den Prinzipien
 - 3.1 Echte Demokratie mordet nicht
 - 3.2 Industriekriege vor allem um Geld
 - 3.3 Abschreckung als fataler Irrweg
 - 3.4 Europäer werfen keine Atombomben
 - 3.5 Jugendbegegnung als Sicherheitspolitik
 - 3.6 Frieden und Umweltschutz verbunden

Anhang: Chronik der Ereigniskette ab 1938

Quellen und Anmerkungen

Stand 21. November 2023

Zum Autor Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke, Berlin, parteilos:

1940 in Berlin geboren und in West-Berlin aufgewachsen, die *Luftbrücke* erlebt, war ich schon in Jugendjahren von Raketentechnik fasziniert. Physikstudium an der TU Berlin. Gängiges West-Berliner Weltbild: Die USA als Schutzmacht gegen die bedrohliche Sowjetunion, die beiden weiteren Besatzungsmächte (GB, F) eher unwichtig. Promotion und Habilitation im Bereich Luftfahrt der TU Berlin, schließlich Professor an der Fachhochschule Berlin der Deutschen Bundespost. Gleichzeitig jahrzehntelang Produktentwickler in einem mittelständischen süddeutschen Rüstungsunternehmen, erst Flugabwehr, dann Kameradrohnen. Hierzu positive Erinnerungen an die Zusammenarbeit mit den Partnern im Koblenzer Beschaffungamt und in Fachstellen der Bundeswehr.

1980 begann die politische Kontroverse über die Stationierung amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen *Pershing-II* in Westdeutschland, mit Reichweite bis Moskau, Überschrift *NATO-Nachrüstung*. Aus den veröffentlichten Angaben fiel mir etwas auf, das mit meinem optimistischen USA-Bild nicht zusammenpassen wollte: Laut den amtlichen Zusicherungen handelte es sich um Verteidigungswaffen. Aber in ihrer offengeschützten Aufstellung in westdeutschen Wäldern hätte die sowjetische Gegenseite diese für sie gefährlichen Raketen *jederzeit* vorbeugend zerstören können. Technisch taugten sie also nur für den Erstschlag der USA: „*Use them or lose them*“ (*Benutze sie oder verliere sie*). So wurde ich nebenbei in der Friedensbewegung *gegen* diese Raketenstationierung aktiv. Ich lernte, dass es bei der Rüstung und den Kriegen des Westens niemals um Freiheit, Menschenrechte oder Demokratie geht, sondern vor allem um Lieferverträge für Waffen, also um Geld – Munitionsverbrauch als Kriegsziel. Zum Glück beendete 1987 der amerikanisch-sowjetische *INF-Vertrag* das Raketenduell in Europa.

Im Beruf konzentriert, achtete ich 1989 wenig auf die dramatischen Vorgänge in der nahen und doch fernen DDR, die den Kalten Krieg beendeten. So hatte ich den historisch beispiellosen und bewundernswerten Charakter der dortigen friedlichen Reform zunächst nicht mitbekommen, ebenso wenig den ab Februar 1990 strategisch geführten Staatsstreich der Regierungen in Washington und Bonn gegen die Reform-DDR. Der Westen feierte dies als Sieg des deutschen Einheitswunsches und als Wohltat für die DDR-Bürger, obwohl es, wie ich dann feststellen musste, nur darum ging, für die US-Rüstungswirtschaft die NATO zu erhalten und zu erweitern, also die doch naheliegende gesamteuropäische KSZE-Friedensordnung zu verhindern, mit dem Beifang des DDR-Vermögens an die BRD.

Der Ukraine Konflikt ab 2014, die Pläne neuer US-Raketen in Deutschland ab 2019 und die Gefahr von Krieg in Deutschland ab 2022 zeigten mir die erneute Dringlichkeit der Friedensbewegung. Dabei wurde mir die besondere Stellung der heutigen Ex-DDR deutlich, nämlich der 2+4-Vertrag von 1990: Würde die Bundesregierung ihn nicht zum Schaden Russlands brechen, wäre dieser Vertrag der Schutzschirm gegen Waffenexplosionen in Ostdeutschland. Die nötigen Aktivitäten, um diesen Schirm doch noch zu entfalten, können nur aus der eigenen Kraft der Ex-DDR selbst kommen. Nur dort kann – wie schon einmal 1989 – die politische Kraft entstehen, um den deutschen Boden als Schlachtfeld Russlands und der NATO zu versperren.

Dabei dürfte die Erkenntnis mithelfen, dass die DDR nicht zugrunde ging, weil sie „*marode*“ oder von ihren Bürgern nicht akzeptiert war. Vielmehr geschah der *Beitritt* der Reform-DDR zur BRD 1990 offenbar durch Korruption: Im letzten DDR-Parlament *Volkskammer* 1990 saßen rund 300 Abgeordnete, die trotz eindringlicher Warnungen vor den katastrophalen Folgen für die DDR die entsprechenden BRD-aufgesetzten Verträge blindlings durchwinkten. Diese Abgeordneten hatten in fremdem Interesse in Untreue ihren Wählerauftrag verraten. Der *Beitritt* war Kriminalität. Den Weg zur Korrektur weist das Grundgesetz.

Kurzfassung

Die Grenzsperrzone, mit der sich 1961 die sowjetische Besatzungszone DDR von der westalliierten Besatzungszone Bundesrepublik (BRD) abriegelt hatte, öffnete sich im November 1989, in einem beispiellosen friedlichen demokratischen Aufbruch der Bürger der DDR, ein Grund für deren Stolz. Dies war zugleich das befreiende Signal: Der 43jährige Kalte Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion wäre vorüber, damit auch die feindlichen Fremdenlegionen NATO und Warschauer Vertrag. Die Hoffnung galt Frieden und Fortschritt im KSZE-gemeinsamen Haus Europa vom Ural bis Lissabon oder sogar von Sibirien bis Kalifornien. Doch es sollte anders kommen.

Begonnen hatte diese zunächst positive Wende, als 1985 der neue sowjetische Staatschef Gorbatschow die Schadensfolgen des Rüstungswettlaufs erkannte und sein Land umsteuerte, auf Abrüstung, Freiheit und Demokratie. Dies verstand US-Präsident Bush senior als Schwäche, also als Etappensieg seiner NATO im Kalten Krieg. Trotzdem ermöglichte 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag (2+4-Vertrag) der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs mit den beiden militärisch besetzten deutschen Staaten deren Souveränität und Zusammenkommen. In der Praxis wurde dies dann allerdings ein Staatsstreich zwecks Anschluss der DDR an die NATO, durch Korruption und Täuschung der gutgläubigen DDR-Bürger ebenso wie der sowjetischen Führung, zum Nutzen der US- und BRD-Regierungen.

Zum 2+4-Vertrag gibt es inzwischen Stimmen, er sei „nicht das Papier wert“. In der Tat löste sich 1991 der Warschauer Vertrag auf, kurz darauf die Sowjetunion selbst. Ihr Rechtsnachfolger wurde Russland. Ab 1997 rückte die NATO weiter nach Osten vor, bis an die russischen Grenzen. 2014 erlitt die Ukraine, das nach Russland zweitgrößte Land Europas, einen aus dem Westen geschürten Staatsstreich und einen inländischen Krieg, der 2022 nach einem russischen Angriff zu einem Abnutzungskrieg zwischen USA/NATO und Russland in der Ukraine eskalierte. Das Land erhält zunehmend wirksamere westliche Waffen, mit dem erklärten Ziel, Russland zu „ruinieren“.

Deutschland wurde zur Drehscheibe für die Waffenströme und für das US-Kommando – unter Bruch des 2+4-Vertrags. Verhandlungen über einen Waffenstillstand scheinen unerwünscht, mit Blick auf Rüstungsgeschäfte. Deutschland hat sich zur Kriegspartei gegen Russland gemacht, völkerrechtlich sogar in der Rolle des Angreifers, denn Russland hatte Deutschland nicht angegriffen. Damit wächst die Gefahr, dass der Ukrainekrieg sich nach Mitteleuropa ausweitet, als Selbstverteidigung der Atommacht Russland, mit dem absehbaren – und nicht unrealistischen? – Ziel, in einem präzisen Überraschungsangriff das US-Militär aus Europa zu vertreiben.

Dies gelänge allerdings nur um den Preis von Verwüstung im dichtbesiedelten Deutschland, das schon längst nicht mehr kriegsfähig ist, mit seiner zentralisierten Infrastruktur, industriellen Katastrophengefahren im Land und fehlendem Zivilschutz. Erfolgversprechende Verteidigung Deutschlands ist nur noch nicht-militärisch möglich, durch Diplomatie und im Extremfall gewaltfreien zivilen Widerstand seiner gebildeten und selbstbewussten Bevölkerung. Militär in Deutschland kann nicht mehr schützen, sondern ist nur noch Waffenziel, also Lebensgefahr für die Bürger.

In dieser bedrohlichen Situation eröffnet der 2+4-Vertrag reale Schutzmöglichkeiten, die bislang kaum diskutiert werden. Der Vertrag gibt den sechs ostdeutschen Bundesländern besonderen völkerrechtlichen Schutz, als für ausländisches Militär gesperrte atomwaffenfreie Zone. Diese Bundesländer tragen heute gemeinsam die dauerhaften Aufsichtspflichten und Weisungsrechte der 2+4-Vertragspartei DDR gegenüber dem vereinten Deutschland, denn dieses ist nicht 2+4-Vertragspartei.

Zudem treten 33 Jahre nach der deutschen Vereinigung zunehmend Ost-West-Gegensätze hervor: Im Ostteil einschließlich Berlins, hier verkürzt Ex-DDR genannt, ist die öffentliche Meinung zum Ukrainekrieg erheblich kritischer und gefahrenbewusster als im eher sorglosen Westteil, der Ex-BRD.

Diese Situation ermöglicht Maßnahmen, mit denen sich zumindest die Ex-DDR aus eigener Kraft aus der drohenden Gefahr von Krieg auf deutschem Boden ausklinken und damit die Kriegsgefahr insgesamt abbremsen kann. Sieben solche Maßnahmen wurden ermittelt, die bei genauerem Nachdenken eigentlich auf der Hand liegen. Voraussetzung für ihre reale Umsetzung ist die breite öffentliche Diskussion:

1. Militär-Transportsperrzone. Laut 2+4-Vertrag darf von deutschem Boden „nur Frieden ausgehen“. Also müssen die Ex-DDR-Landesregierungen das Verbot von Ukraine-Militärtransporten durch oder über ihr Gebiet in der Praxis durchsetzen.

2. Atomwaffenfreie Zone. Gemäß 2+4-Vertrag sind atomwaffenfähige Ausrüstungen in oder über der Ex-DDR verboten. Die Landesregierungen müssen dies in der Praxis durchsetzen.

3. Rotkreuz-Schutzonen einrichten. Das humanitäre Kriegsvölkerrecht (Artikel 60 des Zusatzprotokolls I von 1977 zu den Genfer Konventionen von 1949) ermöglicht, bereits im Frieden entmilitarisierte Rotkreuz-Schutzonen (traditionell „Offene Städte“) zu erklären und international anzumelden. Diese wichtigen Erklärungen sind Landesaufgaben im Rahmen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

4. Keine NATO-Kämpfe in Ostdeutschland. Die Länder holen von allen NATO-Staaten die bisher fehlende Zusicherung ein: Niemals NATO-Waffenexplosionen auf deutschem Boden! Freunde bombardieren einander nicht. So versperrt sich Deutschland als Schlachtfeld für eine NATO-Kriegsführung.

5. Dialog statt Waffen. In der Ex-DDR noch bestehende Russland-Kontakte auf Länderebene werden für Gespräche genutzt, über gegenseitige deutsch-russische Sicherheitsabreden und über einen Ukraine-Waffenstillstand.

6. Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag. Mit Verweis auf die einstige UN-Mitgliedschaft der DDR und ihr laut 2+4-Vertrag atomwaffenfreies Gebiet treten die Ex-DDR-Länder als Gemeinschaft diesem Vertrag von 2021 bei.

7. Deutsche Verfassung. Nicht nur das Grundgesetz (Artikel 146), sondern auch der 2+4-Vertrag fordern seit 1990 die deutsche Verfassung. Dabei haben die Vertragsparteien BRD und DDR die Daueraufgabe erhalten, militärbezogene Inhalte dieser neuen Verfassung zu überwachen. Diese deutsche Verfassung wurde aber bis heute nicht einmal begonnen – grundgesetzwidrig. Deshalb ist es an der Zeit für eine solche Initiative. Dabei wäre – wenigstens für das Gebiet der Ex-DDR – der Reform-Verfassungsentwurf der DDR vom April 1990 ein guter und wohl mehrheitsfähiger Start, mit seinem friedensorientierten Grundtenor: basisdemokratische Bürgerbeteiligung, Transparenz, Regionalität, soziale Gerechtigkeit, Gemeineigentum, Schwerpunkt auf Jugend und Bildung, keine Wehrpflicht.

Nach einem vertiefenden Blick auf die beiden unterschiedlichen Teile Deutschlands und den wichtigen 2+4-Vertrag von 1990 werden diese sieben Vorschläge näher beschrieben und begründet. Über diesen Einzelheiten stehen wenig beachtete Prinzipien, die anschließend behandelt werden.

Angefügt ist eine kommentierte Chronik des Atomzeitalters, entlang ihren historisch-politischen Hintergründen. Dabei geht es vor allem um die spannungsreiche jüngere deutsche Zeitgeschichte, verbunden mit der Außenpolitik der USA, die an der Demokratie vorbei von starken militärisch-industriellen Interessen gesteuert ist, in Richtung Aufrüstung.

1. Ostdeutschland und Westdeutschland

1.1 Unterschiede zwischen Ost und West

Ostdeutschland ist seit dem Zweiten Weltkrieg das Gebiet der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone, *Deutsche Demokratische Republik (DDR)* genannt, mit der in vier Besatzungssektoren geteilten einstigen Reichshauptstadt Berlin in der Mitte. Seit der deutschen Vereinigung von 1990 umfasst das Gesamtgebiet *Ex-DDR* die sechs *neuen Bundesländer* Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Berlin, zusammen knapp ein Drittel der Fläche und mit 16 Millionen etwa ein Fünftel der Einwohner Deutschlands.

Dessen größeren Teil *Westdeutschland* bilden die zusammengefassten ehemaligen westalliierten (amerikanisch-britisch-französischen) Besatzungszonen, damals *Bundesrepublik Deutschland (BRD)* genannt, heute das Gebiet *Ex-BRD*.

Der Zweite Weltkrieg hatte die osteuropäischen Staaten teilweise in ihren Staatsgebieten verändert. Sie hatten aber über die Sowjetzeit ihre historische und kulturelle Geschlossenheit und Eigenheit bewahrt, und darauf bauten sie ab 1990 auf.

Auf dem nach 1945 verbliebenen deutschen Boden (BRD, DDR und Sondergebiet Berlin) war zwar die sprachliche Einheit unverändert, aber die wirtschaftlichen und in der Folge sozialen und kulturellen Gegebenheiten hatten sich auseinander entwickelt: In der BRD und West-Berlin wurde das traditionelle Wirtschaftssystem des Deutschen Reiches (*Kapitalismus*) nahezu bruchfrei weitergeführt. Hingegen hatte in der DDR die sowjetische Besatzungsmacht ein für deutsche Verhältnisse neuartiges Wirtschaftssystem installiert, das, geplant als *Kommunismus*, doch über Jahrzehnte eine angepasste Eigenform *Sozialismus* ausbildete und damit in dem sowjetisch geführten Wirtschaftsverband *RGW* erfolgreich war.

Dies ist als hohe Leistung zu bewerten, denn die DDR war durch den Startnachteil belastet, dass *sie allein* die sowjetischen Reparationsforderungen gegen Deutschland zu erfüllen hatte. Dies führte zu umfangreichen Industriedemontagen und Material-Abtransporten in die kriegszerstörte und dadurch bedürftige Sowjetunion und zu späteren Lieferverpflichtungen dorthin.

Im Kontrast dazu waren die Westmächte, voran die USA, wenig an – ohnehin zumeist älteren und verschlissenen – Materialien aus ihren Besatzungsgebieten interessiert, sondern es ging bei ihren Reparationen um die Übernahme geistigen Eigentums, vorrangig aus der von der Nazi-Führung stark geförderten Militärschulung, darunter Luftfahrt, Chemie, Optik und Raketentechnik. Darüber hinaus genoss die BRD *einseitig* den Vorteil von Wiederaufbaugeldern aus dem *Marshallplan* der USA.

In Europa einzigartig war auch eine gegenseitige Abschottung der Bevölkerungen von BRD und DDR, mit einer Zwischenrolle von West-Berlin. DDR-seitige Gründe für diese Spaltung waren dichte Grenzsperrungen, die ab 1961 gestoppt hatten, dass DDR-Bürger massenhaft in den materiell höheren und politisch freieren Lebensstandard der BRD abwanderten. BRD-seitig hatten die meisten Bürger keine Kontakte in die DDR, die als unterentwickelt und rechtsunsicher galt, und in der westdeutschen Öffentlichkeit bestand kaum Interesse für die Verhältnisse in der DDR.

BRD wie DDR konnten 1989 auf ein jeweils 40-jähriges Bestehen zurückblicken, länger als jeder andere deutsche Staat in der Geschichte, abgesehen vom Bismarck-Reich (47 Jahre). So waren sowohl in der BRD (60 Millionen Einwohner) als auch der DDR (16 Millionen) fast zwei Generationen herangewachsen, die über den anderen deutschen Staat wenig wussten. Die verfügbaren, aber durch Propaganda geprägten Informationen stammten überwiegend aus Medien der eigenen Seite und – persönliches Interesse vorausgesetzt – aus Eindrücken von Radio- und Fernsehsendungen der anderen Seite.

1990 endete der Kalte Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion. Dessen Frontlinie war 45 Jahre lang mitten durch Deutschland verlaufen und hatte Mitteleuropa in das Gebiet mit der größten Atomwaffenanhäufung der Welt verwandelt. Die plausible Erwartung war 1990, dass diese Gefahr verschwindet, dass also *alle* Besatzungsmächte aus Deutschland abziehen.

Es kam aber anders: Die USA sahen sich als Sieger des Kalten Krieges, gegenüber der wirtschaftlich schwächeren Sowjetunion [1], und sie erreichten es, dass zwar die sowjetischen Truppen abzogen, dass aber ihre und andere westalliierte Truppen in Deutschland stationiert blieben, nun unter der Flagge des US-befehligen Militärbündnisses NATO.

Die drei Teile Deutschlands (BRD, DDR, Berlin) wurden 1990 zusammengefügt. Von einer „*Wiedervereinigung*“ konnte man nicht sprechen, denn die Landesteile hatten sich über die vier Jahrzehnte ihrer Existenz auseinander entwickelt. Also kam der dehnbare Begriff „*Vereinigung*“ ins Gespräch. Das 1990 neu vereinte Deutschland wurde Mitglied der NATO, jedoch mit zwei wesentlichen und spannungsbeladenen Unterschieden zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland, die selbst 33 Jahre nach der Vereinigung fortbestehen oder sogar verstärkt hervortreten.

Der erste Unterschied: Gemäß dem *Zwei-plus-Vier-Vertrag (2+4-Vertrag)* zwischen den 4 Siegermächten und den 2 deutschen Staaten BRD und DDR [2], in Moskau unterzeichnet am 12. September 1990, hat Ostdeutschland einen besonderen und eingeschränkten militärischen Status.

Der zweite Unterschied: In der Ex-BRD ist eine *Russenfurcht* verbreitet. Dabei ist nicht im mehrheitlichen Bewusstsein, dass im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg *Deutschland* der Angreifer gegen Russland bzw. die Sowjetunion war, verbunden mit unfaßbaren deutschen Kriegsverbrechen.

Zwar kennt jedes westdeutsche Schulkind das Nazi-Verbrechen des Holocaust mit 6 Millionen Todesopfern. Aber das andere große deutsche Verbrechen ist in Westdeutschland kaum bekannt: Die Art der Kriegsführung gegen die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Die Wehrmacht zerstörte mit ihrer die „*Taktik der verbrannten Erde*“ mehr als 5000 sowjetische Dörfer. Und von den 5,7 Millionen Sowjetsoldaten, die in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, starben 3,3 Millionen in deutschen Lagern, ungeschützt und unversorgt Wind und Wetter ausgesetzt.

Als sei dies alles niemals geschehen, findet im russisch-ukrainischen Krieg seit 2022 eine Mehrheit in Westdeutschland deutsche Lieferungen schwerer Waffen in die Ukraine richtig [3], im Echo der Inhalte der deutschen Leitmedien, die – durch welche Steuerung auch immer – nahezu im Gleichtakt dieses parteiliche Lied singen und anderen Stimmen kaum Gehör geben.

Damit akzeptiert diese BRD-Mehrheit – wohl ohne sich über die möglichen kriegsrechtlichen Folgen klar zu sein – die entstandene Rolle Deutschlands im Ukrainekrieg als *Kriegspartei gegen Russland*, wie es der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages [4] und prominente deutsche Völker- und Verfassungsjuristen [5] einschätzen. Diese westdeutsche Mehrheit widerspricht nicht hörbar dem erklärten Ziel der Bundesregierung, Russland zu „*ruinieren*“ [6], und glaubt sich offenbar in Sicherheit durch die NATO, als eine vermeintlich wirksame *Vollkaskoversicherung* durch die USA, die als *Schutzmacht* gelten.

Wohl in diesem Glauben ist in Westdeutschland die Sorge um bevorstehende Waffenexplosionen im eigenen Lebensraum gering, obwohl der deutsche Verteidigungsminister aktuell – November 2023 – Deutschland „*kriegstüchtig*“ machen will [7]. Die Bundeswehr selbst verwendet in der Öffentlichkeit für die inzwischen entstandene militärische Rolle Deutschlands den Begriff „*Drehzscheibe*“ [8], sprich: Zielscheibe für russische Waffen.

Im Kontrast zu dieser Stimmung in der Ex-BRD bestehen in der Ex-DDR allgemeine Kenntnisse über die Vorgänge im

Zweiten Weltkrieg und die Erinnerung an die sowjetische Besatzungszeit – und damit weithin ein gewisses Verständnis für russische Sicherheitsängste gegenüber USA und NATO.

Hinzu kommt in der Ex-DDR stärker als in der Ex-BRD eine erfahrungsgetragene allgemeine Skepsis gegenüber den Botschaften von Leitmedien. So lehnt eine Mehrheit in der Ex-DDR Waffenlieferungen in die Ukraine ab [3], wohl auch in dem klareren Bewusstsein, was ein russisch-amerikanischer Stellvertreterkrieg auf deutschem Boden bedeuten würde. Also: Auf keinen Fall Krieg! Bis hin zu der Haltung: „Wenn die Russen unbedingt wollen, sollen sie doch wiederkommen – bloß keine Explosionen!“

NATO. Immer unter Befehl eines US-Generals, ist die 1949 gegründete NATO völkerrechtlich – so ungut dies klingen mag – eine europäische Fremdenlegion des US-Präsidenten. Kein Europäer hat jemals zentrale militärische Mitentscheidung.

Eine Sicherheitsgarantie, also militärische Beistandspflicht, wie sie die Propaganda irreführend behauptet, besteht in der NATO gar nicht. Der Wortlaut des Artikels 5 im NATO-Vertrag stellt dies klar [9]: Im Fall eines bewaffneten Angriffs entscheidet jeder Mitgliedsstaat *für sich allein*, was er macht. So würde eine diplomatische Protestnote als *Beistand* völlig ausreichen. Anders dürften die USA gar nicht Mitglied der NATO sein – der US-Senat hätte es blockiert, wie er bereits 1919 die US-Mitgliedschaft im damals neu gegründeten *Völkerbund* blockiert hatte, weil damit militärische Verpflichtungen verbunden waren [10].

Das existentielle Problem für die NATO-Staaten, vor allem für Deutschland als Schwerpunkt und Drehscheibe der NATO, ist aber gar nicht dieses Bündnis an sich, sondern die Gefahr geht aus von der *Stationierung* von fremder Truppen und deren generellem Recht auf *Selbstverteidigung* nach eigenem Ermessen, also auch zur Stützpunktnutzung in eigenen Kriegen außerhalb der NATO. So können betroffene NATO-Staaten gegen ihren Willen in Kriege ihrer „Gäste“ verwickelt werden.

Genau dies ist Deutschland auch seit 1990 widerfahren, mit der NATO-fremden Nutzung von US-Stützpunkten wie Ramstein und Grafenwöhr und der Zuspitzung seit 2022 im Ukrainekrieg, der in einen russisch-amerikanischen Abnutzungskrieg auf ukrainischem Boden entartet ist, um den Preis des Leidens der dortigen Einwohner, aber geleitet von deutschem Boden.

Die Stationierung fremder Truppen zu erlauben, ist aber *keine* Voraussetzung für die NATO-Mitgliedschaft [9]. Beispielsweise sperren sich Frankreich, Dänemark und Tschechien gegen ausländische Truppen im Land.

Das sowjetische Gegenstück zur NATO, der 1955 gegründete *Warschauer Vertrag*, hatte sich 1991 aufgelöst, gefolgt von der Selbstauflösung der Sowjetunion, deren Rechtsnachfolger Russland wurde. Die USA bewahrten und erweiterten ihre NATO.

1.2 Der 2+4-Vertrag – Schutzglocke über der DDR

1945 hatte das militärisch besiegte Deutsche Reich durch eine „*bedingungslose Kapitulation*“ seine Souveränität verloren und stand daraufhin bis 1990 unter militärischer Besetzung durch die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich, wobei die Siegermächte ihre Besatzungszonen in die beiden deutschen „*Staaten*“ BRD und DDR sortierten, denen aber entscheidende Merkmale echter Staaten fehlten. Der reguläre völkerrechtliche Weg wäre 1990 gewesen, dass die Gemeinschaft der mehreren Dutzend einstigen Kriegsgegner mit Deutschland einen *Friedensvertrag* abschlossen. Aber die 4 Staaten, die Deutschland besetzt hielten, hatten wenig Interesse an einem solchen Friedensvertrag, der auch Forderungen Anderer geregelt hätte.

2+4-Vertrag. So beendeten 1990 die 4 Siegermächte ihre einstigen Streitigkeiten mit Deutschland durch einen Vertrag mit

den 2 deutschen „*Staaten*“, „*Zwei-plus-Vier-Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland*“ genannt, kurz *2+4-Vertrag* [2]. Die Regelung von Reparationsforderungen weiterer Kriegsgegner Deutschlands – wie etwa Griechenlands – blieb außen vor [11].

Der 2+4-Vertrag beendet also die Besatzungszeit und gibt Deutschland – was davon verblieben ist, nämlich den Besatzungsgebieten BRD und die DDR sowie dem Sondergebiet Berlin – die Souveränität zurück. Was BRD und DDR daraus machen, ist ihre eigene Sache. Allerdings gehen die Siegermächte von einer Zukunft als neuer Staat *vereintes Deutschland* aus, das alle drei deutschen Teilgebiete umfasst und durch den 2+4-Vertrag bestimmte Auflagen erhält. Die 4 Siegermächte übernehmen mit dem Vertrag keinerlei Verpflichtungen.

Sonderstatus Ostdeutschlands (DDR und Berlin). Innerhalb Deutschlands verleiht der 2+4-Vertrag der Ex-DDR seit 1990 einen Sonderstatus: Die sowjetischen Besatzungstruppen zogen binnen weniger Jahre von dort ab. In der Ex-DDR sind – anders als in der Ex-BRD – keine Atomwaffen oder deren Trägermittel erlaubt, auch darf kein nicht-deutsches Militär in der Ex-DDR stationiert oder dort „*verlegt*“ werden. Das heißt, die Ex-DDR ist nicht regulärer Teil des NATO-Gebiets und zugleich – anders als die Ex-BRD – eine atomwaffenfreie Zone.

Geschichte des Vertrags. Dass sich die sowjetische Führung unter Michail Gorbatschow 1990 überhaupt auf eine solche für sie nachteilige einseitige Regelung einließ, geht auf eine Vorgeschichte im Frühjahr 1990 zurück: Unter westdeutschen Geldflüssen [12] und der Zusicherung der Außenminister Genscher (BRD) und Baker (USA) und weiterer westlicher Politiker, die NATO „*nicht einen Zoll*“ (Wortlaut Baker) über die innerdeutsche Grenze nach Osten zu erweitern [13], stimmte Gorbatschow zu, dass Deutsch- auf eigenen Wunsch Mitglied im US-Militärbündnis NATO werden darf. Damit hatte er aber Widerstand im eigenen Haus ausgelöst, der sich in den Monaten danach entfaltete [14]. Doch den bereits entstandenen Schaden zu Lasten Russlands konnte dieser Widerstand nicht mehr abwenden.

Das Ganze war in Gang gekommen, weil im Zuge einer Liberalisierung unter Gorbatschow seit 1985 die sowjetische Kontrolle über Osteuropa sich abschwächte. Im Laufe von 1989 fand in der DDR eine friedliche Revolution statt, mit dem Ergebnis der – nach fast 30 Jahren – Öffnung der Grenzsperrung *Berliner Mauer* im November 1989 und daraufhin einer demokratischen, pluralistischen Reformregierung unter Hans Modrow, eine historisch beispiellose und vorbildhafte Leistung, die Respekt verdient.

Staatsstreich. Diese Linie störte aber anderenorts Geschäfte. Im Hintergrund hatte ab Februar 1990 der BRD-Bundeskanzler Helmut Kohl in Abstimmung mit US-Präsident George Bush senior einen *Staatsstreich* gegen die DDR-Regierung Modrow begonnen, durch massive, auch persönliche Einmischung in den Wahlkampf zu den erstmals freien Parlamentswahlen in der DDR.

Das Ziel war, im US-Interesse die DDR für die NATO zu erobern, also eine sich ankündigende DDR-Souveränität zu vereiteln. Im eigenen Interesse arbeitete Kohl darauf hin, dieses Ziel durch die Einsaugung der DDR in die BRD zu betreiben und damit der Schöpfer der deutschen Vereinigung zu werden.

Am 24. Februar 1990 hatte Kohl in Camp David (USA) eine Besprechung mit US-Präsident Bush und dessen Außenminister Baker über das weitere Vorgehen. Seinen Außenminister Genscher hatte Kohl nicht mitgenommen, denn der hatte sich mit seiner Formel „*Deutschland in der NATO, dafür keine NATO-Osterweiterung*“ den Unmut der US-Regierung zugezogen, und damit auch Kohls Unmut. Baker hatte bereits stillschweigend aufgehört, seine Zusicherung an Gorbatschow von Anfang Februar zu erwähnen, die NATO werde „*nicht einen Zoll*“ nach Osten erweitert.

Das Geheimgespräch, dessen Wortprotokoll 2009 in den USA freigegeben wurde [1], erscheint von der amerikanischen Seite als sehr offen und verdient hier Aufmerksamkeit in den Wortlaut hinein.

Bush erklärte Kohl freimütig, er stehe unter Druck, den Umfang seiner Truppen in Europa und die US-Militärausgaben zu senken, er sah sich aber als der Sieger im Kalten Krieg [1]:

„Wir werden gefragt: Wer ist der Feind? (...) Das Konzept, dass Deutschland in der NATO ist, ist absolut entscheidend (...) Wir werden weiterhin US-Truppen in Deutschland und in Europa halten, trotz des Drucks (...) Was mir Sorgen macht, ist das Gerüchte, dass Deutschland nicht in der NATO bleiben darf. Zum Teufel damit. Wir haben uns durchgesetzt und sie (die Sowjets) nicht. Wir können den Sowjets nicht erlauben, sich aus der Niederlage den Sieg zu greifen. Wir haben heute im Kongress ein wirres Denken, Ideen wie diese Friedensdividende (...) Ich bin mir sicher, Sie stimmen mir zu, dass die KSZE nicht die NATO ersetzen kann, als Kern der Abschreckungsstrategie des Westens und als die grundlegende Rechtfertigung für US-Truppen in Europa.“

Die feindliche NATO-Rüstung sollte also weitergehen, und als Bedrohung dagegen sah Bush Friedensgedanken und die gesamteuropäische KSZE, mit deren Mitgliedern USA und Sowjetunion. – Offene Worte Bushs auch zu Atomwaffen [1]:

„Wir wissen, dass amerikanische Atomwaffen ein wesentlicher Teil der US-Militärpräsenz in Deutschland sind. Wenn die amerikanischen Atomstreitkräfte aus Deutschland abgezogen werden, dann sehe ich nicht, wie wir irgendeinen anderen Verbündeten auf dem Kontinent überzeugen können, diese Waffen zu dulden. Denn wenn es Unsicherheit gibt, brauchen wir die atomare Präsenz in Deutschland. Unsere Öffentlichkeit sieht die atomare Abschreckung als den Schutz für unsere Jungs. Ich fürchte, dass wir, wenn wir die Atomwaffen verlieren, zu Hause den Rückhalt für die US-Truppen unterminieren.“

Wo also würden diese Atomwaffen gezündet? – Im Bruch des Amtseids gegenüber seinem Volk wollte Kohl Bush gefallen [1]:

Kohl: *„Die Sowjets könnten für eine begrenzte Zeit in Deutschland bleiben (...). Aber es darf nicht für längere Dauer sein.“*

Bush: *„So dass wir nicht sagen: Alle Sowjets müssen gehen, und auch alle US-Truppen müssen Deutschland verlassen.“*

Kohl: *„(...) Sie müssen bleiben, selbst wenn die Sowjets Deutschland verlassen.“*

Bush: *„Die deutsche Vollmitgliedschaft (in der NATO) ist die Voraussetzung dafür, dass wir US-Truppen in Europa halten können. Sie müssen das verstehen.“*

Kohl: *„Das gefällt mir sehr. Ich möchte Amerika in Europa, und nicht nur seine militärische Präsenz.“*

Kohl machte vor Bush kein Geheimnis daraus, dass er die von Gorbatschow benötigten Zustimmungen buchstäblich kaufen wollte [1]:

Kohl: *„Gorbatschow wird seine eigene Sichtweise auf die NATO haben. (...) Es wird Besorgnisse der Sowjets geben, über ihre Sicherheit, wenn Deutschland in der NATO bleibt. Und sie werden eine Gegenleistung haben wollen (...). Die Sowjets sind beim Verhandeln. Aber das dürfte sich als eine Geldsache herausstellen. Sie brauchen Geld.“*

Bushs knappe Antwort: *„Sie haben tiefe Taschen.“*

Mit anderen Worten: Westdeutsches Geld, kein Cent US-Geld. Baker an Kohl [1]:

Baker: *„Zur Währungsunion, was sind Ihre Pläne?“*

Kohl darauf: *„Es muss schnell gehen. Die gesamte Verbesserung setzt eine Währungsreform voraus. Dies bedeutet, dass wir das Geldsystem der Bundesbank unterstellen müssen. Heute gibt es in der DDR keine Privatbanken, aber damit kann man umgehen. Das ist eine echte Chance auch für die Bundesrepublik.“*

Sogar der „Beitritt“ der DDR nach Grundgesetzartikel 23 war im Februar 1990 schon ausgemacht, denn Baker erwähnte dies [1]. Soweit zu Kohls Camp-David-Reise.

Mitwirkung des BND. Offenbar hatte der – vom US-Geheimdienst CIA Anfang der 1950er Jahre aus ehemaligen Nazi-Einheiten aufgebaute – BRD-Geheimdienst *Bundesnachrichtendienst (BND)* die DDR-Reformbewegung sorgfältig ausspioniert, denn im April 1990 erstattete der BND einen Bericht an das Bundeskanzleramt [15]:

„Die Bürgerbewegungen streben eine Nivellierung der Gesellschaft an. Sie verfolgen den „dritten Weg“, den demokratischen Sozialismus, wie ihn etwa (der Philosoph Rudolf) Bahro vorgezeichnet hat. Sie stehen einem Neubeginn im Wege. Zentrale Frage wird sein: Kann die Arbeit der Bürgerkomitees unterbunden werden?“

Die entsprechenden BND-Akten sind verschlossen. Dass dieses Textfragment überhaupt an die Öffentlichkeit drang, ist laut Bundestagsdrucksachen von 1994 wohl auf ein Versehen innerhalb von BRD-Behörden zurückzuführen [15].

4+2 oder 2+4? Die Souveränität von BRD und DDR musste durch einen Vertrag der 4 Besatzungsmächte mit den 2 deutschen Staaten freigegeben werden, also ein Format „4+2“, 4-mal Geben, 2-mal Nehmen. Baker schlug aber vor, stattdessen die deutsche Vereinigung in den Mittelpunkt zu stellen, das heißt, die umgekehrte Anordnung zu praktizieren: „2+4“. Die Sowjetunion akzeptierte diese Umstellung [16]. Damit war im US-Interesse das kritische Thema NATO in den Hintergrund geschoben.

Auch Kohl sah in „2+4“ eine gute Methode, Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag zu vermeiden, mit Dutzenden ehemaligen Kriegsparteien des Zweiten Weltkriegs, die von Deutschland Reparationszahlungen fordern würden.

Buchstäblich in letzter Minute, nämlich am Vorabend vor der Unterzeichnung des 2+4-Vertrags in Moskau am 12. September 1990, war Genscher zu Ohren gekommen, dass die USA von dem Recht ausgingen, mit Inkrafttreten des Vertrags auf DDR-Gebiet Militärmanöver abhalten zu können, dass aber verständlicherweise die sowjetische Seite unter dieser neuen westlichen Forderung den Vertrag nicht unterschreiben würde. Mit dem Ziel, den Vertragsabschluss doch noch zu retten, war es daraufhin Genscher noch mitten in der Nacht zum 12. September 1990 gelungen, in der berühmt gewordenen *Bademantel-Konferenz* im Hotel in Moskau [17] mit dem aus dem Schlaf geweckten Baker eine Protokollnotiz zum 2+4-Vertrag zu vereinbaren. Sie präzisiert den im Vertragstext verwendeten Begriff „verlegen“ von Militär in und durch die DDR und überträgt die künftige Entscheidung über die Genehmigung solcher Vorgänge an die Regierung des vereinten Deutschland, die die Sicherheitsinteressen aller Vertragspartner zu beachten habe, also deren Veto-Recht.

Schutzwirkung. Für die Sicherheit der Bevölkerung in der Ex-DDR bedeutet der 2+4-Vertrag im Ukrainekrieg gewissermaßen eine Schutzglocke: Abgesehen von ziviler Infrastruktur, die im Militärtransit genutzt werden könnte – wie Flussbrücken, Bahnknoten, Flughäfen – und deshalb legales militärisches Ziel ist, gibt es in der Ex-DDR *keine* Angriffsziele, die für Russland militärisch wichtig sein könnten. Die militärischen Bundesbehörden in Berlin dürften aus russischer Sicht als US-abhängig

Unterverwaltung gelten, also nicht als munitionswertes Angriffsziel. Kurzum: Während die Ex-BRD mit US-Militärbasen vollgestopft ist, ist die Ex-DDR frei davon.

Wenn die Ex-DDR sich in Erfüllung des 2+4-Vertrags sicher und kontrolliert gegen Aufenthalt und Transit nicht-deutschen Militärs und Rüstungsmaterials versperrt, hätte Russland keinen Grund, dort Zielpunkte ins Visier zu nehmen. Dieser Sachverhalt müsste sich im beiderseitigen Interesse verlässlich festschreiben lassen: Die Ex-DDR will nicht Militärziel sein, und Russland will eine NATO-freie Ex-DDR.

So kann die Ex-DDR leichter als die Ex-BRD für ihr Gebiet den Irrweg der militärischen Verteidigung verlassen und sich den viel dringlicheren, aber auch schwierigeren zivilen Zukunftsaufgaben zuwenden, weg von Zerstörung, hin zu Aufbau und Bewahrung, zum Wohl der Bevölkerung.

Ein weiterer Schutzfaktor zugunsten der Ex-DDR: Ob militärische Vorrechte der einstigen westalliierten Besatzungsmächte in der Ex-BRD noch wirksam sind oder nicht [18]: Auf Ex-DDR-Gebiet haben sie *niemals* gegolten und gelten auch heute nicht.

1.3 Deutsche Vertragsbrüche

Im Ukrainekrieg, begonnen durch den russischen Angriff im Februar 2022, spielt Deutschland eine wichtige Rolle: Soweit bisher bekannt, war der Angriff Russlands gegen die Ukraine völkerrechtswidrig. Wenig beachtet wird bis heute, dass eine Kette erst westdeutscher, dann gesamtdeutscher regierungsseitiger Fehlverhalten, darunter Brüche des 2+4-Vertrags, Ursache für den Ukrainekrieg war, das heißt, korrektes *deutsches Verhalten allein in einem* dieser Fälle hätte den Ukrainekrieg vermutlich verhindert. Hier die fünf wichtigsten deutschen Fehlverhalten in zeitlicher Folge:

- (a) Hinnahme der Forderung der USA 1989: *Das vereinte Deutschland wird NATO-Mitglied, und die US-Truppen mit Atomwaffen bleiben in Deutschland* [19] (statt vielleicht späterem Staatenbund der reformierten DDR mit der BRD).
- (b) Vorgetäushtes Ehrenwort von Genscher an Gorbatschow 1990, daraufhin inhaltsgleich vorgetäuscht von US-Außenminister Baker und weiteren westlichen Politikern [13]: *Keine NATO-Osterweiterung*, als Preis für die sowjetische Zustimmung zum *Abzug der Sowjettruppen aus der DDR und der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland*.
- (c) Geheimabsprachen Kohls mit Bush 1990 [1]: *Gorbatschow wird mit BRD-Geld gekauft*.
- (d) Ab 1997 brach Deutschland das Ehrenwort an Gorbatschow vom Frühjahr 1990 und auch den 2+4-Vertrag, durch die Zustimmung zur NATO-Osterweiterung, statt des pflichtgemäßen deutschen Vetos im NATO-Rat. Dortige Beschlüsse erfordern *Einstimmigkeit*. Das deutsche Nein hätte also die NATO-Osterweiterung im Ansatz und auf Dauer gestoppt.
- (e) 2015 deutscher Betrug an Russland durch Missachtung des *Minsk-II-Abkommens* (F, D, RUS, UA), durch eine UN-Resolution festgeschrieben, für das Ende des Krieges der ukrainischen Regierung gegen ihre russischsprachigen Ostprovinzen. Die 2015 amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannte im Dezember 2022 diesen Völkerrechtsbruch [20]: Das heimliche Ziel von Minsk-II war, der Ukraine Zeit für Aufrüstung zu verschaffen.

Brüche des 2+4-Vertrags. Es ist daran zu erinnern, dass Deutschland 1999 militärisch am Angriff der NATO gegen Jugoslawien teilnahm, *„trotz fehlendem Mandat des UN-Sicherheitsrats und damit ohne völkerrechtliche Grundlage“* [21], also ein Bruch des 2+4-Vertrags, obendrein eine grundgesetzwidrige Straftat, die aber nicht verfolgt wurde.

Aber zur aktuellen Situation 2023: Die Ukraine erhält nach dem russischen Angriff 2022 wachsende westliche Waffen- und

Zieldatenunterstützung, über Deutschland als *Drehscheibe*.

Der Transit von Rüstungsnachschub in die Ukraine und nach Osteuropa durch die Ex-DDR hindurch oder durch deren Luftraum bricht den 2+4-Vertrag, insbesondere dessen Artikel 5 mit zugehöriger Protokollnotiz [2]. Dies passiert in folgender Weise: Vor dem „*Verlegen*“, also vor solchem Transit ausländischen Militärs und Materials durch oder über die Ex-DDR, muss die deutsche Regierung dafür gesorgt haben, dass dabei die *„Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei“* berücksichtigt sind. Offensichtlich geschieht das aber im Fall Russland nicht. Trotzdem erfolgen solche Transporte. Sie verstoßen also gegen den 2+4-Vertrag.

Ein anderer Vorgang: Im Juni 2023 fand großenteils im Luftraum der Ex-DDR das NATO-Manöver „*Air Defender 23*“ statt, laut Bundeswehr die *„größte Verlegeübung von Luftstreitkräften seit Bestehen der NATO“*, 250 Flugzeuge, davon 100 aus den USA, [22], also mit ausländischem Militär über der Ex-DDR. Auch dies war ein Verstoß gegen den 2+4-Vertrag, allein wegen des ausdrücklich verbotenen „*Verlegens*“.

Technisch hätte diese Übung in jedem beliebigen NATO-Land stattfinden können – warum ausgerechnet über dem rechtlich verbotenen Gebiet Ex-DDR? Offenbar ging es der veranstaltenden US-Regierung weniger um die militärischen Übungsinhalte als darum, durch gezielten Vertragsbruch den 2+4-Vertrag zu schwächen, also neues Gewohnheitsrecht zu schaffen, nämlich ungehinderte NATO-Militärverfügung über die Ex-DDR, aus der Erfahrung, dass Russland solche Rechtsbrüche bisher mehrfach hingenommen hat und damit passiv zum Entstehen neuen Gewohnheitsrechts beiträgt. Warum folgt die – laut 2+4-Vertrag für die Erlaubnis der Übung zuständige – Bundesregierung einer solchen Linie?

Neue regelbasierte Ordnung statt Völkerrecht. Hier ist generell seit Ende des Kalten Krieges eine systematische Bemühung der USA und Großbritanniens zu beobachten, das bewährte Völkerrecht zu ersetzen durch eine *„regelbasierte Ordnung“* und *„westliche Werte“* nach jeweils eigenem Ermessen. Den auffälligen Anfang nahm diese Entwicklung 1999 im US-befehligen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien, gerechtfertigt mit einer Lüge („*Völkermord*“) und der Falschbehauptung, jeder Staat habe eine *„Schutzverantwortung“*, bei schweren Menschenrechtsverletzungen einzugreifen, auch ohne Zustimmung des betroffenen Staates.

Dieser Ansatz ist eine Absage an die UN-Charta. Sie setzte sich fort beim zwei Jahrzehnte langen, US-geführten „*Krieg gegen den Terror*“ (Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien). Diese westliche Eigenmächtigkeit führte Russland, China und die Länder des Südens enger zusammen, in der BRICS-Vereinigung, und fand 2022 die Zuspitzung im Ukrainekrieg.

Der Schweizer Militäranalyst Jacques Baud fasste 2023 die Doppelmoral der USA zusammen mit der Feststellung, kein westlicher Experte oder Politiker habe bisher die Frage beantwortet [23]:

„Warum ist der Ukraine-Konflikt verwerflicher als die früheren Konflikte des Westens im Nahen Osten?“

Das Geschehen in der Ukraine ist zunehmend zu einem Abnutzungskrieg geworden, zwischen einerseits Russland und andererseits den USA und deren NATO-Gefolge. Ausgefochten wird der Krieg bisher nur auf ukrainischem Boden. Aber die Befehlszentralen und die Masse des US-Militärs in Europa befinden sich in der Ex-BRD. Die deutsche Regierung duldet sogar, dass das US-Militär auf dem deutschem Schießplatz Grafenwöhr ukrainische Soldaten im Gebrauch amerikanischer Waffen gegen Russland ausbildet [24], außerhalb der NATO [25]. Deutsche Bündnisverpflichtungen gegenüber der Ukraine bestehen nicht, weder über die NATO noch über die EU.

Unklar ist, inwieweit die Bundesregierung mit Abkommen von 2021, noch vor dem russischen Ukraine-Angriff, den USA die Erlaubnis erteilt hat, die Ex-DDR mit Söldnerdiensten militärisch zu nutzen [26].

Atomwaffensperrvertrag. Mit der „atomaren Teilhabe“ (Abwurf von US-Atombomben durch Bundeswehrsoldaten und auch nur die Drohung damit) verstößt das seit 1990 *neue* UN-Mitglied *vereintes Deutschland* gegen das UN-Verbot des Internationalen Gerichtshofs von 1996 [27] und gegen den Atomwaffensperrvertrag von 1970 [28]: Einstige Sondererlaubnisse für die Besatzungs-BRD („*Rusk-Brief*“ von 1968 [29]) sind 1990 entfallen.

Gültigkeit von Verträgen. Im Juni 2023 hat die Bundesregierung mit Litauen eine dauerhafte dortige Stationierung von 4000 Bundeswehrsoldaten mit Material und Familien vereinbart [30]. Die *NATO-Russland-Grundakte* von 1997 verbietet dies [31]. Unklar ist, ob die Bundesregierung mit ihrem Schritt die Fortgeltung der NATO-Russland-Grundakte verneint [30].

Die deutsche Litauen-Stationierung ist aber ein ernster Vorgang, denn sie führt direkt weiter auf die Frage nach Fortgeltung des 2+4-Vertrags. Die USA mögen sich bisher international machtpolitisch leisten können, die Einhaltung von Verträgen von eigener situationsbedingter Nützlichkeit abhängig zu machen und fallweise einfach „*neues Völkerrecht*“ zu behaupten. Ob solches Verhalten für Deutschland zweckmäßig ist, scheint hingegen zweifelhaft. Die Starken brauchen kein Recht, denn sie nehmen es sich. Aber das Recht schützt die Schwachen – vorausgesetzt, sie selbst achten das Recht.

In plausibler Reaktion auf die deutschen Vertragsbrüche könnte Russland diese Vertragsverletzungen beklagen und Abhilfe fordern. Sollte Deutschland dann nicht sachgerecht reagieren, könnte Russland die Hinfalligkeit des 2+4-Vertrags behaupten und die Wiedereinsetzung in die Rechtssituation vor 1990 verlangen, also erneut russische Militärmissionen – oder sogar Kampftruppen – in Deutschland.

Kriegspartei und Selbstverteidigung. Aus russischer Einschätzung dürfte sich Deutschland 2022 im Ukrainekrieg zu einer wichtigen feindlichen Kriegspartei gemacht haben. So sehen es jedenfalls der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages [4] und prominente deutsche Völker- und Verfassungsjuristen [5]. Als Kriegspartei befindet sich Deutschland sogar in der Rolle eines Angreifers, denn Russland hatte Deutschland nicht angegriffen.

Russland kann somit also ein Recht auf Selbstverteidigung gegen Deutschland beanspruchen, allein aus den deutschen 2+4-Vertragsverletzungen. Allerdings ist nicht bekannt, inwieweit Russland bisher gegen diese Verletzungen protestiert hat – oder ob inzwischen in Moskau die Sichtweise eingezogen ist, Verträge mit dem heutigen US-Satelliten Deutschland seien sinnlos, denn die deutsche Bundesregierung würde sie doch nicht einhalten.

1.4 Kriegsgefahr durch US-Basen in Deutschland

Es besteht die erklärte westliche Absicht, Russland im Ukrainekrieg in eine Niederlage zu zwingen, zu „ruinieren“ [6]. Allerdings ist inzwischen (November 2023) die Erfolgsaussicht dieser Absicht mehr und mehr anzuzweifeln [65].

Vielmehr ist früher oder später – nach entsprechender Vorbereitung – mit massiver militärischer Gegenwehr Russlands zu rechnen. Um aber einen strategischen Atomkrieg USA-Russland sicher zu vermeiden, wäre solche russische Gegenwehr nicht gegen das ferne Kernland der USA zu erwarten, sondern gegen das vor der Tür gelegene NATO-Europa.

Somit wächst vor allem die Gefahr von Krieg auf deutschem Boden. Davor hatte 2022 die *RAND Corporation*, das renommierte Beratungsinstitut der amerikanischen Regierung, gewarnt [32]: Die russische Regierung könnte den Krieg als Stellvertreterkrieg

mit den USA sehen und eine drohende Niederlage in der Ukraine nicht hinnehmen, sondern den Krieg nach Westeuropa ausweiten.

Russischer Präventivangriff. Welche Handlungsmöglichkeiten hätte die russische Regierung für den Fall, dass sie sich im Ukrainekrieg zur Notwehr gegen die USA und deren NATO-Gefolge gedrängt sieht? Selbst wenn die Ukraine zum verwüsteten und entvölkerten Trümmerfeld und Schrottplatz geworden wäre, so bliebe doch für Russland *unvermindert* die dort empfundene Bedrohung durch das US-Militär in Europa. Diese Truppen haben aber – vorteilhaft für Russland – eine allgemein bekannte Verletzlichkeit, nämlich dass sie aus historischen Gründen in der Ex-BRD konzentriert sind, dort auf einigen Dutzend hochtechnisierten Basen und nur zum kleinen Teil in anderen NATO-Staaten [33].

Eine fiktive Situation, die wohl niemand in Europa wünschen kann, wäre ein russischer Präventivangriff gegen diese US-Basen. Die funktionskritischen Objekte auf diesen Basen überraschend zu zerstören, würde das US-Militär in Europa handlungsunfähig machen. Zusätzliche Angriffe auf Verkehrsknoten (Flussbrücken, Bahnkreuze, Flugplätze) würde großflächige Bewegungen von Truppenresten verhindern.

Nicht-US-Truppen in Europa dürften für Russland als Ziele weniger bedeutend sein, denn das gesamte NATO-System steht unter US-Befehl, der nach einem russischen Präventivangriff unterbrochen wäre. Dass die Europäer ohne US-Führung eigenständig gegen Russland kämpfen würden, damit ist kaum zu rechnen, allein deshalb, weil (a) dies niemals geübt wurde und (b) in NATO-Europa widerstrebende nationale Interessen bestehen.

Technik. Als geeignetes technisches Mittel für einen erfolgversprechenden russischen Präventivangriff gegen die US-Präsenz in Europa erscheinen – wegen ihrer minutenkurzen Flugzeit – salvenfähige, also landgestützte konventionelle Präzisions-Mittelstreckenraketen. Hingegen wären see- oder luftgestützte Raketen ungeeignet, wegen ihrer zu langsamen, also nicht mehr überraschenden Startfolge der Angriffssalve.

Mit Reichweiten um 2000 km für einige hundert Kilogramm Sprengstoff-Nutzlast in manövrierender Hyperschalltechnik mit über zwölfwacher Schallgeschwindigkeit (ca. 4 km/s) unterwegs, dürften solche Raketen auf absehbare Zeit nicht abwehrbar sein (auch nicht durch moderne Systeme *Arrow-3* [34], die Deutschland im Herbst 2023 für über 3 Milliarden Euro in Israel bestellt hat [35]). Mit der Fernraketenalve müssten, um die empfundene US-Bedrohung aus Europa zu beenden, russische Soldaten nicht einmal fremden Boden betreten. Ob nach einem solchen Ereignis europäische NATO-Länder US-Truppen auf ihrem Boden noch dulden würden, erscheint zweifelhaft.

Nachdem sie 2019 den für Europa lebenswichtigen INF-Vertrag gekündigt hatten, arbeiten die USA seither an genau solchen eigenen technischen Raketenfähigkeiten, mit ihren neuen Baumustern landgestützter Mittelstreckenraketen *LRHW (Long-Range Hypersonic Weapon)* alias *Dark Eagle* [36] und *OpFires* [37], als modernisierte konventionelle Ausführungen der einstigen *Pershing-II* [38]. Eine *Dark-Eagle*-Einheit ist in den USA aufgestellt, eine zweite soll 2025 in Deutschland stationiert werden [39].

Super-Iskander? Ein entsprechendes aktuelles russisches Raketenbaumuster ist bisher nicht bekannt, dürfte aber in der Fähigkeit der russischen Raketenindustrie liegen. Zu denken wäre dabei an eine zweistufig angetriebene, also Mittelstreckenvariante der landgestützten Hyperschall-Kurzstreckenrakete *Iskander* [40]. Ein solches sowjetisches Entwicklungsprojekt *Volga*, in Nachahmung der Leistungen der *Pershing-II*, war 1987 mit dem INF-Vertrag abgebrochen worden [41]. Der Schwerpunkt einer aktuellen russischen Weiterentwicklung dürfte auf Treffgenauigkeit und Zuverlässigkeit liegen.

Zivile Ziele. Könnte die russische Führung bei einem Präventivangriff auch auf Wohngebiete zielen? Technisch ja. Es ist aber kein Grund erkennbar, warum dies geschehen sollte: Es wäre Verschwendung teurer Munition ohne militärischen Nutzen, außerdem völkerrechtswidrig, mit entsprechenden propagandistischen Nachteilen. Aber selbst wenn der russische Angriff nur auf US-Militärstellungen zielen sollte, würden unvermeidliche Fehltreffer voraussichtlich zu erheblichen zivilen Personen- und Sachschäden führen. Treffer auf militärisch mitgenutzte Brücken, Bahnknoten und ähnliches würde den zivilen Verkehr massiv stören.

Für einen erfolgreichen Präventivangriff gegen das US-Militär in der Ex-BRD und anderen NATO-Ländern und für Nachfolgeaktionen, etwa um zu verhindern, dass die USA Nachschub anlanden, dürfte Russland einige hundert Raketen benötigen. Sie herzustellen und beim Militär einzuführen, dürfte einige Jahre beanspruchen.

Reaktion der USA. Nach einem russischen Präventivangriff auf den US-Brückenkopf in Europa wären wirksame US-Gegenangriffe gegen Russland von Europa aus technisch nicht mehr möglich. Die USA würden also im Fall eines solchen russischen Angriffs voraussichtlich ihre einsatzfähige Militärpräsenz in Europa verlieren, nach über 70 Jahren.

Die bewegliche US-Marine könnte noch von Flugzeugträgern und Kriegsschiffen aus in großem Stil gegen Ziele in Russland zurückschlagen. Dies würde aber die US-Niederlage in NATO-Europa nicht rückgängig machen. Auch würde Russland dadurch nicht besiegt. Es wäre nur eine sinnlose Eskalation der Krise, aber mit dem Aspekt erheblichen Munitionsverbrauchs auf US-Seite.

Ein atomarer Gegenschlag der USA gegen Russland dürfte sich wegen der Wahrscheinlichkeit der Eskalation verbieten, denn größere Schäden im US-Kernland dürften für jede Regierung in Washington tabu sein.

Stattdessen könnte die US-Regierung sich unter internationalem dankbarem Beifall darauf beschränken, demonstrativ auf eine atomare Reaktion gegen Russland „*besonnen zu verzichten*“. Gleichzeitig könnte sie ihre europäische Niederlage umdeuten in einen erhöhten Bedarf an Militärgeldern, um die Rüstung gegen den angeblich übermächtigen und aggressiven Gegner fortan hochzuführen – ein Auftragsschub für den militärisch-industriellen Komplex der USA.

Ungeachtet gegenseitiger propagandistischer Versicherungen enger Verbundenheit in der NATO: Ein realer Nebennutzen für die USA, einen russischen Angriff gegen Westdeutschland ohne größere Gegenmaßnahmen hinzunehmen, wäre, dass der Angriff den Wirtschaftskonkurrenten Deutschland schwächt.

Vereinbarung. Ein russischer Präventivangriff auf Deutschland muss aus deutschem und europäischem Interesse unter allen Umständen vermieden werden. Mit Blick auf die Rückkehr zu normalem Handelsumgang nach dem Krieg gilt dies vermutlich auch aus russischer Sicht. Am zweckmäßigsten wären deshalb ehrliche Gespräche über die Sicherheitsbedürfnisse beider Seiten.

Sollte die Bundesregierung – etwa mit Rücksicht auf US-Interessen – einen solchen Dialog vermeiden, hätte die Ex-DDR, durch den 2+4-Vertrag geschützt und durch ein eigenständiges Gremium ihrer Landesregierungen vertreten, *für sich allein* die Möglichkeit und vielleicht auch Motivation, mit der russischen Führung in Dialog zu treten. Dabei ginge es um ein Tauschgeschäft zum beiderseitigen Nutzen: Die Ex-DDR sorgt in ihren Ländern für die Einhaltung des 2+4-Vertrags, das heißt, sie versperrt sich gegen NATO-Bewegungen durch oder über Ex-DDR-Gebiet; im Gegenzug unterlässt Russland jegliche Waffenwirkungen gegen die Ex-DDR.

Mit einer solchen Vereinbarung können *beide* Seiten wichtige eigene Interessen wahren. Deshalb ist damit zu rechnen, dass *beide* Seiten sich an solche getroffenen Abmachungen halten würden.

1.5 Deutschland ist nicht mehr kriegsfähig

Die Bundeswehr wurde 1955 auf westalliierten Besatzungsbefehl gegründet, zur militärischen Unterstützung dieser Besatzungsmächte in ihrem Konflikt gegen die Sowjetunion. Dabei war die Frage kein Thema, ob das Völkerrecht überhaupt die Inanspruchnahme eines besetzten Landes für solche eigennützigen Dienste außerhalb des Besatzungszwecks erlaubt.

Das Bundesverteidigungsministerium des vereinten Deutschland beschreibt heute die Aufgabe der Bundeswehr mit dem Kernsatz [42]:

„Die Bundeswehr verteidigt Deutschlands Souveränität sowie das Staatsgebiet und schützt seine Bürger.“

Wie dies in Einzelnen geschieht, ist grundsätzlich offen gelassen, wird aber in der Bundesregierung offensichtlich als *militärische* Verteidigung verstanden, mit Kampfhandlungen, also Kriegswaffeneinsätzen auch auf deutschem Boden.

Verletzlichkeit. Dabei bleibt ausgeblendet, dass das inzwischen hochverletzliche Deutschland gar nicht mehr militärisch, sondern nur noch gewaltfrei verteidigt werden kann.

Selbst „*rein defensive*“ Kriegsführung in zivilem Siedlungsgebiet, etwa durch „*Schutzschirme*“ aus Flug- und Raketenabwehr, führt zu unakzeptablen Zivilschäden: Solche Abwehr über Siedlungsgebieten verschlimmert noch die Angriffswirkungen, denn es stürzen nicht nur die feindlichen Flugkörper funktionsfähig oder als Trümmer zu Boden, sondern dazu auch die Trümmer und noch scharfen Explosivteile der Abwehrflugkörper.

Sollte es dazu kommen, dass Panzer, Kanonen und Kampfbomber in oder über Deutschland feuern, würde binnen Stunden die Aufbauarbeit von Generationen vernichtet, ganz abgesehen von den Personenschäden. Wenn im Krieg in Deutschland das erste Kind verletzt ist, haben wir verloren, denn danach kann es nur noch schlimmer werden. Selbst wenn andere Staaten hinterher Siege behaupten und Rüstungskonzerne wirtschaftliche Spitzengewinne verbuchen: Deutschland hat von Krieg im eigenen Land *in jedem Fall* Schäden, die – aus Sicht der Bevölkerung – kein Nutzen aufwiegen kann.

Gemäß einer Umfrage vom Januar 2023 befürchten 72% der Menschen in Deutschland, dass der Ukrainekrieg „*nicht auf das Gebiet der Ukraine beschränkt bleibt*“ [43]. Obwohl Umfragen in Deutschland zu Kampfhandlungen auf deutschem Boden nicht bekannt sind, lehnen nach persönlichem Eindruck die Bürger mit *überwältigender Mehrheit* jegliche Kriegswaffenexplosionen in ihren Lebensräumen ab, egal, durch wen verursacht.

NATO als Gefahr. Überraschenderweise teilt aber die amtierende Bundesregierung diese Sicht ihrer Bevölkerungsmehrheit nicht, wie die 2022 begonnene massive Aufrüstung der Bundeswehr und die Waffenunterstützung für die Ukraine zeigen.

Ohne die Verletzlichkeit des Landes zu beachten, gingen alle bisherigen Bundesregierungen seit 1990 – im Einklang mit dem Besatzungs-Grundgesetz von 1949 – von der Annahme aus, Deutschland könne noch erfolgversprechend *militärisch* verteidigt werden. Dies soll durch moderne Bewaffnung der Bundeswehr und mit Hilfe der NATO-Verbündeten geschehen [44].

Praktisch würde das aber bedeuten, dass im „*Verteidigungsfall*“ nicht nur gegnerische Kriegswaffen auf deutschem Boden explodieren, sondern auch Kriegswaffen von Bundeswehr und NATO-Militär. Die Geschäftsgrundlage der NATO war seit Anbeginn 1949, dass die Staatsgebiete der 12 Gründungsmitglieder von Kriegsgeschehen freibleiben sollten, und zwar ganz einfach dadurch, dass ja das besetzte *Westdeutschland* als Schlachtfeld an der Frontlinie der NATO zur Verfügung stand [21]. Die heute, 74 Jahre später, noch immer Konzentration von US-Militär in der Ex-BRD beweist, dass die Planung im Prinzip unverändert ist.

Das NATO-Szenario der militärischen Verteidigung Deutschlands widerspricht somit dem Überlebensinteresse der deutschen Bevölkerung. Militär ist legitimes Ziel für gegnerisches Militär, also Gefahr für die Bevölkerung. Der 2022 von der Bundesregierung verkündete Zusatz-Militäraufwand von 100 Milliarden Euro [44] – 4800 Euro pro vierköpfige Familie oder fast der *deutsche Jahresetat* für Kitas und Schulen: Macht diese Geldausgabe das Leben für Familien in Deutschland sicherer oder gefährdeter?

Nicht mehr kriegsfähig. Deutschland ist in seiner Siedlungsdichte und extrem verletzlichen zentralisierten Infra-Struktur *nicht mehr kriegsfähig*, geschweige denn nach den Worten des Bundesverteidigungsministers „*kriegstüchtig*“ [7]. In Deutschland existieren praktisch keine Schutzräume für die Bevölkerung.

Man denke nur an den Ausfall der Stromversorgung (damit auch Ausfall von Wasserversorgung, Licht, Geräten, Telefon, Einkaufsläden, Tankstellen ...) oder an nur „*kleine*“ Sabotageangriffe gegen Großchemie und Atomanlagen, die damit zu Katastrophenquellen werden. Das Gefahrenpotential von Chemieanlagen mit ihren Tanks von teilweise tausenden Tonnen hochgiftigen Zwischenprodukten (etwa Chlor, Phosgen oder Cyanwasserstoff) [45] ist der Öffentlichkeit nicht bewusst, obwohl es dem von Atomanlagen entspricht: Unter Waffeneinwirkung bersten die Tanks, und mit dem Wind wälzt sich eine Giftgaswolke am Boden über das Gelände – keine Überlebenden.

Deutschland ist also nur noch *nicht-militärisch* zu verteidigen, durch Diplomatie und im Extremfall durch gewaltfreien zivilen Widerstand der Bevölkerung. Die erfolgreichen Beispiele hierfür sind die Tschechoslowakei 1939 und Dänemark 1940, in beiden Fällen gegen die Besetzung durch die Nazi-Wehrmacht. Die damaligen Führungen dieser Länder waren auf das Wohl ihrer eigenen Bürger ausgerichtet. Sie wussten: Keine fremde Militärmacht wäre in der Lage, ihre zusammenhaltende Bevölkerung zur Unterwerfung zu zwingen oder zu verlocken. So ging es also darum, eigene Verluste an Menschen und Werten zu vermeiden. Für dieses Ziel war offensichtlich die *Gewaltfreiheit* die einzig wirksame Methode, denn nur sie verweigerte dem Angreifer verlässlich die benötigte Rechtfertigung für Waffeneinsätze.

Diese historische Erfahrung gilt umso mehr in der heutigen Zeit, mit der schnellen internationalen Nachrichtenverbreitung, die 1939/40 noch nicht vorstellbar war. Ein militärischer Angreifer gegen ein gewaltfrei verteidigtes Land steht heute binnen Stunden international am Pranger und erleidet Abscheu und Boykotte gegen seinem Außenhandel. Es kostet ihn also Geld.

1.6 Bundesregierung, Rest-DDR, Rest-BRD

Nach offiziell verbreiteter Sichtweise war 1990 die DDR der BRD beigetreten, und das vereinte Deutschland präsentiert sich als lückenlose Fortführung der BRD. Als Verfahren habe die DDR-Regierung einem formellen Ablauf gemäß Artikel 23 des BRD-Grundgesetzes zugestimmt. Wegen dieses Verfahrens werde der Begriff *Beitritt* verwendet. Die Besonderheit Berlin kommt in dieser Darstellung nicht vor.

Tatsächlicher Ablauf. Es handelte sich in Wahrheit aber um einen ganz anderen Vorgang: Die von 1941 bis 1945 in der Anti-Hitler-Koalition kriegsverbündeten und siegreichen USA, Großbritannien und Sowjetunion hatten nach der bedingungslosen Kapitulation des besiegten Deutschen Reiches dessen Souveränität übernommen und das Land in Besatzungszonen unterteilt. Frankreich erhielt nachträglich die Rolle als Siegermacht.

1949 hatten diese vier Siegermächte in beispiellosen Aktionen ihre deutschen Besatzungsgebiete, völkerrechtlich also fremdbeherrschte Militärdiktaturen, zu den angeblich *demokratischen Staaten* BRD und DDR erklärt.

Die in vier Besatzungssektoren geteilte ehemalige Reichshauptstadt Berlin, mitten in der DDR gelegen, blieb außerhalb

dieser Aufteilung. Die Stadt, ab 1948 geteilt in einerseits die westalliierten Sektoren (West-Berlin) und den sowjetischen Sektor (Ost-Berlin) gehörte weder zur DDR noch zur BRD, selbst wenn die beiden Teile diesen Sachverhalt für ihren Bereich verwaltungstechnisch herunterspielten, jeder auf eigene Weise: West-Berlin tat so, als gehöre es zur BRD. Ost-Berlin präsentierte sich als „*Hauptstadt der DDR*“, obwohl es außerhalb des DDR-Gebiets lag.

Ab 1946 hatten die drei Westalliierten aus rüstungswirtschaftlichen Gründen die Sowjetunion zum neuen militärischen Gegner erklärt, und diese Situation bildete dann für über vier Jahrzehnte den Antrieb des *Kalten Krieges*.

Am 12. September 1990 hatten diese 4 Siegermächte dann doch gemeinsam durch den 2+4-Vertrag mit den 2 deutschen Staaten deren *souveräne Vereinigung* ermöglicht, im Einzelnen zu regeln nach den Wünschen von BRD und DDR. Die beiden hatten dies durch interne Verträge vorbereitet, den *Währungsvertrag* und den *Einigungsvertrag*. Kurz zuvor hatte die DDR noch ihre Flächenstruktur von 14 *Bezirken* in 5 *Länder* geändert, zwecks Anpassung an die Flächenstruktur der BRD. Der bereits erwähnte Staatsstreich der BRD gegen die DDR steckte in deren eiligem Anschluss an die BRD, was die DDR-Führung mitmachte, nur erklärlich durch – auch DDR-interne – Korruptionseinflüsse.

Völkerrechtlich geschah mit dem 2+4-Vertrag der *gleichzeitige* Zusammenfluss „*alter*“ (BRD) und „*neuer*“ (DDR) Bundesländer und des von den Besatzungsmächten hinzugefügten Berlins zu dem neuen Staat *vereintes Deutschland*.

Berlin. Dieses Hinzufügen Berlins hatte die besondere Note, dass hier jegliche demokratische Legitimierung fehlte: Während für die DDR mit der Parlamentswahl vom März 1990 ein demokratisches Vorgehen betont werden konnte, fiel dies für die BRD mit ihrer letzten vorausgegangenen Parlamentswahl vom Januar 1987 schon schwerer. Aber der von den Besatzungsmächten praktizierte Anschluss Berlins an das vereinte Deutschland konnte sich auf keine Wahl oder Volksabstimmung berufen, obwohl fast ein Jahr lang Zeit dafür gewesen wäre und die Bürger vermutlich weit mehrheitlich für den Anschluss gestimmt hätten. Das Fehlen eines solchen Aktes gibt völkerrechtlich das Bild, das vereinte Deutschland habe Berlin – oder wenigstens West-Berlin – annektiert.

Für den kosmetischen Eindruck einer Kontinuität erhielt der so gebildete neue Staat das Namensetikett der Besatzungs-BRD: *Bundesrepublik Deutschland*.

Dauerhafte Kontrollaufgaben für BRD und DDR. Die 4 Siegermächte hatten den 2+4-Vertrag mit sowohl der BRD als auch der DDR geschlossen [2]. Dies führt auf eine eigenwillige Rechtskonstruktion: Das vereinte Deutschland ist nicht Vertragspartei des 2+4-Vertrags, obwohl es nur drei Wochen später, ab 3. Oktober 1990, für eine solche Rolle zur Verfügung gestanden hätte, in einem fiktiven *1+4-Vertrag*.

Das vereinte Deutschland tritt aber im 2+4-Vertrag auf, und zwar als ein Objekt, das gemäß Vertrag zu kontrollieren ist [2]. Das heißt, der Vertrag verpflichtet das vereinte Deutschland, seine im Vertrag von den Siegermächten festgelegten und von den Vertragsparteien BRD und DDR einzeln akzeptierten Auflagen zu befolgen. Diese Aufgabenverteilung ist unabhängig von der politischen Linie der jeweils gerade amtierenden Bundesregierung des vereinten Deutschland.

Artikel 1 des 2+4-Vertrags beschreibt dessen Mechanismus [2]: Die Siegermächte haben als Gebiet des neuen Staates *vereintes Deutschland* die BRD, die DDR und Gesamt-Berlin bestimmt. Sie verordneten zwingende „*Prinzipien*“ [2], nämlich dass die Grenzen des vereinten Deutschland endgültig sind und dass das vereinte Deutschland keine Gebietsansprüche gegen andere Staaten hat und haben wird. Hierzu der Kernsatz [2]:

„Die Regierungen der BRD und der DDR werden sicherstellen, dass die Verfassung des vereinten Deutschland keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind.“

Das heißt, weder BRD noch DDR sind identisch mit dem vereinten Deutschland, sondern sie bestehen in spezieller Form weiter, mit ihrer *ausdrücklichen* und *voneinander unabhängigen* dauerhaften Kontrollaufgabe, die deutsche Verfassung inhaltlich zu kontrollieren.

Diese Verfassung zu schaffen, wie im Grundgesetzartikel 146 [46] ausdrücklich beauftragt, ist bis heute noch nicht einmal angefangen, obwohl 1990 von einer Zweijahresfrist die Rede war. Dieses Verhalten ist also grundgesetzwidrig.

Eine zweite Kontrollaufgabe von BRD und DDR über zwingende Inhalte der überfälligen deutschen Verfassung folgt aus den Artikeln 2 bis 4 des 2+4-Vertrags und betrifft Militär [2]: „Von deutschem Boden wird nur Frieden ausgehen“; Angriffskrieg ist verboten und strafbar; Waffeneinsätze erfolgen nur im Einklang mit der UN-Charta; reguläre Mitgliedschaft des vereinten Deutschland im Atomwaffensperrvertrag von 1970; Festlegung einer maximalen deutschen Truppenstärke, zu erreichen „*binnen drei bis vier Jahren*“, Abzug der sowjetischen Streitkräfte „*bis zum Ende des Jahres 1994*“ [2].

Also nochmals ganz klar: Ab 1990 *Daueraufgaben* für die – somit fortbestehenden – BRD und DDR.

Die Rest-DDR. So hatten die beiden Staatsregierungen BRD und DDR im Augenblick der Unterschrift unter den 2+4-Vertrag ihr Volk und Land in den neuen Staat *vereintes Deutschland* eingebracht, und in denselben Unterschriftenminuten hatten die Siegermächte das Gebiet Berlin hinzugefügt. Die beiden deutschen Staaten blieben zurück als Rest-BRD und Rest-DDR, voneinander unabhängig, beide ohne Volk und Land, aber mit den konkreten Aufsichtsaufgaben über das vereinte Deutschland, also mit dem entsprechenden *Weisungsrecht* gegenüber dessen Bundesregierung. Wie diese beiden Rest-Institutionen sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemeinsam oder einzeln gegen die Bundesregierung des vereinten Deutschland durchsetzen, musste die vier weiteren Vertragspartner des 2+4-Vertrags nicht interessieren. Die Rest-DDR einschließlich Berlin ist, geografisch offensichtlich, identisch mit der Gemeinschaft der sechs ostdeutschen Bundesländer.

In der Hast der Vereinigung 1990 gerieten diese Einzelheiten des 2+4-Vertrags in den Hintergrund: Von einer Rest-BRD oder Rest-DDR war damals nirgendwo die Rede. Wer hatte schon den 2+4-Vertrag genau gelesen?

Aber mit nun – 2023 – wachsender Kriegsgefahr wird die Rest-DDR zu einem entscheidenden Sicherheitselement: 1990 war nicht abzusehen, dass das vereinte Deutschland den 2+4-Vertrag mehrfach brechen würde (siehe Kapitel 1.3), speziell auf dem Territorium der Ex-DDR, und dass das vereinte Deutschland sich sogar zur Kriegspartei gegen eine der 2+4-Vertragsparteien – Russland – machen würde. Russland ist dadurch geschädigt.

Beschwerdeinstanz für Russland. Wegen der Brüche des 2+4-Vertrags, besonders betreffend die Ex-DDR, müsste sich Russland mit seiner – wohl berechtigten – Beschwerde darüber an die Rest-DDR wenden. Eine solche arbeitsfähige Institution existiert aber bisher nicht. Doch sie kann leicht zusammengerufen werden, aus der Gemeinschaft der sechs Ex-DDR-Bundesländer.

Ein solches DDR-Ländergremium hätte also das demokratische Mandat, unmittelbar als Rest-DDR tätig zu werden, mit der Weisung an die Bundesregierung des vereinten Deutschland, zur 2+4-Vertragstreue zurückzukehren.

Generell wäre das DDR-Ländergremium zugleich die Interessenvertretung der Ex-DDR gegenüber der Bundesregierung.

Hier besteht in der Tat Handlungsbedarf, denn soweit erkennbar, sind die Menschen in der Ex-DDR mehrheitlich mit der Verwaltung durch die Bundesregierung unzufrieden [47].

Allerdings ist zu erwarten, dass die Bundesregierung jegliche Aufforderungen durch das DDR-Ländergremium zurückweist, mit der Begründung, es gebe laut Grundgesetz keine Rechtsgrundlage für ein solches Gremium. Tatsächlich hat die Bundesebene grundgesetzwidrig seit 1990 versäumt, die im Grundgesetz selbst geforderte deutsche Verfassung zu schaffen, die dann die Vorgaben des 2+4-Vertrags enthalten müsste, damit auch die Festschreibung der Rollen von Rest-BRD und Rest-DDR.

Dass die deutsche Verfassung seit 33 Jahren nicht einmal begonnen worden ist, weist darauf hin, sich führende Wirtschaftskräfte vorteilhaft mit dem Grundgesetz eingerichtet haben und dessen Ablösung vermeiden wollen. Deshalb dürfte in der deutschen Bundespolitik die Bereitschaft sehr begrenzt sein, den Verfassungsauftrag des Grundgesetzartikels 146 auch nur anzuhören und sich obendrein vielleicht mit einer DDR-Verfassung zu beschäftigen, die ja ein fundamental anderes System beschreibt als das Grundgesetz.

Vorstellbar wäre aber der rechtliche Weg im vereinten Deutschland, dass – etwa auf Antrag der 6 Ex-DDR-Länder das Bundesverfassungsgericht dem Bundestag mit Fristsetzung den Auftrag erteilt, hilfsweise das Grundgesetz zu ergänzen, um den Anforderungen des 2+4-Vertrags gegenüber Beschwerden aus dem Kreis der vier Siegermächte gerecht zu werden.

Politische Wege. Allerdings stehen den Ex-DDR-Ländern auch politische Wege offen, um ihre gemeinsame Rolle als Rest-DDR wahrzunehmen: Sie könnten Widerständen aus der Bundesregierung entgegenhalten, der 2+4-Vertrag gebe *ihnen gemeinsam* den unmittelbaren Auftrag als Rest-DDR, mit Weisungsrecht gegenüber der Bundesregierung. Die damit aufgeworfenen juristischen Grundfragen dürften sich auf dem Rechtsweg kaum lösen lassen.

Zusätzlichen politischen Druck könnte auf Landesebene die bestehende Möglichkeit von Volksentscheiden erzeugen, denen die Landesregierung dann zu folgen hat. Auf Bundesebene ist solches Recht blockiert.

Weil die Vorgaben des 2+4-Vertrags die Bevölkerung gegen Gefahren durch Militär schützen, dürften sie, wenn sie bekannt würden, weit mehrheitliche Zustimmung finden. Im Fall einer Kriegsgefahr ist ohnehin davon auszugehen, dass das politische Hauptziel der sechs Ex-DDR-Landesregierungen und ihrer Bevölkerungen deckungsgleich ist: „*Unter keinen Umständen Krieg in der Ex-DDR!*“ Entscheidend für die Durchsetzung dürfte die breite Öffentlichkeit der politischen Diskussion sein.

Als weitere Freiheit für den Schutz ihrer Bevölkerung haben die Bundesländer im Rahmen des Kompetenzgefüges des Grundgesetzes die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, also Polizei, Feuerwehr, Schutzgebiete. Diese Verantwortung können sie nutzen, um, unterstützt durch öffentliche Diskussion, 2+4-vertragswidrige militärische Stationierungen und Bewegungen in ihrem Gebiet real zu verhindern.

Unterschiedliche Interessen zwischen Bund und Ex-DDR-Ländern wurden bereits deutlich, seit die Bundesregierung 2022 mit Sanktionsbegründungen die traditionellen Handelsverbindungen der Ex-DDR-Länder mit Russland abbrach und damit Industrien und Arbeitsplätze in diesen Ländern zerstörte, Stichworte *Schwedt* [48] und *Nordstream* [49]. Warum nehmen die Ex-DDR-Länder solche Einmischungen der Bundesregierung hin? Sie hätten doch für eigene widerständige Positionen Rückhalt in ihrer Bevölkerung. Was fürchten sie?

Bei den deutschen Energieimporten aus Russland ist zu bedenken, dass über ein halbes Jahrhundert lang die Sowjetunion und dann Russland zuverlässig und zu günstigen Preisen Erdöl [50] und Erdgas [51] nach Deutschland geliefert hat, ungeachtet

politischer Ost-West-Krisen. Besondere Preisvorteile hatte die DDR als Mitglied des sowjetischen Wirtschaftsbündnisses RGW erhalten. Diese Vorteile gingen teilweise auf das vereinte Deutschland über. Die Sowjetunion und später Russland hatten also den Wohlstand in Deutschland subventioniert, bis die deutsche Regierung nach dem russischen Angriff gegen die Ukraine diesen Vorzug einseitig kappte. Andere NATO-Staaten (Spanien, Belgien, Niederlande, Ungarn, Slowakei) beziehen weiterhin russisches Erdöl und Erdgas [52].

Allerdings ist auf der Ländersseite Bewegung zu erkennen: So plädierte 2023 der Ministerpräsident Sachsens, Michael Kretschmer (CDU), für eine Bundesinitiative zum Waffenstillstand in der Ukraine und für die Reparatur der Pipeline *Nordstream-1*, die im September 2022 durch einen – bis heute ungeklärten – Anschlag beschädigt wurde. Kretschmer klagte, „die Sanktionspolitik gegenüber Russland schwächt unsere Wirtschaftskraft“ [53].

2. Lösungsansätze zum Schutz der Ex-DDR

In dem Bemühen, Kriegsgeschehen in Deutschland, wenigstens aber in Ostdeutschland zu verhindern, tritt als *Glücksfall* dessen oben beschriebene Sonderrolle in den Vordergrund, nämlich heute noch bestehende DDR-Pflichten aus dem 2+4-Vertrag, verbunden mit Rechten auf Sicherheit, die als Schutzglocke für die Ex-DDR wirken.

Vorausgesetzt ist allerdings, dass die Landesregierungen der ostdeutschen Bundesländer diesen Schutz für ihre Bevölkerungen aktiv – und am besten gemeinsam miteinander und teils auch gemeinsam mit westdeutschen Bundesländern – auch in Anspruch nehmen. Überwältigende Bürgermehrheiten dürften bei solchen Maßnahmen hinter ihren Landesregierungen stehen, notfalls unterstützt durch Bürgerinitiativen zu Volksabstimmungen. Dabei ginge es für die verbindliche Wirkung jeweils um die Abstimmung über Gesetzentwürfe, deren Annahme durch Volksentscheid die Landesregierungen dann direkt bindet.

Die für die ostdeutschen Länder aus dem 2+4-Vertrag naheliegenden eigenen Schutzmaßnahmen wirken zugleich dämpfend auf eine Eskalation des Ukrainekriegs und der militärischen Spannungen in Europa: Kaschiert durch moralische Propaganda, geht es in Konflikten zwischen Industriestaaten immer hauptsächlich um Geld für Großunternehmen. Ein Ausklinken der Ex-DDR würde die Geld- und Waffenströme in Europa bremsen – und damit auch den Ukrainekrieg.

Mit dem Ziel, dass es *niemals* zu Krieg in Deutschland, zumindest aber der Ex-DDR kommen darf, nachfolgend der Vorschlag von sieben einschlägigen Handlungsmöglichkeiten der ostdeutschen Landesregierungen, gestützt auf die (wohl gesicherte) Annahme, dass die eigene, teils noch DDR-sozialisierte Bevölkerungsmehrheit in der Frage der Kriegsvermeidung engagiert hinter ihrer auf Abrüstung orientierten Landesregierung steht, und auf die (vielleicht falsche) Annahme, dass die NATO-orientierte amtierende Bundesregierung sich gegen solche Landesaktionen stellen würde.

Extremfall. Sollte die amtierende Bundesregierung die Länder der Ex-DDR bei den dort mehrheitsgestützten Bemühungen behindern, dürften sich besonders bei akut werdender Kriegsgefahr Grundsatzfragen zur deutschen Vereinigung stellen. Dies käme besonders zur Wirkung, wenn aus dem BRD-geführten Staatsstreich gegen die DDR von 1990 damalige kriminelle Handlungsweisen nachweisbar werden, etwa aus dem BRD-kollaborierenden Abstimmungsverhalten der Volkskammermehrheit während der Regierungszeit de Maizière [54] oder aus der BRD-seitigen Vereinigungskriminalität der *Treuhandanstalt* [55], die allerdings durch Geheimhaltung der Akten bis 2031 [56] vorerst nicht aufklärbar sein dürfte.

Vielseitige öffentliche Warnungen vor den Schadensfolgen dieser Handlungen im BRD-Interesse und zu Lasten der DDR-Bürger lagen damals auf dem Tisch, und auch fehlte es in Wortmeldungen von Volkskammerabgeordneten nicht an Warnungen vor den Schäden, die dann alsbald auch eintraten: Der Wegfall des starken DDR-Mieterschutzes und der Grundsatz *Rückgabe vor Entschädigung* – so erhielten „*Alteigentümer*“ in der BRD oder deren Erben Rechte an DDR-Wohngebäuden. Die Hälfte der DDR-Bevölkerung verlor dadurch die Sicherheit ihrer Wohnung [54]. Die Zerstörung der Wirtschaft durch die schutz- und übergangslose Auslieferung an das DM-Geldsystem machte über drei Millionen DDR-Bürger arbeitslos [57]. 97% des DDR-Staatsvermögens ging an Unternehmen oder Bürger der BRD oder fremder Staaten [54]. Dies alles ignorierend, stimmte die überwältigende Mehrheit der Volkskammer für eine Reihe von Gesetzen, die diese Schädigung ihrer Mitbürger im BRD-Interesse in die Tat umsetzten. Der DDR-Autor Patrick Bauer beschrieb 2019 die Entstehung dieser letzten Volkskammer am 18. März 1990 so [58]:

„*Der Wahlkampf wurde dominiert von den Erben der alten Ost-Macht und den Zöglingen der alten West-Macht. Kohl verteilte seine schwarzrotgoldenen Fahnen und seine D-Mark an die ganzen Umfaller, die gerade noch in den Reihen der Blockparteien Honecker mitgetragen hatten*“.

Die in Leipzig aufgewachsene Hochschullehrerin Yana Milev kam 2023 nach einschlägiger Recherche zu dem Fazit [56]:

„*Am Ende blieb den Einheitsmachern und ihren Zuarbeitern/Ost nur noch die radikale Entwertung der DDR, um über die kapitale Vereinigungskriminalität hinwegzutäuschen*“.

Wenn dies alles zutrifft, dann wären unter „*Zuarbeiter/Ost*“ die rund 300 BRD-zuarbeitenden Mitglieder der Volkskammer und noch etliche weitere DDR-Bürger zu verstehen, alles zusammen also wohl rund 400 Leute. Diese Personengruppe wäre durch westliche Korruption angelockt worden und sah sich nun zum Gehorsam gegenüber den BRD-Weisungen erpresst, durch die Furcht, mit ihrem Verhalten aufzufliegen.

Sofern sich dies etwa aus Zahlungsflüssen zu Korruption nachweisen ließe, stände die Ordnungsmäßigkeit der Vereinigungsvoraussetzungen in Frage. Damit käme die Rückkehr zu zwei unabhängigen deutschen Rechtsräumen in die Diskussion, etwa in Verbindung mit der lange überfälligen deutschen Verfassung gemäß Grundgesetzartikel 146 [46] und mit Verweis auf den DDR-Verfassungsentwurf von April 1990 [59] (Kapitel 2.7).

Bankenkauf. Die DDR-Führung hatte ihre Wirtschaft über Kredite der staatlicher Banken an die Unternehmen und Rückflüsse von den Unternehmen gesteuert. Diese Kredite waren also DDR-interne Buchwerte. Ab 1990 kauften West-Banken eilig, teils schon vor der Vereinigung, DDR-Banken und übernahmen damit auch diese „*Altkredite*“, die so zu Forderungen in harten D-Mark geworden waren und Unternehmen und Personen in der DDR in den Ruin trieben.

Diese Vorgänge liegen im Nebel der Geheimhaltung. Ausnahmsweise drang 2023 ein Beispiel in die Öffentlichkeit. Der Bundesrechnungshof kritisierte in einem Bericht aus dem Jahr 1995 [60] die Art und Weise solcher Übernahmen. Die westdeutsche *DG-Bank* hatte für 106 Mio. DM die DDR-*Genossenschaftsbank Berlin* gekauft und damit deren Forderungen an DDR-Betriebe und Personen in Höhe von 15500 Mio. DM übernommen – das 146-Fache des Kaufpreises. Die *West-Berliner Bank* erhielt die *Ost-Berliner Stadtbank* für 49 Mio. DM mit Forderungen in Höhe von 11500 Mio. DM, das 234-Fache. Ordnungsgemäß?

Sieben Maßnahmen wurden ermittelt, mit denen sich Deutschland, zumindest aber die Ex-DDR *aus eigener Kraft* aus

der drohenden Gefahr von Krieg auf deutschem Boden ausklinken und damit die Kriegsgefahr insgesamt abbremsen kann. Diese Maßnahmen werden nachfolgend beschrieben.

2.1 Militärsperre

Der 2+4-Vertrag enthält das Verbot, in Ostdeutschland nicht-deutsches Militär zu stationieren oder zu „verlegen“. Dabei liegt gemäß Artikel 5 des Vertrags und der zugehörigen Protokollnotiz [2] die Entscheidung, ob ein Militärvorgang erlaubt ist oder nicht, bei der Regierung des vereinten Deutschland, also der Bundesregierung. Dabei gilt allerdings eine Bindung: Vor dem Stationieren oder „Verlegen“ nicht-deutschen Militärs und Rüstungsmaterials durch oder über die Ex-DDR muss die Bundesregierung dafür gesorgt haben, dass die „Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei“ berücksichtigt sind.

Solche tatsächlich auftretenden, also veto-kritischen Fälle sind etwa nicht-deutsche Militärflugzeuge im Luftraum der Ex-DDR, im Rahmen von NATO-Bewegungen, und im Ukrainekrieg der Durchtransport nicht-deutschen Rüstungsmaterials und Militärs in die Ukraine, durch die Ex-DDR hindurch oder über sie hinweg. Diese Vorgänge sind geschehen und wurden in den Leitmedien berichtet. Mit der Zustimmung Russlands zu solchem Stationieren oder „Verlegen“ dürfte seit Beginn des Ukrainekriegs 2022 nicht zu rechnen sein.

Also versäumt die Bundesregierung im Fall Russlands ihre Bindung gemäß 2+4-Vertrag, dass sie solchen Transporten nicht zustimmen darf. Das heißt, die Bundesregierung bricht den Vertrag. Russland könnte zu Recht bemängeln, dass die Bundesregierung solche unerlaubten Militärbewegungen über Ex-DDR-Gebiet nicht sperrt.

Zwar sind russische Beschwerden darüber bisher nicht bekannt geworden. Aber zu gegebener Zeit könnte Russland diesen Vertragsbruch als Begründung für eine militärische Selbstverteidigung gegen Deutschland verwenden. Um solches Geschehen zu vermeiden, ist demnach – falls die Bundesregierung untätig bleibt – eine Maßnahme der Rest-DDR, also der 6 Ex-DDR-Bundesländer geboten.

Die Aktion: Am besten gemeinsam, notfalls einzeln unterbinden die Ex-DDR-Bundesländer aus eigener Zuständigkeit mit eigenen Mitteln in ihren Gebieten den nicht-deutschen Militär-Luftverkehr und entsprechende Rüstungstransporte in die Ukraine, mit der Begründung, dies sei ihre Verpflichtung aus dem 2+4-Vertrag, und sie seien verantwortlich für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in ihren Gebieten.

Die Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerungsmehrheiten in den Ex-DDR-Bundesländern dürfte bestehen.

2.2 Atomwaffenfreie Zone sicherstellen

In ähnlicher Weise die Aktion: Mit der Begründung des 2+4-Vertrags sperren die Ex-DDR-Landesregierungen den Aufenthalt atomwaffenfähiger Großwaffen in oder über der Ex-DDR, speziell auch von Artilleriegerät des atomwaffenfähigen Geschoskalibers 155 mm und von atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen wie Tornado, F-16 oder F-35.

Zusammen mit der bereits behandelten teilweisen Militärsperre (Kapitel 2.1) entsteht eine gesamtheitliche Militärsperre der Ex-DDR-Bundesländer. Auch hier scheint die Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerungsmehrheiten in den Ex-DDR-Bundesländern zu bestehen.

Wäre diese Sperre vollbracht, könnten die Landesregierungen der Ex-DDR von der russischen Regierung verlangen, ihre Gebiete von möglichen künftigen Militärangriffen im Zuge des eskalierenden Ukraine-Kriegsgeschehens auszunehmen, weil von der Ex-DDR – mit dem Angebot internationaler Kontrolle – keinerlei militärische Gefährdung Russlands mehr ausgehe. Hierzu wären zweiseitige Gespräche aufzunehmen.

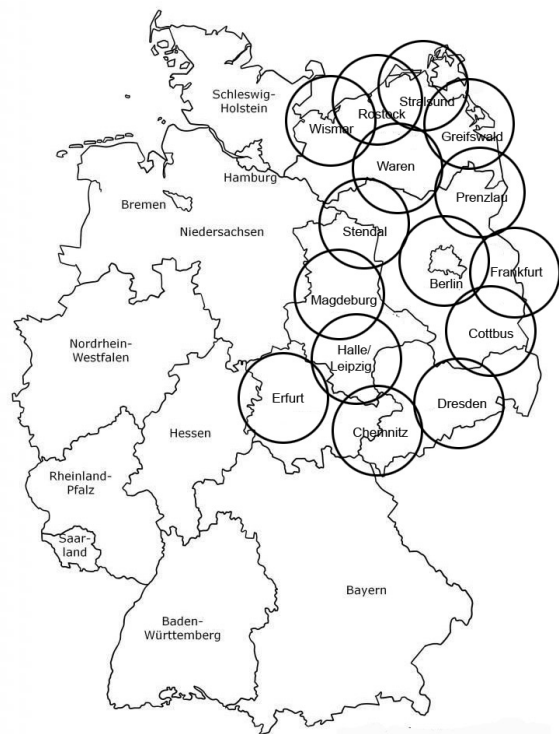
2.3 Rotkreuz-Schutzzonen einrichten

In der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland dürfte unstrittig sein, dass eine erfolversprechende, also bestandserhaltende militärische Verteidigung Deutschlands nicht mehr möglich ist (Kapitel 1.5).

Wenig bekannt ist hingegen die seit 1977 bestehende Möglichkeit des modernen humanitären Kriegsvölkerrechts (Artikel 60 des *Zusatzprotokolls I von 1977 zu den Genfer Konventionen von 1949*) [61], schon im Frieden entmilitarisierte Schutzzonen für die Zivilbevölkerung [61] zu erklären und beim *Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)* in Genf anzumelden. Solche Schutzzonen militärisch zu besetzen oder mit Waffen zu bekämpfen, wären unstrittige Kriegsverbrechen – und damit Geschenke für die gegnerische Propaganda. Folglich besteht in den Zonen hohe Sicherheit gegen Zerstörung.

Dabei handelt es sich um die moderne völkerrechtliche Absicherung des älteren Begriffs unverteidigter „*Offener Städte*“, die etwa im Zweiten Weltkrieg verschiedentlich erklärt waren (Athen, Brüssel, Paris, Rom und weitere). Die Kriegsparteien hatten diese Schutzzonen überwiegend respektiert.

Wer soll solche Erklärung und Anmeldungen von Rotkreuz-Schutzzonen vornehmen? Die Auswahl der Zonen müsste wegen der Ortskenntnis regional erfolgen, also durch die Landesregierungen. Angesichts drohender Ausweitung des Ukrainekriegs liegt es also nahe, dass die Länder zumindest alle ihre größeren Städte als solche Rotkreuz-Schutzzonen beim *IKRK* anmelden, jeweils mit umgebendem Sicherheitsgürtel, beispielsweise eine Artillerieschussweite tief (Radius ca. 50 km). Sinnvoller wäre, jeweils die gesamte Landesfläche so zu schützen, denn Militär vor Ort, zumal unter NATO-Befehl, bedeutet nur legale Ziele für Militär und somit Gefahrenquellen zu Lasten der Bevölkerung. Die Schutzzonen wären also eine zusätzliche Schutzmaßnahme für die Zivilbevölkerung, über die konventionelle und atomare Militärsperre der Ex-DDR (Kapitel 2.1 und 2.2) hinaus. Die überregionale Bundesregierung hätte dann nur noch die protokollarische Aufgabe, die Schutzzonen international anzumelden.



Rotkreuz-Schutzzonen um Städte in Ostdeutschland

Die Einrichtung von Rotkreuz-Schutzzonen dürfte überwältigende Zustimmung in der Bevölkerung finden. Mit diesem Rückhalt könnten die Landesregierungen auch mit guten Gründen eine erwartbare Behauptung der amtierenden Bundesregierung zurückweisen, Schutzzonen seien eine militärische Entscheidung, die nicht den Ländern zukäme. Ergebnisbestimmend dürfte wiederum die breite Öffentlichkeit der Diskussion sein.

Ob es einer NATO-orientierten Bundesregierung gelingen könnte, Rotkreuz-Schutzzonen, die Landesregierungen international angemeldet haben, wieder abzumelden, sie also als Schlachtfeld für Kampfhandlungen freizugeben, dies erscheint fraglich.

In der Realität ist allerdings zu befürchten, dass die amtierende Bundesregierung angesichts ihrer starken Orientierung auf die NATO die Anmeldung entmilitarisierter Schutzzonen verweigern würde, so dass die betreffenden Länder für ihren Selbstschutz eigene Wege beschreiten müssten.

In wieweit Landesregierungen in der Ex-BRD die Vorbeugung gegen Kriegsgeschehen in ihren Ländern betreiben, scheint unklar, mit Rücksicht auf wirtschaftsstarke eigene Rüstungsindustrien und Militärstandorte, die für die Regionalwirtschaft einträglich sind. Initiativen westdeutscher Landesregierungen zu entmilitarisierten Rotkreuz-Schutzzonen scheinen deshalb bisher fraglich.

Hingegen scheint in der Ex-DDR eher eine Bereitschaft der Landesregierungen zu militärkritischen Maßnahmen zu bestehen, zu vermuten aus der bekannten ablehnenden öffentlichen Meinung zu Waffenlieferungen an die Ukraine.

Daraus die Aktion: Die Ex-DDR-Landesregierungen bestimmen jeweils entmilitarisierte Schutzzonen in ihren Ländern und melden sie beim IKRK an, mit dem Verweis auf die einstige eigenständige UN-Mitgliedschaft der DDR.

Dämpfung des Ukrainekriegs. Eine Nebenwirkung der Schutzzonen wäre das Ende des Waffentransits durch die Ex-DDR hindurch, denn zumindest Teile aller dortigen Autobahnen, Eisenbahntrassen und Luftstraßen lägen dann in Schutzzonen (siehe Abbildung). Dies wäre zugleich ein wirksamer, vielleicht *der entscheidende* Beitrag der Ex-DDR für das Ende des Ukrainekriegs, denn ohne freie Verfügung von USA und NATO über die Ex-DDR kann sich der Krieg aus Gründen des eingeschränkten Transports kaum noch ausweiten.

2.4 Keine NATO-Kämpfe in Ostdeutschland!

Im Kalten Krieg war es in der deutschen Bevölkerung in Ost und West klar: Wäre es zum heißen Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion gekommen, dann hätten beide Seiten Massen konventioneller und auch atomarer Waffen in Mitteleuropa gezündet, also in der BRD, der DDR und der Tschechoslowakei. Kaum jemand dort hätte überlebt.

Die Ukraine erleidet es heute: Nicht nur russische, sondern auch westliche Waffen verwüsten und verseuchen das Land, obwohl der Westen laut offizieller Angabe doch der Ukraine bei ihrer Verteidigung helfen will. Den Bürgern der westeuropäischen Staaten dürfte weithin klar sein, dass jede Waffenlieferung in die Ukraine mit hoher Wahrscheinlichkeit zu getöteten, verwundeten oder traumatisierten Bürgern der Ukraine führt.

Sollte der Ukrainekrieg nach Mitteleuropa übergreifen, käme es ebenso: Nicht nur russische, sondern auch NATO-Waffen würden auf deutschem Boden explodieren. Selbst ohne Atomwaffen wären die Schäden immens. Dieses Bewusstsein scheint in Ostdeutschland wesentlich stärker präsent zu sein als in Westdeutschland, wo ein Irrglaube an eine Art risikoloser Vollkaskoversicherung durch die NATO verbreitet ist.

So liegt die Aktion nahe: Die Landesregierungen, zumindest die der Ex-DDR, verlangen von allen NATO-Staaten – einschließlich der Atomwaffenstaaten USA, Großbritannien und Frankreich – vertragliche Zusicherungen

(Nicht-Angriffsverträge, bisher fehlend), damit niemals NATO-Militär in die Bundesländer einmarschiert oder deren Gebiet überfliegt und damit unter keinen Umständen jemals NATO-Kriegswaffen, egal, welcher Art, auf deutschem Boden explodieren – „Freunde bombardieren einander nicht“.

Hier müsste zumindest das DDR-Ländergremium von der Bundesregierung den Abschluss dieser Verträge mit den NATO-Partnern verlangen, mit dem Rückenwind der Bürgermehrheit.

In Verbindung mit diesen gegenseitigen NATO-Nicht-Angriffsverträgen dürften sich zumindest zwischen den Ex-DDR-Bundesländern und Russland im gegenseitigen Interesse praktische Verfahren vereinbaren lassen, dass in entmilitarisierten Rotkreuz-Schutzzonen in der Ex-DDR *unter keinen Umständen jemals* russische Kriegswaffen zur Explosion gebracht werden. Möglicherweise würden sich dann Ex-BRD-Bundesländer solchen Schutzregelungen wie für die Ex-DDR anschließen wollen.

2.5 Dialog statt Waffen

In den Jahrzehnten des Kalten Krieges war die sowjetische Besatzungszone Deutschlands *DDR* wie auch die anderen osteuropäischen Staaten in das sowjetische Wirtschaftsbündnis *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)* eingebunden. Diese Kontakte besonders nach Russland bestanden auch zur Zeit der deutschen Vereinigung, nahmen aber mit dem Eigentümerwechsel der Großbetriebe in der Ex-DDR ab, mit der Folge dort wachsender Arbeitslosigkeit. Dennoch dürften in der Ex-DDR noch persönliche Kanäle für *Dialog statt Waffen* bestehen, also für das Verstehen von Bedürfnissen und Handlungsgründen Russlands, ohne Rücksicht nehmen zu müssen auf Gesprächsstabus.

Anders als in Westdeutschland und in den osteuropäischen NATO-Staaten besteht trotz jahrzehntelanger sowjetischer Militärbesetzung in der Ex-DDR keine ausgeprägte Russenfurcht. Bei weithin negativer Einschätzung des russischen Angriffs auf die Ukraine ist dort zugleich ein gewisses Verständnis dafür verbreitet, dass Russland sich bedroht sieht durch das Vorrücken der NATO und der US-Truppen an seine Grenzen. Somit wird also jenseits der Regierungsposition gegen den russischen Angriff von 2022 als „*unprovokiert und durch nichts zu rechtfertigen*“ eine differenzierte Vorgeschichte gesehen, mit aktiver Rolle der USA und der ukrainischen Regierung.

Daraus die Aktion: Die Ex-DDR-Landesregierungen erklären den Ukraine Konflikt für militärisch nicht lösbar und streben deshalb Verhandlungen zu einem Waffenstillstand an. Gleichzeitig bemühen sie sich, die durch die Bundesregierung abgebrochenen Wirtschaftskontakte der Ex-DDR-Bundesländer nach Russland durch eigene Maßnahmen erneut herzustellen.

Einschlägige Stichworte sind *Schwedt* [48] und *Nordstream* [49]. Besonders in diesem wirtschaftlichen Punkt scheint Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerungsmehrheiten in den Ex-DDR-Bundesländern zu bestehen.

Es ist zu vermuten, dass auch Russland Interesse an solchen Gesprächen und Vereinbarungen mit politischen Entscheidungsträgern der Ex-DDR-Länder hätte, allein mit Blick auf die – aus russischer Sicht – Vorteile eines sich für Militär generell versperrenden Ostdeutschlands.

Demokratiedefizite in Russland? Mag sein, aber was gehen die politischen Systeme in den einzelnen Staaten andere Staaten an? Wäre es anders, könnte die UN nicht existieren. – Und ist Deutschland ein Vorbild stabiler, echter Demokratie?

2.6 Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag

Die BRD und die DDR waren unabhängig voneinander Mitglieder im Atomwaffensperrvertrag von 1970 [62]. Durch den 2+4-

Vertrag [2] wurde das Gebiet der Ex-DDR 1991 international anerkannte atomwaffenfreie Zone [63].

In dieser Situation ist plausibel davon auszugehen, dass eine reformierte und demokratische DDR – ohne den BRD-geführten Staatsstreich von 1990 und ohne die verzerrende Hast der deutschen Vereinigung – dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag von 2021 beigetreten wäre (in Österreich und Irland ist er bereits in Kraft [62]). Weil die DDR ohnehin Mitglied des Atomwaffen-sperrvertrags war und die Sowjetunion keine „atomare Teilhabe“ praktizierte, wäre damit militärisch kein neuer Sachverhalt entstanden, aber der 2+4-Vertrag wäre zusätzlich abgesichert.

Daraus die Aktion: Die Gemeinschaft der Ex-DDR-Länder beruft sich auf die einstige Mitgliedschaft der DDR in der UN und im Atomwaffen-sperrvertrag von 1970, ferner auf den 2+4-Vertrag, und sie erklärt den Beitritt ihres Territoriums Ex-DDR zum Atomwaffenverbotsvertrag, als seit Jahrzehnten offiziell atomwaffenfreies Teilgebiet Deutschlands.

Der Beitritt eines Teilgebietes eines Staates als Neuheit in dieser Vertragspraxis? Ergebnissenstscheidend dürfte auch hier die Öffentlichkeit der Diskussion sein.

Obwohl die praktische Bedeutung des Punktes Atomwaffenverbotsvertrag gegenwärtig gering erscheint, dürfte Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerungsmehrheiten in den Ex-DDR-Bundesländern bestehen.

2.7 Reformverfassung 1990

Ein Ergebnis der friedlichen Revolution in der DDR war 1990 der Entwurf einer Reform-Verfassung [59], die dort die neue Regierung Modrow und die damals neue Opposition am „Runden Tisch“ gemeinsam erstellt hatten. In der überstürzten Hast der deutschen Vereinigung setzte das DDR-Parlament *Volkskammer* diese Verfassung dann doch nicht mehr in Kraft. Aber sowohl der 2+4-Vertrag als auch der Schlusssatzartikel 146 des Grundgesetzes des vereinten Deutschland fordern seit 1990 die Schaffung der deutschen Verfassung [46]. Bis heute ist dies nicht einmal begonnen, ein Bruch des Grundgesetzes.

Von Anfang an schien klar, wurde aber in den drei Jahrzehnten seither in den Kontrasten zwischen Ost- und Westdeutschland unübersehbar: Der DDR das westdeutsche Rechtssystem des Grundgesetzes überzustülpen, konnte keine funktionierende Lösung für die deutsche Vereinigung bringen. Tatsächlich zeigt sich dieser Vorgang im Rückblick als blitzartiger feindlicher Staatsstreich der BRD-Führung gegen die DDR und deren Führung, die ja damals vollauf beschäftigt war, ihre eigene demokratische Reform zu stabilisieren. Wenn schon deutsche Vereinigung, dann wäre 1990 eine gesamtdeutsche Regelung sachgerecht gewesen, die wie in den vier Jahrzehnten zuvor weiterhin zwei Rechtsräume – Ost und West – unterschieden und eingespielte Gleichgewichte und in der DDR aufgebaute und funktionierende Strukturen respektiert hätte.

Das Grundgesetz ist unübersehbar durch seine Entstehungsgeschichte geprägt, als westallierter Besatzungsbefehl von 1949. Im Gegensatz hierzu atmet der Entwurf der Reform-Verfassung der DDR von 1990 einen starken Geist von direkter Demokratie und Gerechtigkeit, mit dem Grundtenor: Politische Probleme sind *niemals* durch Militärgewalt lösbar, und echte Demokratie passt nicht zusammen mit Militäreinsätzen, deshalb keine Wehrpflicht und keine Todesstrafe.

Somit die Aktion: Die Gemeinschaft der Ex-DDR-Länder startet eine Initiative, gemäß dem Grundgesetzartikel 146 die deutsche Verfassung zu schaffen, mit Unterscheidung zwischen den Rechtsräumen West und Ost. Dabei dient der Entwurf der Reform-Verfassung der DDR von 1990 als Arbeitsgrundlage zumindest für das Gebiet der Ex-DDR.

Allerdings dürften Verfassungsfragen als solche auch in der Ex-DDR allenfalls eine kleine Minderheit interessieren, denn sie

haben scheinbar nichts mit dem Alltag der Bürger zu tun. Dieses Bild dürfte sich aber ändern, wenn zugleich die öffentliche Diskussion begonnen wird, dass die Sicherheiten des Lebens in der DDR – Arbeitsplatz, Wohnen, Kinderbetreuung – die Ergebnisse der DDR-Verfassung waren, während die 1990 aus der BRD eingebrachten Probleme – Arbeitslosigkeit, Wohnungsverlust, Randrolle der Jugend – offensichtlich Schadensfolgen des Grundgesetzes der BRD sind. Auch angesichts innerer Kritik am heutigen Zustand der deutschen Demokratie dürfte eine offene Verfassungsdiskussion die zentrale Rolle für die Mängelbehebung im vereinten Deutschland spielen.

Übersicht über die DDR-Reformverfassung von 1990. Hier einige Eckpunkte, soweit sie sich wesentlich vom BRD-Grundgesetz unterscheiden (die betreffenden Artikel in Klammern):

Staat: Die DDR ist ein rechtsstaatlich verfasster demokratischer und sozialer Bundesstaat (Artikel 41). Träger der Staatsgewalt ist das Volk (42). Die Volkskammer ist das oberste Organ der Staatswillensbildung (51). Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden (52). Fraktionslose Abgeordnete sind zulässig (müssen also nicht einer Partei angehören, somit ein Aspekt direkter Demokratie) (57) Die Parteien haben ihre Finanzierung zu veröffentlichen (37). Die Gesetze werden durch die Volkskammer oder *durch Volksentscheid* beschlossen (89); ein *Volksentscheid* findet statt, wenn mindestens 750 000 stimmberechtigte Bürger es verlangen (98). Ein Staatsziel ist, am „*Einigungsprozess Europas*“ beteiligt zu sein, „*in dessen Verlauf auch das deutsche Volk seine staatliche Einheit schaffen wird*“ (Präambel), also kein schnelles Ziel, und nicht erreichbar ohne die europäische Einigung, die bis heute nicht zustande kam.

Frieden. Die Staatsflagge der DDR ist schwarz-rot-gold, in der Mitte mit dem symbolträchtigen Wappen „*Schwertler zu Pflugscharen*“ (43). Die Beschränkung von Hoheitsrechten „*zugunsten eines Systems kollektiver Sicherheit im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung*“ ist zulässig, also OSZE ja, NATO nein (44). Die Wehrpflicht (27) und die Todesstrafe (12) sind abgeschafft, und Kriegspropaganda ist verboten (15). Die DDR fördert die Abrüstung. Jegliche Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Regierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Sie dürfen nur in OSZE-Staaten exportiert werden (45). „*Streitkräfte*“ sind einmal erwähnt, „*einschließlich der Grenztruppen*“ (104), ein Grenzschutz. Also eine Randrolle für DDR-Militär und militärische Verteidigung, und keine Erwähnung von Militärbündnissen.

Soziales: Jeder Bürger hat das Recht auf soziale Sicherung gegen die Folgen von Krankheit, Unfall, Invalidität, Behinderung, Pflegebedürftigkeit, Alter und Arbeitslosigkeit. Jeder erhält eine Altersrente (23). Schüler und Studenten haben Anspruch auf staatliche Ausbildungsförderung (24).

Wohnen: Jeder Bürger hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Bei Streit zwischen Nutzer und Eigentümer einer Wohnung hat die „*überragende Bedeutung der Wohnung für die Führung eines menschenwürdigen Lebens besonderes Gewicht*“. Wohnungsräumung nur, wenn Ersatz zur Verfügung steht (25). Bei Wohnungen, Wohngrundstücken und für Erholungszwecke genutzten Grundstücken, die vormals aus der DDR Geflohenen oder Auswärtigen gehörten: Die Nutzer haben das Kaufrecht, die vormaligen Eigentümer werden finanziell entschädigt (131) – also Entschädigung vor Rückgabe (das Gegenteil der Praxis seit 1990).

Arbeit: Jeder Bürger hat das Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung. Für gleiche Arbeit besteht Anspruch auf gleichen Lohn (27).

Grund und Boden: Die Nutzung von Boden und Gewässern ist „in besonderem Maße den Interessen der Allgemeinheit und künftiger Generationen verpflichtet“ (32). Der Verkauf von Grund und Boden und die Überlassung von Nutzungsrechten an Ausländer bedürfen der Genehmigung (32). Die Allgemeinheit hat freien Zugang zu Bergen, Wäldern, Feldern, Seen und Flüssen (32). Bei Umwandlung in Bauland geht ein Anteil der Bodenwertsteigerung an die Gemeinde (32).

Umwelt: Die staatliche Umweltpolitik hat „auf den sparsamen Gebrauch und die Wiederverwendung nicht-erneuerbarer Rohstoffe und die sparsame Nutzung von Energie hinzuwirken“ (32) – also Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfwirtschaft. Der Abbau von Bodenschätzen bedarf der staatlichen Genehmigung, mit der Bedingung schonender Bodennutzung (32).

Wirtschaft: Die Bildung von Kartellen und marktbeherrschenden Unternehmen ist unzulässig (30). Eigentum ist „sozialpflichtig“ (29). Die Enteignung „aus Gründen des Allgemeinwohls“ ist zulässig, aber persönlich genutztes und genossenschaftliches Eigentum (29) sowie volkseigene Unternehmen (131) sind besonders geschützt. Bei größeren und für das Gemeinwesen wichtigen Unternehmen besteht betriebliche Mitbestimmung der Mitarbeiter (28).

Politische Mitwirkung: Jeder Bürger hat das gleiche Recht auf politische Mitgestaltung und auf Zugang zu öffentlichen Ämtern. Er hat das Recht, sich mit Anliegen an jede staatliche Stelle zu wenden, mit Anspruch auf Anhörung und baldigen Bescheid (21). Bürgerbewegungen sind besonders geschützt. Sie haben das Recht „des Vorbringens und der sachlichen Behandlung ihrer Anliegen“ in den Ausschüssen von Volkskammer und Landtagen. Ferner haben sie Anspruch auf Akteneinsicht bei den Behörden, die für das Anliegen zuständig sind (35), – eine wirksame Bremse gegen Korruption.

Soweit der kurze Blick auf den DDR-Verfassungsentwurf. Offenbar waren die Modrow-Regierung und der Runde Tisch überzeugt, dass sich politische Probleme nicht militärisch lösen lassen und dass Demokratie ohne Wehrpflicht und ohne Todesstrafe nicht zusammenpasst mit Kriegseinsätzen von Militär.

Der Verfassungsentwurf wurde im April 1990 fertiggestellt und in die Arbeit der neu gewählten Volkskammer eingebracht, damit er diskutiert, überarbeitet und in einer Volksabstimmung in Kraft gesetzt würde. Aber die neue, von BRD-Einflüssen unterwanderte Volkskammer ignorierte ihn [64]. Zumindest die Abgeordneten der CDU hatten nicht einmal eine Drucksache mit dem Text erhalten [66].

Im Vergleich mit dem Grundgesetz enthält der DDR-Verfassungsentwurf stärkere demokratische Elemente. Den wenig bekannten Unterschied zwischen „Volkseigentum“ in der DDR und „Staatseigentum“ in der BRD arbeitete die DDR-Autorin Daniela Dahn heraus [67]: Die DDR-Regierung hatte bereits nach ihrer „alten“ Verfassung von 1968 nicht das Recht, Volkseigentum zu verkaufen, zu beleihen oder zu verpfänden, während der BRD-Staat mit Staatseigentum so verfahren konnte und die heutige Bundesregierung es kann, als sei es unbeschränktes Privateigentum.

Für die künftige deutsche Verfassung bilden die abgeschaffte Wehrpflicht und Todesstrafe und die verbotene Kriegspropaganda das Vorbild für ein Filter gegen militärbejahende Politiker.

Könnte der DDR-Verfassungsentwurf von 1990 heute – nach vielleicht einigen erfahrungsbedingten Anpassungen – in der Ex-DDR mehrheitliche Zustimmung finden, für die dortige Gültigkeit innerhalb einer zu schaffenden gesamtdeutschen Verfassung [46]? Wie wäre die Akzeptanz des DDR-Textes bei der Bevölkerung der Ex-BRD?

3. Zurück zu den Prinzipien

3.1 Echte Demokratie mordet nicht

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik hat unglaubliche Leistungen hervorgebracht, die das menschliche Leben erleichtern und verlängern wie niemals zuvor. Beispiele sind die moderne Medizin, die Grundversorgung, die Nachrichtenverbindungen und die Verkehrsmöglichkeiten.

Dieser Stand von Wissenschaft und Technik brachte aber auch ungeahnte Kriegsmittel, darunter Präzisionsgeschosse, die aus der Luft oder dem Weltraum geortete Zielobjekte über tausende Kilometer metergenau treffen und zerstören können, geführt durch aufwendig und langwierig ausgebildete Bedienspezialisten mit Computerunterstützung. Das ist dann nicht gerade billig: Über fast 3000 Kilometer Schussweite zum Beispiel die US-Rakete *Dark Eagle* mit 40 Millionen Euro pro Schuss [36]. Das ist für die Hersteller ein Motiv, auf jeden Fall im Geschäft zu bleiben. Der schlimmste Fall für diese Branche ist der Frieden, den es deshalb für die Rüstungskonzerne zu verhindern gilt.

Angesichts dieser Technik ist Krieg hauptsächlich zur internationalen Verkaufsausstellung von Rüstungsindustrien geworden. Man könnte Kriege auch nach Art sportlicher Wettbewerbe durchführen, mit den Staatsführern als Publikumsstars in Panzern und Kampfflugzeugen, mit Fairnessregeln und Siegermedaillen, ohne größere Personen- und Sachschäden. Allerdings würden die großen Geldeinnahmen aus den Materialschlachten fehlen – für die Rüstungsindustrien unakzeptabel. Besser weiter wie bisher.

Wie der Ukrainekrieg erneut zeigt, werden – wie vor über einem Jahrhundert im Ersten Weltkrieg – weiterhin in Konflikten, die die Mehrheiten gar nicht betreffen, große Armeen von Bürgern aus ihrem Zivilleben herausgerissen und als Soldaten in flächenhaften Feuerwalzen getötet, verwundet oder „nur“ traumatisiert. Und trotz des verbreiteten Markenetiketts angeblicher „Demokratie“ waren die Völker bisher nicht in der Lage, diese Mordorgien von Wirtschaftsunternehmen zu stoppen.

Wohlgemerkt: Es geht bei Industriekrieg und -militär nicht um Menschenrechte, Freiheit oder Gerechtigkeit, sondern um Geld für Eliten, die sich selbst von den Kampffronten fernhalten.

Militär und Demokratie. So zerstört eigenes Militär doppelt: beim Gegner, indem dessen Bürger geschädigt und Werte vernichtet werden, aber auch auf der eigenen Seite, durch unproduktive Geldabflüsse an Rüstungsindustrie und Militär und durch von den Militärzielen angelockte gegnerische Waffenwirkungen.

Die weitere Schadensfolge ist, dass die zum Militär eingezogenen eigenen Bürger für die gesellschaftliche Wertschöpfung ausfallen und sozial mitversorgt werden müssen, vielfach weit über die Kriegsdauer hinaus, mit medizinischem Aufwand oder durch Hinterbliebenenrenten. Im Krieg traumatisierte, entwurzelte Veteranen bringen Gefühllosigkeit und bewaffnete Gewalttätigkeit in ihre Gesellschaften zurück, bis in Schießereien in Supermärkten und Schulen. Dies erleiden zunehmend beklemmend besonders die USA, als Folgeschäden ihrer fast endlosen Kriege. Generell steht eigenes Militär für Zerstörung, als Gegenpol zu Kultur, Aufbau und Bewahrung.

Passt Militäreinsatz überhaupt mit Demokratie zusammen? Abgesehen von Kleinststaaten ohne Militär, schafften die Staaten Costa Rica (1949), Panama (1994), und Island (1995) ihr Militär ab. Alle anderen Staaten, die sich als Demokratien präsentieren, unterhalten Militär. Wie selbstverständlich gehen sie davon aus, dass sie ihre Bürger der Schädigung und Lebensgefahr des Kriegsdienstes aussetzen dürfen. Dies widerspricht aber offenbar dem Prinzip von Demokratie.

Staatliche Schwerstkriminalität. Wegen unvermeidlicher Gewaltkriminalität kann die Demokratie nicht funktionieren ohne das Gewaltmonopol des Staates, in Form der strikt an das Recht

gebundenen Polizei. Sie – und nur sie – darf unter extremen akuten Umständen einzelne Straftäter auch verletzen und sogar töten, um Unschuldige zu retten. Selbst in Staaten mit Todesstrafe gilt es aber als verboten, solche Strafe auf qualvolle Art zu vollstrecken. In Deutschland gibt es keine Todesstrafe – Vorsorge gegen Justizirrtümer und Respekt vor dem Wunder des Lebens.

Doch im Krieg, so auch im Ukrainekrieg, den die deutsche Regierung mit Lieferung von Waffen und Munition an eine Kriegspartei unterstützt, quälen sich im wechselseitigen Beschuss mit Spreng- und Brandmunition unzählige Opfer auf beiden Seiten im stundenlangen einsamen Todeskampf, die Körper zerrissen, verbrannt, zumeist junge Ukrainer und Russen, die – wohl kaum freiwillig – zur falschen Zeit am falschen Ort waren.

Die trauernden, zerstörten Familien werden die entsetzlichen Einzelheiten des Sterbens ihrer Angehörigen niemals erfahren. Und dies alles letzten Endes nur zwecks Geldflüssen an Geschäftsleute, die tausende Kilometer entfernt wohnen.

So widerspricht der Auftrag von Militär – selbst bei *Verteidigung* gegen einen äußeren Angriff – den Grundsätzen von Rechtsstaatlichkeit und Moral. Der Auftrag von Militär ist also *staatliche Schwerestrafbarkeit*: Es geht um den *qualvollen Mord an Unbekannten*, die ein anderer Staat als Soldaten dienstverpflichtet hat, die also zumeist *ohne eigene Zustimmung* in Lebensgefahr getrieben wurden. Ein Staat mit Militär kann demnach gar *keine Demokratie* sein. Atomwaffenstaaten gehen dabei sogar bis zur Bereitschaft zum *blinden Massenmord*.

Gewaltfreie Verteidigung. Die persönliche Sicherheit in der echten Demokratie beruht nicht auf Angst und Militärgewalt, sondern auf dem Gerechtigkeitssinn und dem Bildungsstand der Bürger: Sollten Soldaten eines anderen Landes einmarschieren, besetzen und Verbrechen begehen, leistet die Demokratie wohlüberlegt *keinen* bewaffneten, sondern „*nur*“ gewaltfreien passiven Widerstand, eben möglich gemacht durch Bildung. Von den erfolgreichen Beispielen Tschechoslowakei 1939 und Dänemark 1940 gegen die Besetzung durch die Nazi-Wehrmacht war schon die Rede (Kapitel 1.5).

Die Führung des angreifenden Landes ist zwangsläufig autokratisch, sonst würde sie nicht angreifen. Die einmarschierenden Soldaten – unter Zwang oder Propagandawirkung in ihre Rolle gekommen – infizieren sich im unvermeidlichen Kontakt mit den Bürgern des besetzten Landes mit deren freiheitlichen Denkweisen, denn diese Bürger – vielfach altersgleich mit den fremden Soldaten – sind durch ihren Bildungsstand selbstsicher in der Lage, mit den Soldaten des Angreifers persönlichen Kontakt aufzunehmen: „*Keine Gewalt! Wir haben nichts gegen Euch und tun Euch nichts. Aber Ihr wisst doch genau so wie wir, dass Ihr zu Unrecht hierher befohlen seid*“. In solcher Art untergräbt der zivile Widerstand die fremde Autokratie.

Schutz durch internationale öffentliche Meinung. Zusätzlichen Schutz erhält die militärfreie Demokratie durch das moderne Völkerrecht in Verbindung mit der schnellen internationalen Nachrichtenverbreitung. So wird das Unrecht einer Besetzung oder gar des Waffeneinsatzes gegen die Bevölkerung schnell weltweit bekannt.

Als weiterer Schutz wirbt zumeist eine Exilregierung des besetzten Landes wirksam für einen Handelsboykott gegen den Angreifer und Besetzer, bis er wieder abzieht – und wenn es bis dahin zwei Generationen Geduld braucht.

Politische Probleme nicht militärisch lösbar. Einen Ansatz in diese Richtung *militärfrei* hatte 1990 die DDR gemacht, mit dem Entwurf ihrer Reformverfassung, in der die Abschaffung sowohl von Wehrpflicht als auch von Todesstrafe fixiert war, ebenso die Vermeidung eines militärisch-industriellen Komplexes [59] (siehe Kapitel 2.7). Der Staatsstreich der BRD-Führung hatte 1990 mit der deutschen Vereinigung diesen Weg der DDR blockiert.

In diesem Gedankengerüst drängt sich angesichts des Ukrainekriegs eine Grundsatzfrage auf, zur Stabilität der deutschen Demokratie, durch die unerwartet militärfixierte Haltung und Handlungsweise der deutschen Bundespolitik (von einer friedensorientierten „*linken*“ Randpartei abgesehen):

Dürfen Politiker, die *politische* Probleme für *militärisch* lösbar halten, Führungsverantwortung erhalten?

Unersetzliche Menschen. Die Opfer im Ukrainekrieg sind teils über die Front hinweg miteinander verwandt. Sie alle sind Mitmenschen in Europa, Hoffnungsträger und Zukunftspotentiale ihrer Länder, unersetzlich, denn durch Tod, Verwundung oder Traumatisierung wird ihr Gesellschaftsbeitrag und ihre Wertschöpfung diesen Ländern fehlen.

Jenseits moralischer Überlegungen zeigt allein der wirtschaftliche Aspekt, dass militärbejahende Politiker ihr eigenes Land schädigen: Die modernen Industriegesellschaften bilden ihre jungen Menschen mit Pro-Kopf-Aufwand von hunderttausenden Euro aus (Eltern, Kita, Schule, Berufsausbildung), damit sie anschließend in ihrem jahrzehntelangen Arbeitsleben für ihr Land eine persönliche Wertschöpfung im Umfang von Millionen Euro vollbringen können, was in den meisten Fällen tatsächlich geschieht. In diesem Ablauf vernichtet der Militäreinsatz nicht Politiker, die die Kriegssituation bewirkt haben, sondern vor allem unbeteiligte junge Menschen, bevor sie ihre zivilen Fähigkeiten entfalten konnten.

Aber Politiker in Deutschland halten die vorsätzliche Grausamkeit durch blinden Sprengkörper-Beschuss gegen fremde Menschen für diejenige Partei für erlaubt, die sich als „*Verteidiger*“ darstellt, ungeachtet derer möglichen eigenen Verfehlungen und vielleicht sogar Provokationen.

Dass genau diese Grausamkeit auf Deutschland zurückzuschlagen muss, wenn der Krieg mit deutscher Waffenlieferung und -finanzierung weiter eskaliert, dies wird verdrängt, ebenso wie die Diskussion über die eigentliche Problemursache, nämlich die Geldflüsse in die Rüstungsindustrien und die resultierende Korruption.

Schutzfilter gegen militärbejahende Politiker. Über die reale Möglichkeit gewaltfreier Verteidigung sind die Bürger kaum informiert oder halten sie aus ihrem Bildungsweg für illusorisch: „*Man muss sich doch verteidigen können!*“ Sind sie mit solchem eingegengten Kenntnisstand in der Lage zu demokratischen Wahlentscheidungen mit dem absolutem Vorrang, die Verwüstung Deutschlands in einem Industriekrieg fremder Staaten keinesfalls zuzulassen?

Deutsche Politiker, die der Lieferung von Waffen an Kriegsparteien zustimmen, – sind sie geeignet, im Rahmen einer europäischen Friedensordnung Führungsverantwortung für Deutschland zu tragen? Kann die überfällige deutsche Verfassung funktionieren, ohne dass ein Schutzfilter gegen extremistisch eingestellte Politiker eingebaut ist, also auch gegen militärbejahende Politiker?

Gewaltmittel führen – wirtschaftlich bedingt, als praktischer Ausdruck eines mathematischen Prinzips – immer zur Anfachung von Konflikten. Gewaltfreiheit bewirkt die Dämpfung von Konflikten.

Kann es stabilen Frieden für Gesamteuropa geben, mit einem aufrüstenden Deutschland in seiner Mitte? Ist nicht in Deutschland das Geld schon für die zivilen Aufgaben zu knapp? Hätte die Bundeswehr, personell erweitert, nicht voll zu tun als zivile *Cyberwehr*, die – nützlich für die Bürger – neben Katastrophenschutz die Datensicherheit im Land herstellt, was mit geeigneter Technik möglich ist? Statt die Verstärkung einer menschengemachten Katastrophe zu üben, die niemals eintreten darf?

Echte Demokratie. Das Grundgesetz ist keine vom Volk beschlossene Verfassung, sondern ein militärischer Besatzungs-

befehl der Westalliierten USA, Großbritannien und Frankreich aus dem BRD-Gründungsjahr 1949, gültig für die drei westlichen Besatzungszonen. Das Grundgesetz hatte den Zweck, diesen Besatzungsmächten die ungestörte Militarisierung der drei zur BRD zusammengefassten westalliierten Besatzungszonen Deutschlands möglich zu machen. Zugleich sollte das Grundgesetz ein freiheitlich-demokratisches Erscheinungsbild der BRD erzeugen, obwohl es sich staatsrechtlich um ein Besatzungsgebiet handelte, also um eine Militärdiktatur, gewissermaßen *verkleidet* mit einem demokratischen Staatsmantel.

Der Besatzungszweck, die Beseitigung des Nazi-Regimes, war schnell erreicht und breit akzeptiert. Anschließend musste die deutsche Bevölkerung zuverlässig am Widerstand dagegen gehindert werden, dass die Besatzungsmächte die BRD zu einem Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion aufbauten, denn die über Jahre kriegsgeschädigte Bevölkerung lehnte das ab, und völkerrechtlich war diese neue Aufrüstung unter Hinzuziehung des besetzten Volkes eher fragwürdig.

Um aber solchen Bürgerwiderstand gar nicht erst aufkommen zu lassen, sondern ihn im Ansatz zu stoppen, und zwar durch eine eingesetzte gehorsame *deutsche* Verwaltung, dafür blockierte das Grundgesetz die Volksabstimmung (Referendum) auf Bundesebene.

Als eine zweite Sicherung wurde *zusätzlich* der BRD-Länderebene jegliche Zuständigkeit für Militärfragen entzogen.

Als eine dritte Sicherung wurde das politische System im Grundgesetz als *repräsentative* Parteiendemokratie installiert, nach dem Vorbild der USA, wo dieses System 1787 zuerst eingeführt worden war.

Als „*Erfinder*“ der drei-gewaltenteiligen Demokratie (Parlament, Regierung, Gerichte) um 1750 gilt der französische Baron Charles de Montesquieu. Er hatte erkannt, dass seine Konstruktion, heute als „*direkte Demokratie*“ bezeichnet, nur in kleinen Einheiten funktionieren kann [68], denn mit zunehmender Größe und den großen dort bewegten Geldwerten wachse auch die Korruption, die die Demokratie zerstört. In einer großen Demokratie müssen also die Regionen weitgehende eigene Souveränität haben, um die Korruption örtlich zu begrenzen.

Madisons Trick. Die 1776 gegründeten USA erhielten eine demokratische Verfassung. Dabei hatte eine Gruppierung um James Madison (von 1809 bis 1817 US-Präsident) dafür gesorgt, dass regionale Souveränität der US-Bundesstaaten auf eine Zentralmacht übergang und die Bürger *nicht direkt* im Parlament das Land führten, sondern *über Repräsentanten*, also speziell ausgewählte Bürger. Mit diesem Trick wird die große Demokratie USA seither geführt. Madison beschrieb die ausgewählten Parlamentarier als entweder reich oder hochgebildet [69].

Dieses System der *repräsentativen Demokratie* garantierte, dass die Bürger keinen direkten Einfluss auf Handlungen der Zentralregierung nehmen können (mit der einzigen Ausnahme schwelenerischerer Volksabstimmungen). Die praktische Auswirkung war, dass die Reichen und Gebildeten gegen Ansprüche und Aufstände der Masse von Armen geschützt waren.

Einen weiteren Schub in gleicher Wirkrichtung brachte um 1890, dass sehr große Unternehmen – *Konzerne (corporations)* – in den USA als „*juristische Personen*“ die Rechte von Menschen erhielten, einschließlich des Rechts auf gerichtliche Klagen gegen Bürger. Durch ihre Finanzmacht gewinnen die Konzerne die meisten Klagen über die Instanzenleiter, mit deren mit dem Gerichtsrang steil ansteigenden Kosten, bei denen Bürger nicht mithalten können [70]. Das Recht ist käuflich geworden. Dieses System breitete sich auch in Europa aus.

Mängel des Grundgesetzes. Unter dem Grundgesetz bilden sich heute in Deutschland als Wahlergebnis untransparente Parteienkoalitionen, die niemand gewählt hätte. Die Bürger haben keine Möglichkeit, zwischen den offiziellen Wahlterminen Bundes-

tagsabgeordnete abzuwählen. Den Abgeordneten sind beliebige „*Nebentätigkeiten*“ erlaubt, aber deren externe Kontakte und zusätzliche Geldeinnahmen dürfen geheim bleiben – eine Einladung zur Korruption. Um zur nächsten Wahl wieder die Chance zur Aufstellung als Wahlkandidat zu erhalten, also zum Weiterbezug ihrer hohen Parlamentariergehälter müssen sie lediglich strikten Gehorsam gegenüber Vorgaben ihrer Parteien beachten. Das Monatsgehalt, „*Abgeordnetenentschädigung*“ genannt, beträgt 2023 über 10 000 Euro [71]. Den Abgeordneten droht keine Gefahr, gegenüber Bürgern irgendwelche Rechenschaft abgeben zu müssen, etwa Wahlversprechen einzuhalten. So ist die Gewaltenteilung zumindest im Fall der gegenseitigen Kontrolle zwischen Regierung und Parlament über die Parteien kurzgeschlossen, also unwirksam.

Eine vierte Sicherung von Besatzungsinteressen gegen den Bürgerwillen brachte der kurze Grundgesetzartikel 31: „*Bundesrecht bricht Landesrecht*“. Der föderale Ansatz einer *Bundesrepublik* als dezentraler Zusammenschluss von Bundesländern wurde so in einen zentralstaatlichen Ansatz verkehrt, mit der einseitigen Möglichkeit der Bundesebene, nach eigenem Ermessen Zuständigkeiten der Länder an sich zu ziehen.

Dieses Grundgesetz hatte es möglich gemacht, dass 1953, während noch Tausende Deutsche in Kriegsgefangenschaft waren, die USA widerstandslos beginnen konnten, in der BRD Atomwaffen zu stationieren. Das Grundgesetz hatte es sogar möglich gemacht, dass um 1980 die BRD das Gebiet mit der größten Atomwaffendichte der Welt war, mit ca. 5000 dort gelagerten US-Atomsprengkörpern [72], die meisten davon Granaten mit kurzen Reichweiten unter 20 km, also geeignet *nur* für die Explosion *in der BRD*, und so übten die US-Streitkräfte den Atomkrieg in Osthessen, mit Atombomben als Panzerabwehr [73]. Die Bevölkerung wurde nicht informiert über dieses Ausmaß der existentiellen Dauergefährdung durch die vermeintliche „*Schutzmacht*“.

Im Besatzungsinteresse hatte sich das Grundgesetz also bewährt, als scheinbar demokratischer Verfassungersatz. Als künftige Verfassung des vereinten Deutschland ist das Grundgesetz aber wegen seiner Demokratiemängel ungeeignet.

Dennoch wurde 1990 für das vereinte Deutschland das BRD-Grundgesetz fast unverändert als Verfassungersatz übernommen, mit dessen Auftrag (Artikel 146), die deutsche Verfassung zu schaffen und durch Volksabstimmung in Kraft zu setzen. Von zwei Jahren Frist war die Rede – bis heute ist dies nicht einmal begonnen, grundgesetzwidrig.

Ein fragwürdiger Aspekt der US-Demokratie ist im Grundgesetz *nicht* nachgeahmt: hunderte Millionen Dollar private (meist Konzern-) Spenden für jeden der beiden Kandidaten des US-Präsidentschaftswahlkampfes [74], ein für europäische Verhältnisse unvorstellbares Ausmaß an Korruption.

3.2 Industriekriege vor allem um Geld

Gewaltkonflikte in der Geschichte. Zentral organisierte Gruppenkämpfe in der Tierwelt sind nicht bekannt, mit Ausnahme der Gattung Mensch. Hier mögen Werkzeuggebrauch und Sprache die Ursachen sein, dass bereits in der frühen Menschheitsgeschichte Gruppenkämpfe nachweisbar sind, die Ansätze von Kriegen. Das Motiv waren Raubzüge beziehungsweise deren Abwehr, also die Rollenverteilung Angreifer und Verteidiger.

Die meist männlichen Kämpfer verwendeten gegen ihre Artgenossen Schlag- und Wurfwerkzeuge wie sonst für die Tierjagd, in Verbindung mit der Körperkraft. Dadurch entstand das Bild einer Fürsorge für die eigene Familie, durch angreifenden Beuteerwerb oder verteidigende Abwehr von Angreifern.

In der Antike mit ihren ersten Großreichen kam der Gebrauch von Transportmitteln hinzu, also von Lastentieren und Wagen. Dies nützte vor allem den Angreifern. Gleichzeitig nützten geo-

grafische und bauliche Maßnahmen eher den Verteidigern. Beide Seiten hatten Nutzen von persönlicher schlagdämpfender Schutzausrüstung.

Erste Ansätze technischer Kampfapparate – Spannbögen und Schleudern – nutzten Federelemente, meist biegegespannte Holzstäbe, als Sammelreservoir für elastische Lageenergie, die gerichtet in Bewegungsenergie von Wurfgeschossen umgewandelt werden konnte, eine Verstärkung der Muskelkraft. Alle diese Gerätschaften führten auf handwerkliche Erwerbsberufe zu deren Herstellung, etwa *Waffenschmied*. Für die Kämpfer bestanden zumindest in der Theorie schadensbegrenzende und ansehensfördernde Verhaltensregeln. Das Wort *Ritterlichkeit* erinnert an diesen teils bis heute überlieferten Zeitgeist.

Eine Vervielfachung der verfügbaren Energiemenge brachten explosive chemische Stoffgemische, *Schießpulver*, zuerst in China verwendet, sich dann aber im späten Mittelalter zügig in Europa ausbreitend. Damit wurden Feuerwaffen möglich, also Kanonen, Gewehre und Pistolen. Die stark gestiegenen technischen – vor allem chemischen und metallurgischen – Ansprüche an die Hersteller dieser Waffen markierten die zeitgenössische „*High-tech*“ und gab diesen Produzenten mit größeren Werkstätten einträgliche Erwerbsmöglichkeiten.

Hingegen sanken die körperlichen und geistigen Leistungsansprüche an die Kämpfer, die diese neuen Feuerwaffen auf eigensichere Distanz einsetzten. Zugleich verloren die als „*Stückknechte*“ bezeichneten Kanonenbediener ihr gesellschaftliches Ansehen als Kämpfer, denn ihre Tätigkeit war eher blinder Mord und hatte mit Ritterlichkeit nichts mehr zu tun.

Die Motive für die damaligen Kriege lagen stets im Bereich übergeordneter Machtansprüche auf angrenzende Ländereien oder ferne Kolonien. So wichtig dabei die Hersteller der handwerklich produzierten frühen Feuerwaffen waren und so groß ihre Gewinnsucht gewesen sein mag: Die politische Macht der Waffenhersteller reichte nicht als Motiv, Kriege nur zwecks Waffen- und Munitionsverbrauch zu beginnen und zu führen.

Industriekriege. Den entscheidenden Schub erhielt die entgrenzte Entwicklung der Kriegsmittel mit der Industrialisierung, beginnend um 1750, in Verbindung mit der Aufstellung großer Kämpferheere mit Feuerwaffen. Nun erhielten diese technisierten Kampfmittel zunehmend größere Bedeutung für den Sieg in Kriegsschlachten. Andererseits nahm damit der Verbrauch an „*Munition*“ zu, also an Explosivstoffen und Geschossen.

Um 1850 hatte sich in Europa und in den USA eine *Rüstungsindustrie* etabliert, die auf dem Weg von der Schürfung von Rohstoffen aus der Erde bis zum fertigen Produkt nicht nur immense Stückzahlen von Feuerwaffen und zugehöriger Munition liefern konnte, sondern auch laufend technische Neuerungen vorstellte, die die Schussweite, Trefferpräzision und Zerstörungswirkung der Feuerwaffen vervielfachte. Zu diesen Neuerungen zählten Erfindungen wie:

- Sprengstoffe mit weit stärkerer Zerstörungskraft als gleiche Mengen von Schießpulver,
- rückwärtige Rohrverschlüsse von Kanonen („*Hinterlader*“), die einfacheres Nachladen und damit eine schnellere Schussfolge ermöglichte als die klassischen „*Vorderlader*“,
- Drallgeschosse, die durch Züge im Kanonenrohr während des Abschusses in schnelle Drehung versetzt werden, damit präziser fliegen und die vorgesehenen Ziele treffen,
- automatische Nachladesysteme, mit denen die Waffen eine Vielzahl von Schüssen pro Sekunde abfeuern können (Maschinengewehre und -kanonen).

Mit diesem technischen Stand gab es um 1890 in Europa eine Meinung, diese waffentechnischen Weiterentwicklungen seien in ihrer Wirkung in der Vernichtung des Gegners so schrecklich, dass in Zukunft jeder Angreifer von Krieg abgeschreckt sein werde.

Erster Weltkrieg: Machtübernahme der Industrie. 1914 begann in einer Phase wachsender internationaler Spannung in Europa der Erste Weltkrieg, vom deutschen Kaiserreich ausgelöst. In den USA begann sofort eine private Bankengruppe, Kredite für die Kriegsparteien Großbritannien und Frankreich zu organisieren, damit sie Rüstungsmaterialien aus den USA kaufen könnten.

Der Erste Weltkrieg brachte dann einen erheblichen Schub im Stand der Kriegstechnik durch Fortschritte der Wissenschaft. Darunter waren Funktechnik, Flugzeuge, Panzer und U-Boote.

Für Deutschland zeigte sich hier als besonders tragisch das eher zufällige zeitliche Zusammentreffen von Kriegsbeginn und einer neuen wissenschaftlichen Erfindung in Deutschland, nämlich in der Chemie die *Ammoniaksynthese* zur künstlichen Herstellung von Explosivstoffen aus den Grundstoffen Stickstoff (aus der Luft), Wasser und Kohle, in Deutschland reichlich vorhanden. Der vor dem Krieg übliche Import des natürlichen Rohmaterials Salpeter aus Südamerika war seit Kriegsbeginn infolge der britischen Seeblockade nicht mehr möglich. Als Ersatz bot sich nun der deutschen Führung die Errichtung einer neuen deutschen Großindustrie von „*Stickstoffwerken*“ zur Massenproduktion von Ammoniak. Ohne diese Neuerung wären die deutschen Munitionslager nach wenigen Kriegsmonaten leergeräumt gewesen, ohne Möglichkeit, sie wieder aufzufüllen.

Der Krieg hätte also spätestens Anfang 1915 enden müssen, mit der deutschen Kapitulation. Aber mit der neuen Technik entstanden auch in Deutschland wirtschaftliche Interessen, den Krieg zwecks Geschäftsumfang in die Länge zu ziehen.

Der Krieg lief jahrelang in Form von Stellungsschlachten ab, ohne wesentliche Frontbewegungen, mit beiderseitigen Verlusten von Millionen Menschen, die in Landschaften von Explosionskratern unter immer neuen Artillerie-Feuerwalzen aus Millionen Granaten getötet, verstümmelt oder traumatisiert wurden.

Die Regierungen der Kriegsparteien bemühten sich laufend und erfolgreich darum, durch Käufe neuartiger Waffensysteme laufende Schlachten und letztendlich den Krieg zu gewinnen. Für die Rüstungsindustrien aller Seiten hatte dies die Folge, dass sie zwar laufend in die Entwicklung neuer Waffen investieren mussten, dass sie dann aber für diese neuen und vermeintlich leistungsfähigeren Produkte höhere Preise fordern konnten als für ältere Produkte, denn die Regierungen sahen sich unter Zeitdruck, entscheidende militärische Erfolge zu präsentieren, was in keinem Fall gelang. Das Kriegsende kam dann 1918 durch Erschöpfung der Kriegsparteien zustande.

Machtfaktor Rüstungsindustrie. Aber der vierjährige Krieg hatte die Rüstungslieferanten als „*Kriegsgewinnler*“ wirtschaftlich so gestärkt, dass sie fortan eigenständige Machtfaktoren in den Staaten waren. Durch Korruption konnten sie direkten Einfluss auf die Militär- und Außenpolitik nehmen, das heißt, sie konnten die Zuarbeit williger Politiker kaufen.

Im Prinzip wiederholte sich dieser gleiche Vorgang im Zweiten Weltkrieg und in der anschließenden Zeit des Kalten Krieges (1946-1990). Die technische Weiterentwicklung beschleunigte sich insgesamt. Zeitweise erschien der Rüstungsbereich mit seinen fast unbegrenzten Finanzmitteln als der technisch-wissenschaftliche Treiber des Fortschritts, der sich dann auch in zivilen Bereichen wiederfand. Zwar kehrte sich mit der zunehmenden Hochtechnisierung des zivilen Alltags dieser technische Trend um, aber die einzigartige Finanzmacht der Rüstungsindustrie wuchs weiter, und der militärisch-industrielle Komplex der USA ist bestimmend geworden für die US-Außenpolitik.

US-Präsident Dwight Eisenhower hatte bereits 1961 vor den Folgen dieser Fehlentwicklung gewarnt, die er nicht hatte verhindern können. Tatsächlich hat eine für europäische Verhältnisse unvorstellbare Korruption, beispielsweise hunderte Millionen Dollar private Wahlkampfspenden [74], die US-Außenpolitik aus den demokratischen Prozessen herausgelöst.

Auch in der Sowjetunion gab es und im heutigen Russland gibt es einen militärisch-industriellen Komplex, aber unter staatlicher Kontrolle und folglich ohne private Gewinnmöglichkeiten vergleichbar den USA.

So lieferten diese Komplexe beider Konfliktseiten einander pingpong-artig laufend neue technische Begründungen für leistungsfähigere Waffen und gesteigerte Fähigkeiten, die gesamte Menschheit zu vernichten – und für weitere Steigerungen der Militärhaushalte.

Die USA sind in ihrer Insellage kaum militärisch angreifbar. Trotzdem haben sie mit fast einer Billion (gleich einer Million Millionen) Dollar pro Jahr den weltweit größten Militärhaushalt, fast soviel wie alle anderen Staaten zusammen. In Zahlen, allein die Haupt-Militärmächte Stand 2022, in Milliarden Dollar: USA 877, China 292, Russland 86 [75]. Es geht also offenbar um mehr als die (fast unnötige) Landesverteidigung der Demokratie USA.

Die Rechtfertigung. Wie war dieses Wachstum des US-Militärs möglich? Anders als nach dem Ersten Weltkrieg legten die USA im und nach dem Zweiten Weltkrieg ein weltweites Netz militärischer Stützpunkte in anderen Ländern an, schlossen Militärbündnisse mit dortigen Regierungen, um die Situation politisch und völkerrechtlich abzusichern, und führten zahlreiche Kriege weltweit. In Europa und Ostasien blieben die USA nach 1945 Besatzungsmacht, in Europa unter dem Etikett des Militärbündnisses NATO. Die wirksamsten Starthilfen für diese Machtausweitung waren zwei Ereignisse in den USA direkt zu Ende des Zweiten Weltkriegs, nämlich (a) das damalige eindrucksvolle Atomwaffenmonopol der USA und (b) das flinke propagandistische Umdrehen der Sowjetunion zum Jahreswechsel 1945/46 von einem geschätzten Kriegsverbündeten zu einem bedrohlichen Feindbild, nach einem kurzen Einbruch um 1990 heute weitergeführt durch die Feindbilder Russland und China.

Diese aufwendig aufrecht erhaltene Spannungssituation ermöglicht den US-Regierungen, ihren hohen Militärhaushalt zu rechtfertigen, als alternativlose Verteidigung des eigenen Landes und von deren Verbündeten. Bei derart verschwenderischem staatlichen Umgang mit Geld müssten die USA unter inneren sozialen Spannungen zerreißen. Das passiert aber nicht. Wie also bezahlen die USA ihre hohen Militäraufwendungen?

Ihre Rüstungslieferungen und Kriegsbeteiligungen hatten sich die USA stets von den unterstützten Kriegsparteien bezahlen lassen, und als Beifang gewann die US-Wirtschaft erhebliche Kriegsbeute an Rohstoffen in anderen Ländern.

Spekulationsblase. Mit der Präsidentschaft des US-Präsidenten George Bush junior kam seit etwa 2005 ein eigenwilliger Kunstgriff hinzu: Der US-Dollar ist die weltweite Leitwährung. Investitionen in Dollar stehen in dem guten Ruf, nicht nur ertragreich, sondern auch sicher zu sein. Dadurch kann sich die US-Regierung – als einzige der Welt – fast beliebig verschulden.

Und das tut sie zunehmend, derzeit mit jährlichen Neu-schulden von 2 Billionen (gleich Millionen Millionen) Dollar, etwa die doppelte Höhe des US-Militärhaushalts [76]. Die Mehrheit der US-Bürger wird damit also nicht belastet. So liegt die Staatsverschuldung in der Gegenwart (2023) bei umgerechnet rund 30 Billionen Euro. Die jährliche Neuverschuldung muss laufend steigen, denn mit zunehmendem Schuldenstand steigen auch die Zinsverpflichtungen. Ob diese Schulden jemals zurückzahlbar sein werden, scheint kein Thema zu sein. Die ganze Konstruktion erinnert an eine lawinenartige Spekulationsblase. Die Hauptbedrohung gegen die USA ist somit, dass eine andere Weltwährung die Rolle und den Ruf des Dollars übernimmt.

Preisniveau von Rüstungsgütern. Bei der weltweiten Ausdehnung des US-Militärs besteht für Rüstungsgüter die Anforderung, unter allen klimatischen Bedingungen lagerfähig zu sein und zu funktionieren, von praller Sonne in heißer Wüste bis zu eisigen

Polargegenden, von extrem trockener Luft bis zu tropischer Feuchte mit Salzwassernebel. Kein ziviles Produkt, das dauerhaft in nur einer Region verwendet wird, muss solche Forderungen erfüllen. Somit ermöglichen die Sonderforderungen zehnfach bis hundertfach höhere Beschaffungs- und Wartungspreise als bei entsprechenden zivilen Gütern.

Eine weitere Hilfe zu hohen Rüstungspreisen ist die Geheimhaltung: Sie verhindert, dass Rechnungsprüfer den tatsächlichen Aufwand für Entwicklung und Produktion von Militärgütern feststellen können. Ein ideales Argument für angeblich hohe Kosten ist „Software“ – wer ist in der Lage, solchen Erstellungsaufwand einzuschätzen?

Ein weiteres Argument für hohe Preise industrieller Rüstungsgüter ist, dass für diese privaten Industrien zumeist der eigene Staat der Hauptkunde ist, vielfach sogar der einzige Kunde, denn der Staat kann Exporte von Rüstungsgütern, deren Entwicklung er bezahlt hat, mit Fug und Recht verbieten. Die Unternehmen machen dann aber ebenfalls zu Recht geltend, dass sie die Entwicklungs-, Produktions- und Prüfeinrichtungen nur für den Staat aufrecht erhalten, so dass sie diese Kosten an den Staat weitergeben müssen.

Umsatzfördernd ist weiterhin, dass Militär nach eigener Darstellung niemals ausreichend ausgerüstet ist. Die Materialien werden regelmäßig beklagt, als zu wenig und zu alt. Der schnelle technische Fortschritt sorgt dafür, dass diese Behauptung immer plausibel begründbar ist.

Einen Sondervorteil hat die US-Rüstungsindustrie in Allein-stellung dadurch, dass ihre Entwicklungskosten für neue Waffensysteme zumeist von der US-Regierung bezahlt wurden, dass sie aber einen viel größeren Markt zur Verfügung haben, durch die weltweiten Militärbündnisse der USA. Damit wird beispielsweise in der NATO unter dem Etikett „Standardisierung“ gefördert, dass Verbündete bevorzugt US-Waffen kaufen. Dies ist auch damit erleichtert, dass diese hochtechnisierten Ausrüstungen leistungsfähig sind und – trotz ihrer hohen Preise – vielfach billiger als Waffen aus eigener nationaler Produktion der verbündeten Staaten. Das hat dann den Nebennutzen, dass damit nationale oder auch in Europa zusammenarbeitende Rüstungsindustrien aus dem Markt gedrängt werden. Ein aktuelles Beispiel ist der Siegeszug des neuen US-Kampfbombers F-35 in Europa, der eigene Projekte der europäischen militärischen Luftfahrtindustrie sogar in den projektbeteiligten Ländern an den Rand drängt.

Konzerne als Roboter. Die Hauptakteure westlicher Rüstungsindustrien – wie auch anderer Branchen – sind *Konzerne*, also sehr große und finanzstarke Unternehmen mit anonymen privaten Eigentümern, den Aktionären.

Mit Multinationalität umgehen Konzerne nationale Beschränkungen ihrer Geschäfte. Durch Ansiedlung in „Steuerparadiesen“ und Unternehmensgeflechte vermeiden sie Steuerzahlungen.

Wie schon dargelegt, hat die Industrialisierung seit Anbeginn die Begleiterscheinung, dass sich mit Kriegswaffen weitaus mehr Geld gewinnen lässt als mit zivilen Gütern. Dies führte in Verbindung mit Korruption zu einem militärbestimmten Wirtschafts- und Politiksystem, dessen Treiber Konzerne sind.

Zumindest erfahrenen älteren Bürgern ist bekannt, dass ein solches Wirtschafts- und Politiksystem auf Feindbilder angewiesen ist und dass es Kriege anzettelt, stets in anderen Ländern geführt, möglichst munitionsintensiv und langdauernd.

Roboter jenseits menschlicher Entscheidung. Das Ziel von Konzernen sind *kurzfristige* Geldgewinne und Wachstum. Kosten werden möglichst der Allgemeinheit und der Umwelt aufgelastet. Die Schadenswirkung von Konzernen – in militärischen wie in zivilen Branchen – beruht nicht so sehr auf der Häufung von Raffgier und Fehlverhalten von Führungskräften als auf einem simplen Grundmechanismus, von Geschäftszahlen gesteuert, ohne Rücksicht auf Schäden an Menschen und Umwelt. Mitar-

beiter, die in den straffen Betriebsabläufen des Konzerns nicht passgenau funktionieren, werden zügig entdeckt und ausgeworfen.

Das Grundmodell des Konzerns ist also ein überdimensionaler, unersättlicher Raubroboter, der die Worte *Zukunft* und *Lebensraum* nicht kennt, der also auch ungebremst in die Selbstzerstörung laufen kann. Aber bis dahin ist der betriebliche Beutertrag zumeist so erheblich, dass viele Konzerne mehr Geldmittel zur Verfügung haben als große Staaten und dass sie damit Regierungen kaufen, auch von demokratischen Staaten.

Das heute die westliche Welt beherrschende und zerstörende Wirtschaftssystem dieser Roboter, *Konzernismus* genannt, ist in seiner Struktur totalitär [70]. Entstanden aus dem traditionell regionsgebundenen und vielfach sozialbewussten *mittelständischen Kapitalismus*, hat der Konzernismus die wirtschaftliche Gewinnabsicht ins substanzfressende Extrem getrieben, in der Art eines Krebsgeschwürs an der menschlichen Kultur.

Eine friedliche und umwelterhaltende Zukunft mit Konzernen scheint nicht möglich.

3.3 Abschreckung als fataler Irrweg

Das wichtigste Wort in der NATO-Strategie ist *Abschreckung*, anfangs – ab 1949 – gegen die angeblich weit überlegene konventionelle sowjetische Militärbedrohung die *atomare Abschreckung* der USA, inzwischen, mit vielfacher konventioneller Überlegenheit der NATO über den Gegner Russland *Abschreckung* als allgemeines Ziel: An den Militärhaushalten gemessen [77], ist die NATO heute dem Gegner Russland 15-fach überlegen, davon die USA allein 10-fach. Für hohe Wahrscheinlichkeit eines militärischen Sieges reicht nach einer militärischen Faustregel eine 3-fache Überlegenheit. Die NATO-Demokratien könnten sich also ohne Risiko für einige Jahre ohne neue Rüstung ihren ersten zivilen Problemen widmen, was aber nicht geschieht.

Stattdessen erhebt die NATO sogar die Forderung, jedes Mitglied müsse mindestens 2% seines Bruttoinlandsprodukts für Militär ausgeben. Die Kernfrage wird gar nicht gestellt: Was haben die Verteidigungskosten eines Landes mit dessen Wirtschaftskraft zu tun? Offenbar geht es nicht um Verteidigung, sondern um rüstungswirtschaftliche Interessen.

Fataler Irrweg. Die Basis der europäischen Kultur ist der leidvoll entwickelte innovative Gedanke des christlichen Neuen Testaments, auf schädigendes Fehlverhalten eines Gegners nicht, wie noch im Alten Testament als Standard beschrieben, *Rache* zu üben, denn Rache - „*Auge um Auge, Zahn um Zahn*“ – führt in eine Automatik der Verlängerung oder sogar Steigerung eines Konflikts, niemals zu dessen Dämpfung.

Die Innovation in der christlichen Idee ist die – eigentlich mathematische – Erkenntnis, dass Verteidigung den Konflikt nur dann ohne große Schäden zum Abklingen bringen kann, wenn sie auf eigener Gewaltfreiheit und Verständigung mit dem Gegner basiert. Erfolgt die Verteidigung hingegen gewaltsam, führt dies zu großen gegenseitigen Schäden und zur Konflikt-dämpfung erst, wenn mindestens eine Partei erschöpft ist.

Die NATO-Strategie der „*Abschreckung*“ droht dem Gegner als Reaktion auf dessen Angriff nicht nur mit Rache, sondern mit einem „*Zweitschlag*“ totaler physischer Auslöschung, also mit einer unbegrenzten, tatsächlich explosiven Eskalation des Konflikts, mit Absicht ohne verfügbaren Dämpfungsmechanismus. Diese Konstruktion soll angeblich Kriege verhindern.

In Wahrheit verlockt aber die „*Abschreckung*“ den Gegner zu einem Erstangriff, so massiv, dass der angedrohte „*Zweitschlag*“ gar nicht mehr möglich ist. Dies ist eine Frage der waffentechnischen Gegebenheiten, die sich laufend verändern.

Abschreckung durch Auslöschungsdrohung ist also nicht nur technisch-logisch unglaublich dumm, sondern vermeint auch die

Prinzipien von Recht und Moral, also der Weltreligionen und der europäischen Aufklärung des 18. Jahrhunderts.

Ursprung im Zweiten Weltkrieg. In Vorbereitung der *Abschreckung* wurden die Barrieren gegen den Bruch von Recht und Moral im Zweiten Weltkrieg niedergerissen: Nach einem duellhaften Angriffswechsel zwischen Deutschland (beginnend) und Großbritannien 1940/41 gegen Wohngebiete perfektionierten die britischen und amerikanischen Luftwaffen ab 1942 die Flächenbombardierung deutscher und japanischer Städte, als sogenanntes „*moral bombing*“, also angeblich um die Bevölkerungen zum Aufstand gegen ihre Regierungen zu treiben (was nicht gelang). Dies war völkerrechtswidrig, brachte aber den wirtschaftlichen Nutzen immenser Liefermengen von Fernbomber-Flugzeugen und Spreng- und Brandbomben. Verglichen mit dem Landkrieg, waren im Einsatz der Bomberflotten die eigenen Personalverluste gering.

In dem bis dahin unbekanntem Phänomen des großflächigen *Feuersturms* kamen in den Zentren der bombardierten Gebiete alle dort befindlichen Menschen ums Leben, auch in Schutzräumen.

Die 1945 erstmals verfügbare Atombombe steigerte dann nur noch die Effizienz: Für die gleiche Spreng- und Brandverwüstung war nicht mehr ein Schwarm von hunderten Flugzeugen nötig, sondern ein einziges Flugzeug reichte. Damit schien auch ein tausendfach höherer Verkaufspreis der Atombombe gegenüber konventionellen Bomben gerechtfertigt. Mit moralisch kritisierten autokratischen Regierungsformen in Deutschland und Japan hatte dieses Geschäftsziel nichts zu tun.

So schien im Zweiten Weltkrieg der Massenmord an Zivilbevölkerung zum opportunistischen Standardvorgehen geworden zu sein, mit den prominenten Eckpunkten Auschwitz, Dresden und schließlich Hiroshima/Nagasaki.

Propaganda „Gleichgewicht“. Die militärisch-industriellen Komplexe, mit ihrem Hauptinteresse, Kriegswaffen zu verkaufen, verbreiten mit großem Werbeaufwand die Behauptung, ja, Atomwaffen seien schlimm, so schlimm, dass der absolut böse Gegner ihren Einsatz niemals wagen werde, solange man selbst nur aktiv ein technisches *Gleichgewicht der Abschreckung* aufrecht erhalte [78], also genügend Geld zur Verfügung stelle, um neue Rüstungsschritte des Feindes durch eigene neue Rüstung auszugleichen. Diese *Abschreckung* mache Krieg fortan unmöglich.

Mit offizieller Verbreitung dieser Irrlehre konnte die Rüstung nach den Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki weiterlaufen, aber offenbar als unstabiles System in Richtung Untergang, denn tatsächlich handelt es sich um eine beiderseits betriebene endlose Rüstungsspirale. Sie wird zusätzlich beschleunigt durch den wissenschaftsgestützten allgemein-technischen Fortschritt, der immer leistungsfähigere, aber auch immer teurere Waffen hervorbringt, konventionell wie atomar.

Dieses System widerspricht der Alltagserfahrung: Wir leben mit unseren Nachbarn nicht deshalb im Frieden, weil wir sie abschrecken, sondern weil wir sie eben *nicht abschrecken*. Es wird höchste Zeit, dass Deutschland die *Abschreckung*, zumal *atomar*, aus seinem politischen Gebrauch streicht, wie es die Nachbarn Österreich und Schweiz bereits seit langem praktizieren.

3.4 Europäer werfen keine Atombomben

Ist die Eskalation des Ukrainekriegs in den weltweiten Atomkrieg zu befürchten? Vermutlich nicht weltweit. Schon in den 1980er Jahren hatten sich USA und Sowjetunion mit ihren absurd großen Arsenalen (damals *je über 25 000* Atomsprengköpfe) darauf vorbereitet, einen Atomkrieg, wenn es dazu käme, auswärtig zu führen, in Mitteleuropa. Dieses Einvernehmen scheint auch heute

zwischen den USA und Russland zu gelten. Noch hat jeder von ihnen mit etwa 6000 Sprengköpfen ein fast 20-mal größeres Atomarsenal als jeder andere Staat, einschließlich China [79].

Kleine Sprengkraft. Allerdings sind die extremen Megatonnen-Sprengkräfte (so stark wie Millionen Tonnen des chemischen Sprengstoffs TNT) der 1950er/60er Jahre heute aus den Arsenalen verschwunden, denn es gab offensichtlich keinerlei Rechtfertigung für die unverhältnismäßigen Schäden solcher Explosionen.

Der neue Fokus liegt auf hundertmal geringeren, genannt „kleinen“ Sprengkräften (bis 20 Kilotonnen, d.h. wie 20 000 Tonnen TNT). Diese Wortwahl soll den falschen Eindruck geben, solche Atomwaffen seien „nicht so schlimm“, also real einsetzbar.

Nach diesem Sprachgebrauch waren 1945 die Bomben auf Hiroshima (13 Kilotonnen) und Nagasaki (20 Kilotonnen) *kleine Sprengkraft*, in Explosion in der Höhe bei klarem Wetter mit einem Kreis der Totalzerstörung bis rund 5 km Durchmesser und mit neutronen-angeregter örtlicher radioaktiver Verstrahlung, die aber binnen Wochen abklingt. Die langfristig radioaktive Staubwolke aus den Bombenresten steigt in die Höhe und wird mit dem Wind weit verteilt und damit verdünnt. Von den Strahlenschäden abgesehen, entspricht die Spreng- und Brandwirkung der *kleinen Atomsprengkraft* also etwa einer konventionellen Flächenbombardierung mit einigen hundert schweren Bombenflugzeugen.

Bei Schlechtwetter oder bei Explosion am Boden kommt jedoch auch bei der *kleinen Sprengkraft* am Ort eine großflächige starke radioaktive Dauerverseuchung hinzu, durch radioaktiven Bodenauswurf und hinab regnende Bombenreste [80] – das Gebiet ist nicht mehr besiedelbar. Seit 1996 sind der Einsatz von Atomwaffen und die Drohung mit ihnen über die UN völkerrechtlich geächtet [81].

1982 hatten Wetterforscher als Folge eines Atomkriegs das Phänomen des „*nuklearen Winters*“ entdeckt: Die Millionen Tonnen Rußstaub aus den Feuerstürmen am Boden schlucken in der oberen Atmosphäre die Sonnenstrahlung, lassen damit für Jahre die Bodentemperaturen auf eisige Werte abstürzen und verhindern damit die benötigten Ernten. Ein großer Teil der Menschheit verhungert. Neuere Untersuchungen berichten, dass bei der Zündung von „*nur*“ 3% der weltweiten Atomwaffenarsenale, etwa bei einem regional begrenzten Krieg zwischen Indien und Pakistan, ein Viertel der Menschheit verhungert [82].

Angenommen ein begrenzter Atomeinsatz, gezielt gegen die in Westdeutschland konzentrierte europäische US-Militärpräsenz, mit einem oder zwei Dutzend Atomexplosionen *kleiner Sprengkraft*: Dies würde wohl nicht solche weltweiten Folgen haben. Der örtliche Wind würde den radioaktiven Fallout voraussichtlich größtenteils in Richtung Osten treiben. Trotzdem wäre die Zivilisation in Deutschland zerstört. Die meisten Todesopfer wären aus dem Zusammenbruch der störfempfindlichen Versorgungs-Infrastruktur zu erwarten, und unter der zusammengebrochenen staatlichen Ordnung aus den gewaltsamen bandenhaften Verteilungskämpfen um verbliebene Lebensmittel.

Im Ukrainekrieg mit 1200 km Frontlänge wäre eine „*kleine*“ Atomexplosion militärisch nur ein „*Nadelstich*“, der fehlendes Kriegsglück des Täters nicht herumreißt [83]. Eher werden die Gegner zu mehr Widerstand aufgestachelt, und das Kriegsverbrechen des Atomeinsatzes liefert der Gegenpropaganda nützliches Material: Unvermeidlich hinterlässt jede Atomexplosion Überlebende, die sich lebenslang, also teils jahrzehntelang mit der unheilbaren Strahlenkrankheit quälen. Der Täter von Atomeinsatz würde mindestens ein Jahrhundert lang in regelmäßigem Gedenken mit den Folgen seines Kriegsverbrechens konfrontiert, zum Schaden für sein internationales Ansehen und folglich für seinen Außenhandel.

Allerdings ist ein Irrglaube weit verbreitet, Atomkrieg bedeute einen kurzen hellen Blitz, und bevor man Schmerz empfinden könne, sei man schon verdampft. Die Wahrheit ist dramatisch

anders: Für die meisten Opfer von Atomexplosionen folgen stunden-, tage-, monate- bis jahrzehntelange Agonie und Qualen. Hilfe gibt es nicht oder wäre trotz modernster Medizin meist nicht möglich, denn die Strahlenkrankheit ist nicht heilbar. Atomwaffen sind der extreme Bruch der Grundvereinbarungen der menschlichen Gesellschaften.

Bei alledem kommt hinzu, dass Überlebende von Atomereignissen, selbst wenn sie keinerlei erkennbare körperliche Schäden haben, seelische Dauerverletzungen erleiden, weil sie im eigenen Land sozial gemieden werden: Ihr Körper könnte ja radioaktiv verseucht und ihr Erbgut durch die Strahlung beschädigt sein [84]. Genetische Veränderungen durch die Strahlung geschehen unbemerkt, und sie sind medizinisch nicht erkennbar.

In der langdauernden Qual der Opfer haben auch konventionelle Waffen ähnliche Auswirkung wie Atomwaffen, aber die direkte Schadenswirkung auf künftige Generationen fehlt hier.

Es ist zu hoffen, dass die russische Führung versteht und beherzigt: Europäer mit ihrer leidvollen gemeinsamen Geschichte, aber auch ihrer gemeinsamen Kulturbasis begehen *nicht* das Verbrechen von Atomeinsatz, sie tappen *nicht* in diese Falle, die Andere vielleicht aufstellen. Russen sind und bleiben Europäer.

Russland hätte die Chance, international Pluspunkte einzusammeln, indem es *einseitig* sein Atomarsenal auf Art und Umfang der atomaren „*Minimalabschreckung*“ Chinas abrüstet, also auf rund 5% des heutigen Bestandes [79]. China hält offenbar Atomwaffen nicht für kriegsentscheidend. Eine ebensolche russische Umstellung würde die US-Regierung früher oder später zwingen nachzuziehen, denn für den US-Kongress gäbe es dann keinen plausiblen Grund mehr, ein Atomarsenal zu bezahlen, das 20-mal größer ist als das jedes anderen Atomwaffenstaates.

Atomwaffen technisch überholt. Heute sind Atomwaffen zum Glück technisch überholt durch konventionelle Präzisionswaffen. Die sind zwar zu schwach, um tief unterirdische Bunker direkt zu zerstören. Aber bei der heutigen Treffgenauigkeit weniger Meter – auch über größte Schussweite – gelingt es, die oberflächennahen Verbindungsstellen der Bunker kabel punktgenau zu zertrennen – das reicht – ohne die Probleme von Atomeinsatz.

Insgesamt haben Atomwaffen also *keine militärische Rolle mehr*. Dies hat zu einer Krise in der Atomwaffenindustrie geführt. Die vorhandenen Sprengköpfe wurden vor Jahrzehnten hergestellt und bezahlt, und ihre – wengleich aufwendige – heutige Wartung bringt nicht genug Gewinne, um diese teure Spezialindustrie anspruchsgerecht am Leben zu erhalten. So ist das Interesse an *kleiner Sprengkraft* besonders motiviert durch die wirtschaftliche Hoffnung auf Aufträge für *neue* Sprengköpfe. Hinzu kommt das Problem, dass in der jungen Generation der einst hoch respektierte Beruf *Atomwaffenspezialist* kein gutes Ansehen mehr hat.

Hätte Russland einen Nutzen von Atomeinsatz gegen US-Militärbasen in der Ex-BRD? Auch nur eine einzige solche Explosion mit Zivilopfern und Verseuchung von Fläche würde, allein durch die Abscheu in der deutschen Bevölkerung, die Aussicht auf Rückkehr zum normalen deutsch-russischen Umgang und Handel für mehrere Generationen blockieren. Dies mag eine Wunschvorstellung von Wirtschaftskonkurrenten sein, liegt aber weder im russischen noch im deutschen Interesse, denn diese beiden Nachbarn haben sich in ihrer Verschiedenheit wirtschaftlich stets ergänzt, ohne um Produkte und Märkte zu konkurrieren.

Zwei Kriege gleichzeitig. Gemäß Auftrag aus einem US-Gesetz vom Dezember 2021 – vor Beginn des Ukrainekriegs – wurde im Oktober 2023 ein parteiübergreifender Kongressbericht (Senat und Repräsentantenhaus) über „*Amerikas strategische Aufstellung*“ [155] veröffentlicht, über die atomare Neuausrichtung auf *zwei gleichzeitige Kriege der USA gegen Russland und China*, mit amerikanischem Sieg. Sein Ziel beschreibt der Bericht folgendermaßen:

„Es müssen jetzt Entscheidungen getroffen werden, damit die Nation auf die Bedrohungen durch diese beiden atomar bewaffneten Gegner vorbereitet ist, die im Zeitraum 2027-2035 auftreten. Außerdem sind diese Bedrohungen so groß, dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten und Partner bereit sein müssen, beide Gegner gleichzeitig abzuschrecken und zu besiegen.“

Ist dieser Weg der USA mit europäischen Interessen vereinbar? Gibt es aus europäischer Sicht irgendwelche Hinweise, Russland und China würden einen Atomkrieg mit den USA anstreben?

In dem Kongressbericht geht es um die künftige Finanzierung der nun noch weiter erhöhten Atomrüstungskosten der USA, vor allem mit langfristiger Auftragsicherheit für die Waffenhersteller.

3.5 Jugendbegegnung als Sicherheitspolitik

Trotz Pressefreiheit: Originaltexte von russischer Seite zum Ukrainekrieg sind in westlichen Leitmedien fast nicht zu finden. Zwar dürfen Journalisten unzensuriert schreiben und berichten, was sie wollen. Sie sind aber wirtschaftlich darauf angewiesen, Medien zu finden, die ihre Arbeiten kaufen und bezahlen. Die Medien sind zumeist im Eigentum oder unter der Kontrolle von Privatpersonen oder politischen Parteien. Altes Sprichwort: „Wes‘ Brot ich ess, des‘ Lied ich sing.“

Überraschenderweise glauben viele der heute erwachsenen Deutschen zum Ukrainekrieg, sie seien aus den westlichen Medien einigermaßen informiert, und Nachrichten von der russischen Seite könnten nur Propaganda sein. Die politische Bildung in der BRD wie in der DDR hatte gleichermaßen das interessen-gesteuerte Ziel, die Akzeptanz solcher Einseitigkeit zu trainieren. Das Ziel wurde teilweise erreicht.

Auch scheint für die heute in Deutschland lebende Mehrheit eine Politik ohne Militär nicht vorstellbar, obwohl Militär in schwerstkrimineller Weise gegen die Prinzipien zivilisierten Zusammenlebens verstößt (Kapitel 3.1).

Braucht es also eine neue Generation, die Waffengewalt aus der Politik verbannt und bei Konflikten die ungefilterten Positionen *beider* Seiten wissen will? Bildung als Grundfähigkeit für eigenes demokratisches Urteilsvermögen, damit als die Grundlage gewaltfreier Sicherheitspolitik, die auf der informierten Widerständigkeit der Bürger gegen Unrecht beruht?

Internationale Begegnungen verlangen zwangsläufig solche offene Haltung. Die DDR war 1951 und 1973 mit *Weltfestspielen der Jugend* hervorgetreten, mit jeweils rund 25 000 Teilnehmern aus aller Welt. In der BRD wurde dies als Propaganda-veranstaltung abgetan, was sicherlich eine ihrer Funktionen war. Aber war es für die jungen Teilnehmer nur Propaganda – oder war es ein prägendes positives Erleben internationaler Gemeinschaft?

Wie wäre es mit der Einladung aus Deutschland an junge Menschen vor allem aus Atomwaffenstaaten, voran den USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, Israel und China? Verbesserte Bildung *und* internationale Jugendbegegnung als *die tragenden Teile* der deutschen Sicherheitspolitik? Nachdem Militär – eigenes oder fremdes – heute nur noch Gefährdung bringt? Für den Kaufpreis eines einzigen Kampfbombers (ca. 100 Millionen Euro) können rund 20 000 junge Gäste für vier Wochen in Deutschland zusammenkommen, inklusive Reisekosten, Unterbringung und Betreuung durch junge Menschen, die hier leben. Angenommen, dieses Ereignis regelmäßig Jahr für Jahr ...

3.6 Frieden und Umweltschutz verbunden

Ein zentrales Thema ist die Erhaltung der Umwelt als Bedingung des Lebens. Die Haupt-Schadenswirkungen kommen seit etwa 1750 aus der Industrialisierung und ab seit etwa 1900 aus der Wachstums-Wegwerfwirtschaft des Konzernismus, wobei Militär dessen Zuspitzung ist.

Diese Schäden werden aber immer besser verstanden, und Ansätze zur Eindämmung beginnen, durch Maßnahmen des Umweltschutzes. Naturgemäß können sie nur im Frieden funktionieren. Das Ziel, besonders von der jungen Generation erkannt, ist eine Kreislaufwirtschaft mit Recycling verbrauchter Wertstoffe und dem Antrieb durch erneuerbare Energien (Sonne, Wind, Wasserkraft, Biomasse, Erdwärme). In der echten Kreislaufwirtschaft werden Produkte langlebig und reparierbar hergestellt und Wertstoffe wie Metalle weitestmöglich wiederverwendet, mit nur geringem Bedarf an Neuschürfung aus der Erde.

Die Konzerne brauchen als Roboter die Ausbeutung von Menschen und Natur. Kreislaufwirtschaft ist aus ihrer Sicht der Katastrophenfall, den es mit Geld zu verhindern gilt. Umweltschutz hat keine Chance, solange die Konzerne nicht wenigstens in der Region politisch eingehegt sind.

Der Konzernismus hat es geschafft, in einem kleinen privilegierten Teil der Staaten Mehrheiten Wohlergehen zu verschaffen, mit der Botschaft von Medienhoheit und Werbetechnik, dies sei die wohlverdiente Belohnung für Fleiß und Ordnung. Das Bewusstsein fehlt, dass dieses Wohlergehen einen Preis hat, nämlich Armut, Gewalt, Ausbeutung und Zerstörung beim größten Teil der Menschheit.

Obendrein ist es in den privilegierten Staaten gelungen, die falsche Grundstimmung zu verbreiten, die Konzerne hätten bei ihren Handelsprodukten das Hauptanliegen Umweltschutz, doch der Erfolg hänge vom *individuellen* Verhalten des Bürgers als Verbraucher ab, nämlich indem er vorhandene Produkte ausmustert und neue, angeblich umweltfreundlichere kauft. Hinzu kommen zeitveränderliche Modeströmungen, die intakte Güter entwerten.

Laut Wetteraufzeichnungen ist die mittlere Bodentemperatur auf der Erde angestiegen [85]. Subjektive Eindrücke und Extremwetter scheinen dies zu bestätigen. Zugleich steigt die Luftkonzentration von Kohlendioxid (CO₂), dem Verbrennungsabgas der fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas. Dieser Anstieg wird als menschengemacht behauptet, darüber hinaus als die Hauptursache der Temperaturerhöhung, und dies nicht nur als Wetterphänomen, sondern als langfristige Klimaänderung.

Jede dieser Behauptungen ist wissenschaftlich umstritten, und laufend kommen neue Erkenntnisse hinzu. Dennoch führt seit den 1990er Jahren ein „*Weltklimarat*“ IPCC Umweltextreme (Dürren, Extremwetter und steigender Meeresspiegel [86]) weit überwiegend auf den menschlichen fossilen CO₂-Ausstoß zurück.

Auf der *Pariser UN-Klimakonferenz* von 2015 wurden aufgrund eines computergestützten Klimamodells zwangsläufige katastrophale Folgen vorhergesagt, falls die weltweite Erwärmung 2 °C überschreitet. Dies könne aber vermieden werden, wenn *zügig und weltweit* auf „*grüne*“ Energien ohne fossilen CO₂-Ausstoß umgestellt werde. So erhielten nicht nur erneuerbare Energien, sondern auch Atomenergie das Etikett „*grün*“.

Auf dieser Grundlage haben viele Regierungen, so auch die deutsche, freiwillige Selbstverpflichtungen übernommen, den fossilen CO₂-Ausstoß bis 2050 schrittweise auf Null zu senken. Der deutsche Anteil am weltweiten Ausstoß beträgt 2%. Während die USA, China und Indien mit rund 50% des weltweiten CO₂-Ausstoßes solche Verpflichtungen verfehlen oder ganz vermeiden, hat die amtierende Bundesregierung ein „*Klimaschutzprogramm*“ aufgelegt: Im ersten Schritt soll der deutsche CO₂-Ausstoß von 2021 bis 2030, also binnen nur eines Jahrzehnts um fast die Hälfte gesenkt werden [87], im zweiten Schritt dann runter auf Null.

Im Zuge des Ukrainekriegs ab 2022 kam es zusätzlich zu Maßnahmen gegen den kostengünstigen deutschen Import von Erdöl und Erdgas aus Russland, der jahrzehntelang geflossen war, über Knotenpunkte in der Ex-DDR. Die Folgen waren ein sprunghafter Anstieg der Energiekosten in Deutschland durch den Umstieg auf andere Lieferländer, hauptsächlich die USA mit umweltschädlich gewonnenem Fracking-Erdgas. Hinzu kam wirtschaft-

liche Verunsicherung durch angekündigte Verbote gegen landesweit lange übliche Heizungstechniken und Fahrzeugantriebe.

Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist allein deshalb sinnvoll, weil solche vor Ort gewonnene Energie kostenlos strömt und nicht mehr importiert werden muss, dass also Wertschöpfung im Land bleibt. Die Techniken für den Umstieg stehen seit etwa 2000 zur Verfügung und wären binnen einiger Jahrzehnte im turnusmäßigen Austausch flächendeckend einführbar, zugleich mit dem Abbau von Energieverschwendung.

Aber für den nun geforderten *extrem schnellen* Umstieg müssten hochwertige, intakte technische Einrichtungen, die mit fossilen Energien betrieben werden und noch Jahrzehnte Lebensdauer vor sich haben, in großem Umfang verschrottet werden, um neuen Industrieprodukten für die Gewinnung und Nutzung der „grünen“ Energie Platz zu machen. Dies scheint volkswirtschaftlich gar nicht leistbar. Auch bestehen technisch begründete Vermutungen, dass angestrebte Maßnahmen der Regierung eher vom angestrebten Ziel wegführen. Beispiele sind „*Elektromobilität*“ und „*Heizungsgesetz*“. Der Begriff „*Emissionshandel*“ weckt die Erwartung, dass sich neuartige Möglichkeiten für wirtschaftliche Großkorruption durch Konzerne ausbilden.

Das Gewicht des Klimathemas hat international zu intensiverer Forschung und zu neuen Erkenntnissen geführt, damit allerdings auch auf breite Kritik an der IPCC-Klimaprognose. Das reale Klimageschehen ist offenbar weitaus komplizierter. Wie der deutsche Wetterdienst klarstellt, ist es gar nicht möglich, den Einfluss des Menschen auf das Klima der Erde für die nächsten Jahre und Jahrzehnte genau zu beschreiben [88]. Wissenschaftler bemängeln, Effekte seien im IPCC-Modell teils über-, teils unterschätzt worden, teils gar nicht beachtet. Vorhersagen müssten regionale Eigenheiten stärker berücksichtigen. Eine Grauzone des Verständnisses besteht in der Rolle der riesigen Meere im CO₂-Haushalt der Erdatmosphäre, ferner in der aktuellen Klimawirkung von Methan, das aus auftauenden Permafrostböden entweicht.

So deutet vieles darauf hin, dass – falls ein menschengemachtes Klimaproblem überhaupt besteht – für die Umstellung des Energiesystems und für Schutzmaßnahmen mehr Zeit zur Verfügung steht, als 2015 in Paris befürchtet wurde – eine gute Nachricht für die junge Generation, denn sie entspannt das deprimierende IPCC-Zukunftsbild.

Unstrittig treten allerdings unerwartete großflächige Veränderungen an der Natur auf, und CO₂-unabhängige Einflüsse wirtschaftsgetriebener Kulturmaßnahmen kommen hinzu (darunter industrielle Landwirtschaft und bauliche Flächenversiegelung), sämtlich mit selbstverstärkenden Schadenswirkungen und unbekanntem Folgen. Die industrielle Landwirtschaft zerstört die biologische Vielfalt, damit natürliche Nahrungsketten, damit auch die Ernährungsgrundlage der Menschen: Alle Nahrung beruht auf Pflanzen – ohne Insekten keine Blütenbestäubung der Pflanzen, also keine Ernten – die industrielle Landwirtschaft vernichtet die Insekten.

Schließlich bleibt in der Debatte über Klima- und Naturschutz wenig beachtet, in welchem Umfang Kulturmaßnahmen beispielsweise heiße Wüsten besiedelbar gemacht haben und empfindliche Landwirtschaft gegen Wetterschäden schützen können, zumal in heißen Regionen Solarenergie vielfach reichlich verfügbar ist. Auch wird inzwischen die Möglichkeit betont, die CO₂-Konzentration der Luft dauerhaft zu senken, indem Pflanzenkohle in den Erdboden eingebracht wird, dort verbleibt und zugleich die Landwirtschaft unterstützt [89]; dies ermöglicht auch die Klimaschutz-Zusammenarbeit mit Russland, mit den dortigen großen Waldvorkommen.

So bestehen einerseits Probleme, andererseits aber auch innovative Lösungsperspektiven. Zur Erinnerung: Um 2000 war Deutschland bei erneuerbaren Energien technisch führend. Energiekonzerne beendeten diese Geschäftskonkurrenz. Ein –

größtenteils interessengetriebener – kurzfristiger Alarmismus heilt die Versäumnisse vergangener Jahrzehnte nicht und scheint obendrein durch die realen Abläufe nicht einmal begründet.

Statt der gebotenen sachlichen Klärung der offenen Fragen entstand aber ein gesellschaftlicher Konflikt über die Realität des Klimawandels, eingeengt auf die eine Ursache CO₂, mit Zügen eines Glaubensstreits. Es sollte aber möglich sein, zu den wissenschaftlich offenen Umweltfragen im internationalen Dialog den Erkenntnisstand sachlich zu dokumentieren. Dieser nötige Dialog ist durch den Ukrainekrieg gestört, denn die westlichen Sanktionen gegen Russland haben auch zum Abbruch wissenschaftlicher Kontakte geführt. Russland ist doppelt so groß wie die USA. Allein das europäische Russland bis zum Ural hat die gleiche Fläche wie das gesamte sonstige Europa. Kann eine künftige Energieversorgung Europas – welcher Technik auch immer – funktionieren, ohne Russland einzubeziehen?

Hier dürfte die Ex-DDR durch das dort stärker verbreitete Verständnis für die russische Seite die Möglichkeit haben, etwa im Rahmen friedenspolitischer Konferenzen auch das Thema Umweltschutz aufzugreifen und wertvolle internationale Beiträge zu gewinnen und unzensiert zu veröffentlichen.

Anhang: Chronik der Ereigniskette seit 1938

Die in Kapitel 2. vorgeschlagenen sieben Aktionen zumindest der ostdeutschen Landesregierungen, um einen drohenden Krieg wenigstens von der Ex-DDR abzuwenden, beruhen auf einer Vorgeschichte, die selbst für Zeitzeugen im Rückblick teilweise unglaublich ist. Ohne diese Vorgeschichte in groben Zügen zu kennen, ist die deutsche Gegenwart nicht zu verstehen. Deshalb widmet sich die nachfolgende Chronik dieser Ereigniskette, die – 1938 beginnend – zugleich das *Atomzeitalter* protokolliert.

Der Erste Weltkrieg (1914-18) zeigte erstmals bei allen Haupt-Kriegsparteien das Bestreben, *Stellungskrieg* zu führen und in die Länge zu ziehen, mit intensivem gegenseitigen Artilleriebeschuss und Materialverbrauch von Millionen Tonnen Granaten, um im Rüstungsbereich wirtschaftliche Gewinne in die Höhe zu treiben, ohne Rücksicht auf die Millionen Menschen, die davon direkt geschädigt oder getötet wurden.

Ausgangspunkt sind die USA. Weder der Erste noch der Zweite Weltkrieg (1939-45) hatte sie in ihrem Kernland gefährdet. Trotzdem wurden sie Teilnehmer an beiden Kriegen, und zwar als der wirtschaftliche Gewinner, nämlich als leistungsstarker Waffenlieferant für europäische Kriegsparteien, die sich dafür bei den USA verschuldeten, zu jahrzehntelangen Rückzahlungen von Zinsen und Tilgung.

Jeweils erst spät (1917 bzw. 1941) stiegen die USA selbst als Kriegspartei ein und sicherten damit ihren Einfluss auf den Kriegsausgang, also auf die Kapitulation Deutschlands und Österreich-Ungarns (1918) bzw. Deutschlands und Japans (1945), auf den Rückfluss der Kriegskredite und auf eigene Kriegsbeute. Aber 1918 bleiben die US-Truppen noch nicht als dauerhafte Besatzungsmacht in Europa.

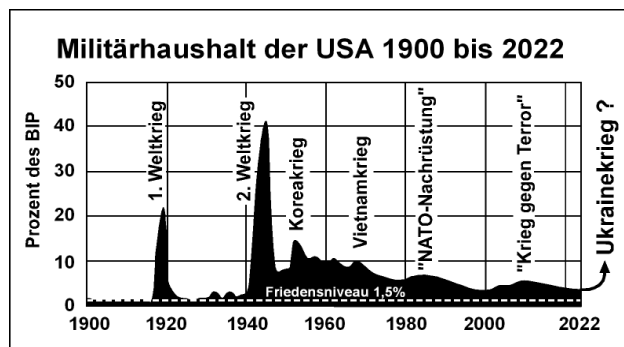


Abbildung (erläutert im Text, Quelle [77])

In der Friedenszeit vor dem Ersten Weltkrieg hatte der Militärhaushalt der USA bei rund 1,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gelegen, ähnlich wie in anderen Staaten. Im Ersten Weltkrieg stieg dieser Wert auf über 20% [77] (siehe Abbildung auf S. 24). Folglich bereitete den USA nach Ende dieses Krieges der Auftragseinbruch der aufgeblähten Rüstungswirtschaft ein soziales Problem von Arbeitslosigkeit.

Dies alles war nur möglich durch eine kurz vor Kriegsbeginn in Deutschland gelungene wissenschaftliche Erfindung, nämlich in der Chemie die *Ammoniaksynthese* zur künstlichen Herstellung von Explosivstoffen, zum Ersatz der Südamerika-Importe von Salpeter aus Südamerika, die unter der britischen Seeblockade nicht mehr möglich war. Ohne die daraufhin in Deutschland neu entstandene Großindustrie von Ammoniakwerken hätte der Krieg nach wenigen Kriegsmonaten enden müssen, mit der deutschen Niederlage, wegen Munitionsmangel. Doch so konnte sich der Krieg, von den Rüstungsindustrien getrieben, über vier Jahre hinstrecken. Die Rüstungsindustrien hatten also de facto die Kontrolle über die Dauer des Ersten Weltkriegs.

Im Prinzip ähnlich, brachte auch der Zweite Weltkrieg eine entscheidende Neuerung, die allerdings erst in der Folgezeit für die Rüstungsindustrien bestimmend werden sollte – und damit letztendlich für die Weltpolitik:

1938 Dezember In Berlin-Dahlem entdeckt der Chemiker Otto Hahn mit seinen Mitarbeitern die technische Möglichkeit, die Kerne der schwersten Atome (Uran) durch Bestrahlung zu spalten und dadurch immense Energien freizusetzen.

1939 August Brief des Physik-Nobelpreisträgers Albert Einstein an US-Präsident Franklin Roosevelt, mit der Warnung, der neue Effekt in Verbindung mit der inzwischen nachgewiesenen Möglichkeit einer atomaren Kettenreaktion würde den Bau extrem starker Bomben ermöglichen. Die USA sollten hier tätig werden, denn das Nazi-Regime habe dies bereits getan.

1939 September Angriff der Nazi-Wehrmacht auf Polen, der sich zum Zweiten Weltkrieg ausweitete. Flächenbombardierung von Warschau durch die deutsche Luftwaffe, als Kriegsverbrechen beklagt. Kriegserklärungen Großbritanniens und Frankreich, vorerst ohne Kampfhandlungen („Sitzkrieg“).

1940 Mai Ende des Sitzkrieges. Deutsche Besetzung west- und nordeuropäischer Länder. Deutsche Flächenbombardierungen gegen Wohngebiete britischer Städte, als Kriegsverbrechen, von britischer Luftwaffe in gleicher Weise erwidert, als völkerrechtlich erlaubte „Repressalie“.

1941 April Die deutsche Luftwaffe verliert die Fähigkeit zu Angriffen gegen Großbritannien. Die britische Luftwaffe RAF setzt Flächenbombardierungen gegen deutsche Städte fort, nicht mehr als Repressalie begründbar, sondern Kriegsverbrechen.

1941 Juni Deutscher Überfall auf die Sowjetunion.

1941 Dezember Eintritt der USA in den Krieg gegen Deutschland und Japan. Gründung der gemeinsamen Kriegsführung „Anti-Hitler-Koalition“ von USA und Großbritannien mit der Sowjetunion, die, vorher als kommunistischer Terrorstaat verabscheut, nun als hilfsbedürftiger Verbündeter gilt. Leih-Pacht-Verträge für Rüstungslieferungen (per Schiffskonvois) der USA an Großbritannien und die Sowjetunion.

Der Landkrieg in Europa verläuft entlang der Ostfront zwischen den Armeen der Sowjetunion und Deutschlands. In der Anti-Hitler-Koalition ist vereinbart, dass die Westmächte USA und Großbritannien eine zweite Front im Westen eröffnen. Sie halten diese Zusage aber nicht ein, sondern verstärken stattdessen die Bombardierung deutscher Städte, d.h. gegen

Zivilbevölkerung. Hierfür entsteht in den USA und Großbritannien eine breite Industriebasis.

Im Zweiten Weltkrieg steigt der Anteil der Kriegswirtschaft am Bruttoinlandsprodukt der USA auf über 40% (siehe Abbildung auf S. 24), auf den doppelten Wert wie im Ersten Weltkrieg. Dies ist die Folge des landesweiten Aufwuchses von Rüstungsindustrie und Militär. So rollt über vier Jahre lang im Durchschnitt *Tag und Nacht jede Stunde* ein neuer viermotoriger Fernbomber *B-17*, *B-24* oder *B-29* aus einer Fabrikhalle in den USA [90], insgesamt über 34.000 Stück [91], für die Verwüstung von Städten in Deutschland und Japan. Für die Beladung der Flugzeuge werden über 4 Millionen Tonnen Bomben produziert. Mit einer Landesverteidigung der USA hat dies nichts zu tun.

Angriffe gegen zivile Wohnsiedlungen als solche sind schon seit 1907 als Kriegsverbrechen geächtet. Die Städtebombardierungen als entgrenzter Verstoß gegen dieses Verbot räumen die moralische Hemmung beiseite, gegen die wehrlose Zivilbevölkerung die *Taktik der verbrannten Erde* zu praktizieren, im Schadensausmaß ohne Obergrenze, als fortan den Normalfall des Krieges, schließlich ins Extrem getrieben durch die Atomwaffen, neu entwickelt in der *Demokratie USA*. Als Nebennutzen hat der militärisch-industrielle Komplex der USA seither die Kontrolle über die US-Außenpolitik übernommen, an der Demokratie vorbei.

1942 August Beginn des groß angelegten US-Atombombenprogrammes *Manhattan-Projekt*.

1943 Verstärkte Flächenbombardierung von Städten durch eine technisch optimierte Mischung aus Spreng- und Brandbomben: Der *Feuersturm*, d.h. die ganze Stadt ein zusammenhängender Großbrand, keine Überlebenden, auch in Schutzräumen nicht, durch das giftige Brandabgas Kohlenmonoxid.

1944 Juni Eröffnung der zweiten Landfront in Westeuropa, durch Invasion der USA und Großbritanniens in der Normandie. US-britische Befürchtung, dass bei weiterer Verzögerung dieser Fronteröffnung die sowjetischen Truppen, die Nazi-Wehrmacht erfolgreich überrollend, bis zum Atlantik vorstoßen und ganz Europa besetzen.

1945 März US-Luftangriff auf Oranienburg nördlich von Berlin, denn die dort vermuteten deutschen Uranvorräte sollen nicht in sowjetische Hände fallen – der erste *heiße* Angriff des Kalten Krieges.

1945 August Demonstration von US-Atomwaffen (auf Kernspaltungsbasis) in der Totalzerstörung der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Verwunderung beim US-Militär über den internationalen Aufschrei gegen diese neuartige Waffe mit ihren heimtückischen Strahlenwirkungen: Der konventionelle US-Bombenangriff auf Tokio (März 1945) habe doch doppelt so viele Tote gefordert wie jeder der Atomangriffe, ohne solchen Aufschrei.

1945 September Gemeinsame Siegesfeier zum Ende des Zweiten Weltkriegs: USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich.

Unmittelbar darauf Feindbildwechsel: Es gilt, in den USA einen wirtschaftlichen Absturz wie nach dem Ersten Weltkrieg zu vermeiden. In den Kriegsjahren hatte die US-Regierung ein Netz von Militärbasen in Europa, Asien und Afrika geschaffen, das sie nun ausbaut (aktuell (2023): weltweit über 750 US-Auslandsbasen, gegenüber Russland mit etwa 25 (in Nachbarländern und in Syrien), China mit 1 Auslandsbasis (in Ostafrika)). Auch bleibt US-Militär in Deutschland und Japan stationiert. Damit wird der Militärhaushalt, den der US-Kongress bewilligt, fortan auch im Frieden auf Kriegshöhe gehalten (siehe Abbildung auf S. 24).

Um dies vor dem Volk zu begründen, wird aber ein neues Feindbild gebraucht, das überzeugend Angst einflößt. Die besiegten Feindbilder Deutschland und Japan sind „verbraucht“. So beginnen im September 1945 die US-Medien mit alarmierenden Meldungen, „sowjetische Spione“ seien in Nordamerika tätig [92] – Haben nur die Sowjets einen Spionage-Geheimdienst? Binnen weniger Wochen etabliert die US-Regierung in der Öffentlichkeit das neue Feindbild Sowjetunion.

Dieses flinke Auswechseln hatte eine rasante Kehrtwende in der Propaganda erfordert: Nach der Kapitulation Deutschlands und Japans war auf der *Potsdamer Konferenz* im Juli 1945 die Sowjetunion noch eine der drei offiziell siegreichen und gefeierten Mächte der *Anti-Hitler-Koalition*, und zwar diejenige, die über 25 Millionen Toten weitaus die meisten Opfer und größten Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs zu beklagen hatte (Frankreich wird erst nachträglich und historisch ungenau zu einer europäischen Siegermacht erklärt).

Aber nun wird die Sowjetunion erneut das Schreckensbild einer kommunistischen Stalin-Diktatur, als übermächtige militärische, wirtschaftliche und sogar geistige Bedrohung gegen die USA selbst und gegen befreundete und schutzbedürftige Länder in Europa und Asien.

1946 Januar Nun auch offizieller Schwenk der US-Regierung unter Präsident Harry Truman zum Feindbild Sowjetunion, Beginn des Kalten Krieges. Damit erhalten die US-Truppen in den Auslandsstützpunkten eine neue Rolle, als vermeintliche *Schutzmacht* gegen einen behaupteten Invasionsplan der Sowjetunion.

In der US-Öffentlichkeit mit geringer Kenntnis über die Sowjetunion fiel kaum auf, dass die Propaganda einer sowjetischen Bedrohung nicht stimmen konnte, denn die nach Hause zurückgekehrten wehrpflichtigen sowjetischen Soldaten wurden nun dringend in ihren zivilen Berufen gebraucht, um die schlimmsten Kriegsschäden in dem verwüsteten Land zu beheben, und das beibehaltene sowjetische Militär war mit der Kontrolle der unterworfenen und widerstrebenden osteuropäischen Satellitenstaaten und Besatzungszonen beschäftigt. Also war an eine sowjetische Invasion Europas nicht zu denken – und schon gar nicht eine Invasion der fernen Insel Nordamerika.

1947 Juni In der UN-Kommission zur Zukunft der Atomenergie der sowjetische Vorschlag: Internationaler Vertrag zum Totalverbot von Atomwaffen, Kontrolle atomtechnischer Anlagen durch den UN-Sicherheitsrat, bei Verstoß Strafen. Die USA und weitere Staaten lehnen den Vorschlag ab: Die Sowjets könnten betrügen, das müsse durch weitergehende Maßnahmen ausgeschlossen sein („*Baruch-Plan*“).

1948 Gelder aus dem *Marshallplan* der USA (1948-52) für den Wiederaufbau europäischer Staaten sind in Westeuropa willkommen. Als Gegenleistung erhalten die USA von den meisten Empfängerstaaten Erlaubnisse zu Truppenstationierungen, offiziell als *atomarer* Schutz gegen eine angeblich konventionell weit überlegene sowjetische Bedrohung. Sogar Großbritannien und Frankreich, obwohl als Siegermächte geführt, beziehen Gelder aus dem Marshallplan, und ebenso das westalliierte (amerikanisch-britisch-französische) Besatzungsgebiet Deutschlands.

1948 Juni Von den USA seit 1947 heimlich vorbereitete „*Über-Nacht*“-Währungsreform nur in den westalliierten Besatzungszonen Deutschlands und westlichen Besatzungssektoren Berlins. Diese Blitzaktion vollzieht die deutsche Spaltung, im einseitigen Bruch der mit der Sowjetunion vereinbarten *gemeinsamen* Militärverwaltung Gesamtdeutschlands.

Die Sowjetunion reagiert mit der Sperrung der landseitigen Zufahrten durch ihre ostdeutsche Besatzungszone

hindurch zu dem mitten darin gelegenen West-Berlin („*Berliner Blockade*“). Daraufhin versorgen die Westalliierten, unter Führung der USA, rund ein Jahr lang die Zweimillionenstadt mittels Flugzeugen („*Luftbrücke*“). Diese Berliner Blockade ist ein propagandistisches Geschenk für die USA, denn erst die Luftbrücke ermöglicht den US-Truppen in Europa, das Negativbild einer Besatzungsmacht, die über Jahre wehrlose Zivilbevölkerung bombardiert hat, umzukehren in das Ansehen einer wohlwärtigen, willkommenen, ja ersehnten „*Schutzmacht*“ gegen die Angst machende Sowjetunion.

1949 April Die USA institutionalisieren die *Schutzmacht*-Rolle ihres Militärs und ihrer Atomwaffen durch die Gründung des Militärbündnisses *NATO*. Immer unter Befehl eines US-Generals, ist die *NATO* völkerrechtlich eine europäische Fremdenlegion des US-Präsidenten. Für einen hohen Militärschatz sind für die US-Regierung Stationierungsrechte in *NATO*-europäischen Staaten fortan unverzichtbar.

Das Kernproblem bei dieser Konstruktion ist für die US-Regierung aber die Souveränität der *NATO*-Staaten. Die uneingeschränkte Souveränität besitzen die USA als vorherrschender Teil der westalliierten Besatzungsmacht lediglich in Westdeutschland. Deshalb haben sie dort ihre europäische Kommando-, Nachrichten- und Nachschubstruktur konzentriert. Auch verfügen sie in Westdeutschland über Hochseehäfen (vor allem Bremerhaven), für den Massentransport von Rüstungsmaterial aus den USA nach Europa.

1949 Mai Das westalliierte Besatzungsgebiet Deutschlands erhält einen demokratisch anmutenden Staatsmantel und wird fortan als *Bundesrepublik Deutschland (BRD)* bezeichnet.

1949 August Erster sowjetischer Atombombentest.

1949 Oktober Nach dem *BRD*-Muster erhält auch das sowjetische Besatzungsgebiet Deutschlands einen demokratisch anmutenden Staatsmantel *Deutsche Demokratische Republik (DDR)*.

1950 Beginn eines sowjetisch-amerikanischen Krieges in Korea, der 1953 mit einem Waffenstillstand endet. Rund 4 Millionen Tote.

1952 Beginn von US- und bald darauf sowjetischen Tests von Atombomben mit – gegenüber Hiroshima/Nagasaki – tausendfach verstärkter Sprengkraft (auf Kernverschmelzungs-Basis).

1955 Mai Eingliederung der *BRD* in die *NATO*. Kurz darauf Gründung des sowjetisch geführten Militärbündnisses *Warschauer Vertrag*, mit Kommando- und Nachrichtenstruktur überwiegend auf sowjetischem Boden, als Gegenstück zur *NATO*, unter Einbeziehung der *DDR*.

Laufende Medienberichte über Gewaltakte und Willkür im sowjetischen Herrschaftsbereich bringen stetig Propagandamaterial zugunsten der USA, die dadurch als Musterbild von Recht und Freiheit erscheinen. Die Berichte drehen sich vor allem um die sowjetisch beherrschten osteuropäischen Länder und die *DDR*, im Westen „*Ostzone*“ genannt. So gewinnt in Westeuropa und vor allem in der *BRD* ein medienvermitteltes Selbstbild mehrheitliche Gewöhnung und Zustimmung: eine freiheitlich-demokratische Rechtsordnung, gegen eine tägliche sowjetische Bedrohung geschützt durch den amerikanischen *Atomschirm*.

Ebenso wie Deutschland ist auch Österreich, 1945 aus der Nazi-Annexion von 1938 befreit, in vier Besatzungszonen geteilt. Nun erhält Österreich seine Souveränität zurück, unter der Bedingung der militärischen Neutralität. Alle vier Besatzungsmächte ziehen ab.

Dieselbe Lösung hatte die Sowjetunion auch für Deutschland angeboten, aber die USA lehnten ab [93]: Die BRD mit panzergängigem Flachland und Nordseehäfen ist für ihre Truppen in Europa unverzichtbar. Österreich als Gebirgsland ohne Hochseehafen ist hingegen militärisch uninteressant.

1955 Juni Heimkehr tausender deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion, aufgrund von Ehrenworten zwischen Konrad Adenauer (BRD) und Nikolaj Bulganin (Sowjetunion) bei Adenauers Besuch in Moskau.

1961 Januar Der ausscheidende US-Präsident Dwight Eisenhower warnt in seiner Abschiedsrede an das amerikanische Volk vor dem militärisch-industriellen Komplex der USA, als Gefahr für die Demokratie [94].

1961 August Abriegelung des Flüchtlingsstroms aus der DDR durch deren militärische Sperrung der Grenzen zur BRD und nach West-Berlin („*Berliner Mauer*“).

1962 Oktober Sowjetische Mittelstrecken-Atomraketen erscheinen auf der Karibikinsel Kuba vor der US-Küste. Damit zeigt die Sowjetunion erstmals die reale Fähigkeit, die USA atomar zu beschießen. Zu dem Zeitpunkt ist der sowjetische Machtbereich (einschließlich der europäischen Satellitenstaaten und China) seit längerem täglich eingekreist durch US-Bomber und -Raketen. Trotzdem fordern die USA ultimativ mit der Drohung des Atomkriegs den Abzug der sowjetischen Raketen – die „*Kuba-Krise*“.

US-Präsident John F. Kennedy hat von seinem Generalstab erfragt, wieviele Todesopfer in Europa und Asien die Ausführung des US-Atominsatzplans namens *SIOP* fordern würde. Die Antwort, unfassbar: Innerhalb des ersten halben Jahres nach dem Angriff 600 Millionen. *Der Nazi-Holocaust mal hundert* [95]. Zu der Zeit können die Sowjets erstmals aus dem eigenen Land mit wenigen Prototyp-Exemplaren atomarer Interkontinentalraketen gegen die USA zurückschlagen [96].

Kennedy misstraut seiner eigenen Militärführung. In einem geheimen Direktkontakt (über seinen Bruder Robert und den sowjetischen Botschafter in den USA, Anatoli Dobrynin) zum sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow vereinbart Kennedy mit Ehrenworten die – für ihn selbst gesichtswahrende – Entschärfung der Krise: Chruschtschow zieht sofort die Raketen aus Kuba ab, Kennedy zieht verzögert und unauffällig entsprechende US-Atomraketen ab, die schon über ein Jahr in der Türkei, Italien und Großbritannien stationiert sind. Durch diese Aktion gerät Kennedy in einen scharfen Konflikt mit seinem atomkriegswilligen Militär.

Ein Jahr später fällt er einem Mordanschlag zum Opfer, der bis heute nicht aufgeklärt ist. Alle US-Präsidenten seither bis in die Gegenwart verhalten sich als aktive Auftragsbeschaffer für den amerikanischen militärisch-industriellen Komplex.

1964 Die USA beginnen einen – nach dem Koreakrieg – zweiten Stellvertreterkrieg gegen die Sowjetunion, basierend auf einer Lüge („*Golf-von-Tonkin-Zwischenfall*“), offiziell in Vietnam, verdeckt aber auch in Laos und Kambodscha.

1972 Beginn einer politischen Entspannung zwischen USA und Sowjetunion, Abschluss von Rüstungskontrollverträgen.

1975 Ende des Vietnamkriegs. Militärische Niederlage der USA, aber beispiellose Geschäftserlöse der US-Rüstungsindustrie aus elf Jahren Kriegsdauer. Die USA hatten die zweieinhalbfache Munitionsmenge des gesamten Zweiten Weltkriegs gezündet, überwiegend in Südvietnam, das laut offizieller Angabe verteidigt werden sollte [97]. Über 2 Mio. Tote. Die im Boden verborgenen Blindgänger der Granaten, Bomben und Streuminen töteten auch 2023 noch Zivilisten, häufig Kinder, in Vietnam, Laos

und Kambodscha. Nach Kriegsende bereitet der Niedergang des US-Militärhaushalts ein Problem für den militärisch-industriellen Komplex (siehe Abbildung auf S. 24).

1979 Ende der politischen Entspannung zwischen USA und Sowjetunion: rund 60 000 Atomsprengköpfe weltweit.

Als Lösung für das Auftragsproblem des militärisch-industriellen Komplexes der USA bietet ein technischer Entwicklungsvorsprung – vor allem in der neuartigen Mikroelektronik – erstmals die Möglichkeit *zielgelenkter* Präzisions-Fernwaffen. Mit atomarer Bestückung sind sie in der Lage, tief unterirdische Bunkerziele zu treffen und zu zerstören. Erstmals erscheinen in den USA atomare Präzisions-Mittelstreckenwaffen (Raketen *Pershing-II*, Flügelformen *Cruise Missile*, Reichweiten um 2000 km).

Mit den minutenkurzen Flugzeiten der Mittelstreckenraketen rückt ein salvenhafter *Enthauptungsschlag* gegen die Kommando- und Nachrichtenstruktur der Sowjetunion in die militärische Diskussion [78], denn diese Struktur ist um Moskau herum konzentriert. Wegen ihrer kurzen Reichweite müssen die Raketen aber in Europa stationiert sein, in der Nähe zu den sowjetischen Grenzen. Umgekehrt hatte und hat die Sowjetunion aus geografischen und technischen Gründen niemals die Möglichkeit zu einem Enthauptungsschlag gegen die weiträumige Kommando- und Nachrichtenstruktur der USA [78].

Die USA nutzen eine angebliche sowjetische Überlegenheit bei Mittelstreckenraketen – das Baumuster *SS-20* ohne Präzisionslenkung – als Begründung für den Plan, ihre atomaren Präzisionswaffen in Westeuropa zu stationieren, als – vorgeblich alternativlose – „*NATO-Nachrüstung*“ [98]. *Pershing-II* haben aber völlig andere, neuartige Fähigkeiten gegenüber *SS-20*, nämlich tief unterirdische Bunker zu treffen und zu zerstören, also die um Großraum Moskau konzentrierte sowjetische Kommandostruktur zu „*enthaupten*“.

1979 Dezember Die Sowjetunion beginnt einen verlustreichen Krieg gegen religiös geprägte Milizen in Afghanistan, die aus den USA tragbare Flugabwehrraketen *Stinger* erhalten, mit neuartiger automatischer Ziellenkung, wirksam gegen sowjetische Flugzeuge und Hubschrauber [99]. In den USA kommt das Wort vom wirtschaftlichen „*Totrüsteten der Sowjetunion*“ auf.

1980 Die USA lagern in Westdeutschland rund 5000 Atomsprengköpfe [72] zumeist *kleiner Sprengkraft* und kurzer Reichweite (Kanonengeschosse), d.h. für die Zündung in Westdeutschland. Diese Kriegsführung übt die US Army in Osthessen („*Fulda Gap*“), als sogenanntes *integriertes Schlachtfeld*, auf dem die US-Truppen konventionelle Waffen einsetzen, dann fallweise mit Atomwaffen feuern, dann zurückkehren zu konventionellen Waffen ... [73].

1982 Entdeckung des Phänomens „*nuklearer Winter*“ [82].

1982 Juni Unter dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme UN-Vorschlag für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa. USA/NATO lehnen den Vorschlag ab.

1984 Gegen starken Bürgerwiderstand [98] beginnen die USA mit der Stationierung atomarer strategischer Raketen *Pershing-II* [38]. Die souveräne Kontrolle grenznaher europäischer Gebiete ist für die USA *nur* in der BRD erfüllt, so dass *Pershing-II* nur dort stationiert werden, unter Besatzungsrecht, aber in demokratischer Verkleidung mittels entsprechend ausgewählter deutscher Amtspersonen und Parlamentsrituale.

An diese politische Situation als Folge des Zweiten Weltkriegs hat sich die BRD-Bevölkerung über Jahrzehnte gewöhnt, wie auch an materiellen Wohlstand und geringe Einmischung der Besatzungsmächte in das Privatleben der Bürger. Trotzdem

kommt es gegen die neuen Raketenstationierungen erstmals zu erheblichem Widerstand aus der Bevölkerung, in Form einer breiten *Friedensbewegung*. Dabei wird zum Thema, dass Pershing-II-Einsätze *erneut* von deutschem Boden aus zu Millionen Toten in der Sowjetunion führen würden.

1985 Gegenstationierung sowjetischer atomarer Kurzstreckenraketen SS-23 in der DDR und der Tschechoslowakei. Ein atomares Duell USA/Sowjetunion ist in Mitteleuropa scharf geschaltet. Die Pershing-II stehen offen-ungeschützt in westdeutschen Wäldern, somit nur geeignet für den Erstschatz, denn die Sowjetunion kann sie jederzeit durch einen Präventivangriff am Boden zerstören.

Durch die minutenkurzen Flugzeiten ist das Duell auf beiden Seiten abhängig von automatischen Warnsystemen. Dadurch besteht jederzeit die Gefahr, dass unbeabsichtigt ein technischer oder menschlicher Fehler einen begrenzten Atomkrieg in Mitteleuropa auslöst. Wäre es zu dem Krieg gekommen, wären zumindest Deutschland und Tschechien für historische Zeiten nicht mehr besiedelbarer radioaktiver Dschungel.

Michail Gorbatschow wird sowjetischer Staatschef. Er erkennt den Kollisionskurs der Atomrüstung, die wirtschaftlichen Rüstungslasten und die resultierenden Finanzprobleme. Dies führt zu einem Umdenken, *Perestrojka* genannt. Außenpolitisch setzt Gorbatschow auf atomare Abrüstung, innenpolitisch auf Liberalisierung. So beginnt eine Aufweichung der politischen Kontrolle in der Sowjetunion und in der Folge auch in den osteuropäischen Warschauer-Pakt-Staaten einschließlich der – dabei etwas langsameren – DDR.

1987 Das wichtigste militärische Ergebnis des neuen Denkens ist der Dialog zwischen Gorbatschow und dem US-Präsidenten Ronald Reagan. Er führt zum *INF-Vertrag* (*Intermediate-range Nuclear Forces*), also der beiderseitigen Verschrottung aller Mittelstreckenwaffen.

Sowjetische Wirtschaftsprobleme sind bei der US-Führung bekannt. Auflösungserscheinungen der sowjetischen Kontrolle über osteuropäische Staaten werden deutlich. Die osteuropäischen Staaten des Warschauer Vertrags beginnen, durch politische und wirtschaftliche Kontakte nach Westen ihre jeweilige nationale Souveränität von der Sowjetunion zurück zu erobern.

Gleichzeitig werden Bestrebung der USA erkennbar, ihren Einfluss nach Osten zu erweitern. Reagan appelliert in Berlin, vor dem Brandenburger Tor: „*Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!*“ [100]. Für die Öffentlichkeit klingt diese Forderung zu dem Zeitpunkt noch realitätsfremd.

1988 Dezember Rede Gorbatschows vor der UN: Wahlfreiheit des politischen Systems für die osteuropäischen Staaten, also auch für die DDR.

1989 Januar Ungenehmigte Bürgerdemonstration in Leipzig, mit der Forderung einer freiheitlichen sozialistischen Demokratie. Solche Bewegungen werden auch in den sowjetisch beherrschten Staaten Osteuropas auffällig, am stärksten in Polen und Ungarn. Mehrheiten in Europa gewinnen die Hoffnung auf ein Ende des Alptraums Kalter Krieg, also die Auflösung der Militärbündnisse NATO und Warschauer Vertrag.

Amtsantritt des neuen US-Präsidenten George Bush senior. Ebenso wie seine Vorgänger seit 1945 hat auch Bush das Ziel – oder den Auftrag –, für einen hohen US-Militärhaushalt zu sorgen. Ein wichtiges – oder sogar das wichtigste – Werkzeug dafür ist die NATO. Für die US-Regierung stellt sich also die Aufgabe, ihre NATO über das absehbare Ende des Kalten Krieges hinweg zu retten und möglichst sogar noch zu erweitern.

Angesichts der sowjetischen Finanzprobleme sieht Bush die USA als Sieger im Kalten Krieg und die Sowjetunion als den Verlierer. Nun gilt es für ihn, die Früchte des Sieges zu ernten.

In jener Zeit tritt in der US-Regierung eine als *neo-konservativ* bezeichnete Linie in den Vordergrund, mit dem erklärten Ziel, die USA in die Rolle der einzigen Weltmacht zu bringen und Konkurrenten nicht zu dulden. Dies wird bekannt als die *Wolfowitz-Doktrin* [101], seither in allen US-Regierungen wirksam.

Als vorteilhafter Umstand für diese Strömung kommt hinzu, dass die osteuropäischen Demokratiebewegungen von starker Russenfurcht begleitet sind. Historisch scheint dies verständlich, und so entstehen von selbst neue Kandidaten für eine NATO-Mitgliedschaft. Finanzielle US-Unterstützung für diese Länder soll dabei nachhelfen.

In dieser Situation wäre es nicht schwer, nach dem absehbaren Zerfall der Sowjetunion einen *neuen* europäischen Konflikt in Gang zu setzen, und zwar gegen den erwartbaren Sowjetunion-Rechtsnachfolger Russland, für das Ziel eines hohen US-Militärhaushalts. Ein solcher Konflikt würde sich dann voraussichtlich lawinenartig von selbst verstärken, durch eine Spirale russischer Reaktionen und antirussischer Gegenreaktionen.

Dieses Modell hat allerdings einen Schwachpunkt: die sowjetisch beherrschte DDR. Dort ist – verzögert gegenüber Polen und Ungarn – zwar ebenfalls eine Demokratiebewegung entstanden, aber weithin ohne anti-russische Strömungen, sondern mit Russland als wichtigem Handelspartner und hauptsächlich fokussiert auf demokratische Reformen des *eigenen ostdeutschen sozialistischen* Regierungssystems. Das Ziel gemäß deutlichem Volkswillen ist eine freiheitliche, souveräne, militärisch neutrale DDR [54].

Dies würde aber das Ziel einer NATO-Erweiterung blockieren, allein aus Gründen der militärischen Geländeverfügbarkeit: Eine neutrale DDR würde zusammen mit Österreich, der Schweiz und der Gebirgskette zwischen der BRD und Tschechien (Fichtelgebirge, Pfälzerwald, Böhmerwald) einen für das US-Militär nahezu unpassierbaren Sperrgürtel quer durch Mitteleuropa legen, von den Alpen bis zur Ostsee. So wären die USA in der militärischen Nutzung neu hinzugewonnener osteuropäischer NATO-Staaten behindert.

Vor allem könnte der Schwerlast-Nachschub aus den USA nicht mehr über die BRD-Nordseehäfen und den Landweg durch die DDR hindurch erfolgen (Eisenbahn und Autobahn). Für solche Transporte blieben dann nur die Binnenmeere Ostsee und Schwarzes Meer, aber mit deren Grundproblem, dass sich die engen Zufahrten zu diesen Gewässern (Großer und Kleiner Belt, Öresund, Bosphorus) leicht durch Seeminen abriegeln lassen.

Damit ist es für Bush zwingend notwendig, eine souveräne DDR zu verhindern, egal, welches innere politische System sich dort einstellt.

1989 Februar Niederlage der sowjetischen Truppen in Afghanistan, deren Abzug.

1989 Mai Bush erklärt in Mainz [132]:

„*Ich werde weiterhin alles tun, was ich kann, zu helfen, die geschlossenen Gesellschaften des Ostens zu öffnen.*“

Das Kommuniqué des anschließenden NATO-Gipfels in Brüssel benennt – in Anwesenheit von Bush – die Lösung, das Hindernis DDR zu beseitigen, nämlich das Ziel, dass „*das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt*“ [102], auch lesbar als: „*weg mit der DDR!*“

Als Hilfe bei der Lösung dieser Aufgabe bietet sich die BRD-Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl an. Er hatte sich schon bei der Pershing-II-Raketenstationierung in der BRD 1984 [98] als folgsamer US-Partner erwiesen. Nun trifft sich Bushs Ziel, eine souveräne DDR zu verhindern, mit dem Ehrgeiz Kohls, aus einer persönlichen Problemphase innenpolitischen

Abstiegs 1989 herauszufinden und obendrein als der Schöpfer der deutschen Einheit in die Geschichte einzugehen.

1989 Juni Mehr und mehr DDR-Bürger nutzen die überraschende neue Möglichkeit, über Ungarn und bald darauf auch über die Tschechoslowakei in die BRD zu fliehen [54]. Neue unabhängige Bürgergruppen beantragen ihre staatliche Anerkennung, führend dabei das „*Neue Forum*“ [103][15].

1989 Oktober Am 7. Oktober nimmt der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow in Ost-Berlin am 40-Jahresjubiläum der DDR teil. Gleichzeitig geht dort letztmalig Polizei gegen eine gewaltlose Bürgerdemonstration vor.

Zwei Tage später findet in Leipzig eine „*Montagsdemonstration*“ mit 70.000 Teilnehmern statt, trotz starker Polizeipräsenz gewaltfrei, mit Rufen „*Wir sind das Volk*“. Die dortigen Teilnehmerzahlen steigen von Woche zu Woche, am 23. und 30.10. jeweils 300.000 Personen, am 6.11. sogar 400.000 – trotz strömenden Regens. Ähnliches geschieht auch in anderen DDR-Städten [54].

1989 November Am 4. November die erste amtlich genehmigte Demonstration in Ost-Berlin. Über 500 000 Teilnehmer [15].

Am 9. November dann die wunderbare Öffnung der innerdeutschen Grenzsperr Berlin Mauer – Reisefreiheit, Jubel und Erleichterung über das Ende des *Kalten Krieges* zwischen USA und Sowjetunion.

Eine allgemeine Stimmung in Europa geht davon aus, der Kalte Krieg sei vorbei, die Militärbündnisse NATO und Warschauer Vertrag nun überflüssig, und die Zeit für eine gesamteuropäische Friedensordnung *von Ural bis Lissabon* ist gekommen, am einfachsten unter der seit 1975 bewährten ost-west-übergreifenden Struktur *KSZE* [104].

Bereits eine Woche nach der Maueröffnung tritt eine DDR-Reformregierung ihr Amt an, unter Ministerpräsident Hans Modrow (SED) und der Stellvertreterin Christa Luft (SED), zugleich Wirtschaftsministerin. Dies ist eine Koalition aus der vorher allein herrschenden SED und seit langem existierenden kleineren DDR-Parteien (LDPD, CDU, NDPD, DBD). Sie waren bis dahin als *Blockparteien* im Schatten der SED fast unsichtbar geblieben, treten nun aber mit eigenen Profilen an. So ist ein weiterer Stellvertreter Modrows, Lothar de Maizière, Vorsitzender der CDU und Befürworter des Sozialismus. Das Programm der Modrow-Regierung ist eine demokratisch reformierte sozialistische DDR, ausdrücklich keine Vereinigung mit der BRD.

In einer DDR-Meinungsumfrage Ende November plädieren 86% der Bürger für die Erhaltung einer sozialistischen DDR; nur 5% wünschen eine DDR als Kopie der BRD [54]. Demnach hat das reformierte politische System der DDR die *überwältigende* Zustimmung ihrer Bürger – das Erfolgsbild einer zügigen friedlichen Revolution der DDR zu einer freiheitlichen Demokratie mit sozialistischer Prägung, errungen aus eigener Kraft.

Ansonsten ist vorgeklärt: Die USA werden die anti-sowjetische Opposition in osteuropäischen Ländern finanziell unterstützen, aber auf keinen Fall Geld geben für die Sowjetunion oder die DDR. Solche Kosten müsste die BRD tragen. Wohl um Bush zu gefallen, teilt Kohl ihm am 17. November telefonisch mit, er werde eine US-Spende von 250 Millionen Dollar an die Opposition in Polen durch eine eigene Spende in gleicher Höhe aufstocken [105]. Aber gegenüber der DDR zugeknöpfte Taschen: Der BRD-Kanzleramtsminister Rudolf Seiters lässt die DDR-Regierung Modrow wissen: Finanzielle Hilfe aus der BRD erst nach Abschaffung des Sozialismus [54].

Ende November veröffentlicht Kohl seinen geplanten Weg im Umgang mit der DDR in einem *10-Punkte-Plan*, nämlich die Vereinigung von BRD und DDR in einem Zentralstaat [106].

Die DDR-Regierung Modrow ist mit der klaren Absage an die Vereinigung mit der BRD angetreten. Aber momentaner Geldmangel schränkt Modrows Handlungsfreiheit ein. Die größte BRD-Bank *Deutsche Bank* hätte vermutlich Zwischenkredite gewähren können [54]. Seinen Äußerungen nach [107] hat der Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, die Vorstellung einer Konföderation zwischen BRD und DDR, und er ist bereit, der DDR zu helfen. Aber dazu kommt es nicht, denn am 30. November wird er Opfer eines militärisch professionellen Sprengstoff-Mordanschlags, der bis heute nicht aufgeklärt ist. Soweit bekannt, wagte danach keine BRD-Bank, der DDR Kredite zu geben.

1989 Dezember Auf dem NATO-Gipfel in Brüssel nennt Bush als Vorbedingung für seine Zustimmung zur deutschen Vereinigung: Sie müsse geschehen

„im Kontext der fortwährenden Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der NATO“ [19].

Dies wird fortan überwiegend interpretiert als „*das vereinte Deutschland wird Mitglied der NATO*“. Bush hat aber – mit der wolkigen Erwähnung von „*Verpflichtungen*“ – auch den Verbleib von US-Truppen, auch mit Atomwaffen, auf deutschem Boden zur Vorbedingung gemacht. Mit einer NATO-Mitgliedschaft hat diese Forderung *nichts* zu tun, sondern sie würde, wenn überhaupt, durch zweiseitige Verträge geregelt.

Jedenfalls ist damit seitens Kohl und seitens Bush „*die Katze aus dem Sack*“. Das Ziel ist abgesteckt: (a) durch Einwirkung auf Gorbatschow den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR zu bewirken, ohne an der Stationierung der Truppen der USA [33], Großbritanniens [108] und Frankreichs [109] und besonders der westlichen Atomwaffen [110] in der BRD irgendetwas ändern zu müssen, und (b) durch eine deutsche Vereinigung per BRD-„*Beitritt*“ der DDR deren Souveränität zu beseitigen.

In Ost-Berlin tritt erstmals ein „*Runder Tisch*“ zusammen, eine gemischte Runde aus der SED, den Blockparteien, Massenorganisationen und den bedeutendsten Oppositionsgruppen [111], mit dem Auftrag, eine neue demokratische DDR-Verfassung zu erarbeiten [59].

Von der Seite der BRD geht es um die Frage, wie eine deutsche Vereinigung konkret erfolgen soll. Der naheliegende Weg, dass die DDR ihren begonnenen Reformkurs bis zum souveränen Staat DDR weiter führt und mit der BRD je nach Situation zweiseitige Verträge abschließt, fällt für Kohl aus, denn für Bush ist eine souveräne DDR unakzeptabel, als Störkörper gegen die NATO-Osterweiterung.

Für Kohl bietet sich das BRD-*Grundgesetz* [46] an: Er kann – zutreffend – sagen, dies und nichts anderes sei sein verpflichtender Dienstweg. Tatsächlich enthält das Grundgesetz in der 1989 gültigen Fassung ein *Wiedervereinigungsgebot*, andererseits aber auch einen Auftrag für eine zu schaffende Verfassung, für die das Grundgesetz nur ein provisorischer Ersatz ist.

Kohl sieht, dass sein Plan der deutschen Vereinigung nur mit überrumpelnder Geschwindigkeit gelingen kann, indem er konventionelle, ordnungsgemäße Verfahrensweisen überspringt. Bereits Mitte 1989 dürfte Kohl klar gewesen sein, dass Gorbatschow nicht mehr lange sowjetischer Staatschef sein werde, denn der Zusammenhalt des Warschauer Pakts und sogar der Sowjetunion selbst bröckelt unübersehbar. Auch steht Gorbatschow in Moskau in scharfer Kritik einer Gruppe um den Außenpolitiker Valentin Falin, unter dem Vorwurf, sowjetische Interessen nur unzureichend zu vertreten [14].

Aber Kohl schätzt richtig ein und wird diese Sicht zwei Monate später auch gegenüber Bush erklären [1]: In Gorbatschows wirtschaftlicher Notlage [112] werden von ihm militärische Zugeständnisse für Geld käuflich sein. Bei künftigen

Nachfolgern im Kreml ist das nicht gewiss, sondern dann ist zu Deutschland eher die unverhandelbare sowjetische Position zu erwarten: „Wir ziehen unsere Truppen aus der DDR ab, wenn auch die anderen drei Besatzungsmächte ihre Truppen aus der BRD abziehen.“ Alle hätten es verstanden. Für Bush, den Leitstern von Kohls Strategie, wäre dies aber unakzeptabel.

Somit ist klar: Was auch immer Kohl unternehmen will, er braucht Gorbatschow als noch entscheidungsbefugten sowjetischen Staatschef, und deshalb muss alles extrem schnell gehen. Am Ende wird die deutsche Vereinigung gemäß Kohls „Drehbuch“ nur elf Monate nach Öffnung der Berliner Mauer kommen.

1990 Januar Die DDR-Regierung und der Runde Tisch tagen gemeinsam [113].

Der BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher geht Ende Januar mit dem Konzept an die Öffentlichkeit, das vereinte Deutschland kommt in die NATO, aber die Sowjetunion erhält die *Zusicherung*, dass die NATO sich nicht über die bisherige Grenze NATO/Warschauer Vertrag hinaus nach Osten erweitert. US-Außenminister James Baker übernimmt sofort diesen Ansatz und präzisiert ihn werbewirksam mit der Zusicherung, die NATO werde „nicht einen Zoll“ nach Osten erweitert [13].

1990 Februar Anfang Februar ist die DDR-Reformregierung Modrow mit den neuen Ministern aus Oppositionsgruppen und neu gegründeten Parteien vollständig in Betrieb [114]. Modrow hat kurz zuvor einen *Vier-Punkte-Plan* veröffentlicht: militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zu einem Staatenbund, dies im Einvernehmen mit der sowjetischen Führung [115]. Ein Termin für – erstmals freie – Wahlen zum DDR-Parlament *Volkskammer* ist vereinbart, nur sechs Wochen später, für den 18. März 90.

In einem Gespräch mit der DDR-Wirtschaftsministerin Luft im Februar 90 schätzt der BRD-Wirtschaftsvorstand Detlev Rohwedder den Wert der DDR-Wirtschaft auf 600 Milliarden der BRD-Währung *D-Mark (DM)* [116]. Die Ministerin schließt künftige Mehrheitsbeteiligungen ausländischer Investoren an DDR-Unternehmen aus [117].

1990 Februar: Der Bruch durch den Staatsstreich. Die Kohlsche Absicht der deutschen Vereinigung besteht darin, der DDR das BRD-Rechtssystem überzustülpen [1]. Dies ist beim DDR-Volk aber nicht akzeptiert. Ohnehin lehnen auch die meisten westeuropäischen Regierungen generell ab, dass die beiden deutschen Staaten sich vereinigen, aus Furcht vor der Wirtschaftsmacht dieses neuen Gebildes. Also rundum negativ.

Bushs Vorbedingung, das vereinte Deutschland müsse NATO-Mitglied sein, mit US-Truppen und Atomwaffen auf deutschem Boden, ist offensichtlich für die Sowjetunion nicht akzeptabel. Also auch negativ.

Somit drängt sich der Eindruck auf, Bush habe mit Kohl auf einen realitätsfernen „*Irrläufer*“ gesetzt, und umkehrt habe Kohl in Bush ebenfalls einen „*Irrläufer*“ sehen müssen. Dennoch werden es beide „*Irrläufer*“ in einem unwahrscheinlichen Zusammenwirken überraschend schaffen, ihre Ziele durchzusetzen.

Für Kohl bleibt mangels Unterstützern in Europa der einzige geeignete Verbündete Bush. Dabei hat Kohl die Erfahrung, dass die USA mit ihrer Wirtschafts- und Militärmacht auch unpopuläre Forderungen durchsetzen, wenn ihnen dies nützlich erscheint. Als eigenen Pluspunkt hat Kohl als BRD-Bundeskanzler Zugang zu erheblichen Geldmitteln. Die BRD-Regierung pflegt guten Kontakt zur *Deutschen Bank* und zur *Dresdner Bank*. Die BRD steht 1989 im weltweiten Vergleich der Bruttoinlandsprodukte (BIP) an vierter Stelle der Industriestaaten der Welt, hinter den USA, Japan und der Sowjetunion, vor Großbritannien und Frankreich [118] (China

wird erst ab etwa 2000 zum Industriestaat aufsteigen). Geld ist also für Kohl verfügbar.

Bush kann ohne einen finanziell leistungsfähigen Partner das Ziel „weg mit der DDR!“ nicht erreichen, denn Gelder aus dem US-Kongress für Vorgänge in Europa kann er nicht erwarten – und schon gar nicht für den Kauf sowjetischer Zustimmung zu solchen Vorgängen. Auch Kohl plant, die DDR-Souveränität zu beseitigen. So hat Bush mit Kohl eine Problemlösung zur Hand, aber zugleich auch keine personelle Alternative zu Kohl. Beide sind aufeinander angewiesen.

Die Zustimmung Gorbatschows zu der westlichen Forderung nach der deutschen Vereinigung im Rahmen einer NATO-Mitgliedschaft wird in Gesprächen in Moskau am 9./10. Februar 1990 erkaufte, durch die westliche Zusicherung „keine Osterweiterung der NATO“ („nicht einen Zoll“) und westdeutsche Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion [13].

Der Auftrag, die deutsche Verfassung zu schaffen, steht im Grundgesetzartikel 146 [46]. Dies hätte nun – zusammen mit der Reformverfassung der DDR [59] – der Ansatzpunkt sein müssen, dass beide deutsche Staaten entweder einen Staatenbund oder gemeinsam eine Verfassung für einen einheitlichen neuen Staat verabreden. Allerdings scheint es angesichts der grundlegenden Systemunterschiede fraglich, ob ein für das Gesamtgebiet passender Verfassungstext überhaupt möglich gewesen wäre. Vermutlich hätte eine mehrheitsfähige gesamtdeutsche Verfassung weiterhin geografisch zwei Rechtsräume (Ex-BRD, Ex-DDR) unterscheiden müssen.

Für Kohl gab aber der Zeitfaktor den Ausschlag: Eine deutsche Verfassung hätte einen längeren Prozess gebraucht, obendrein mit dem Risiko des Scheiterns und sogar des Weiterbestands einer souveränen DDR – für Bush und folglich für Kohl unakzeptabel. Ein anderer Weg muss her [119].

Hier bietet sich ein historischer Präzedenzfall an [120]: Nach Kriegsende 1945 hatte Frankreich die besetzte deutsche Grenzprovinz Saarland in sein Staatsgebiet einbezogen, also praktisch annektiert, völkerrechtswidrig und gegen den Willen der dortigen Bevölkerung. Die folglich Dauerkontroversen störten eine gewünschte französisch-deutsche Freundschaftsoptik. So vereinbarten Frankreich und die BRD 1955 eine Volksabstimmung im Saarland. Über zwei Drittel stimmten für den Wechsel zur BRD. Deren Grundgesetz sah für solchen Fall in seinem Artikel 23 den *Beitritt* neuer Bundesländer vor. Das Saarland erklärte diesen Beitritt und wurde damit reguläres neues Bundesland der BRD.

So besteht bereits im Februar 1990 in der BRD-Regierung der Fahrplan, die DDR müsse nach Artikel 23 der BRD beitreten [1]. Dies scheint für Kohl die ideale Methode, denn damit ist die DDR mit ihrer Unterschrift unter einen entsprechenden Vertrag sofort und spurlos aufgesogen.

Kohl hat – spätestens seit der Pershing-II-Stationierung 1984 in der BRD – die Erfahrung, dass er unpopuläre eigene Ziele gegen *beliebige* BRD-Bürgermehrheiten durchsetzen kann, mit dem Hebel des politischen Systems der BRD, basierend auf dem demokratisch mangelhaften *Grundgesetz* [46], das die westalliierten Besatzungsmächte 1949 diktiert hatten und seither stützen. In einer innenpolitischen Problemphase sieht Kohl mit der Öffnung der Berliner Mauer eine Chance, sogar zum *Schöpfer der deutschen Einheit* aufzusteigen. Dabei erwartet er offenbar, dass sich die zusätzlich nötigen politischen Zustimmungen der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs wohl kaufen lassen würden, für Geld aus der BRD-Wirtschaftskraft oder für politische Zugeständnisse.

Am 24. Februar hat Kohl in Camp David (USA) eine Besprechung mit US-Präsident Bush und dessen Außenminister Baker über das weitere Vorgehen (Kapitel 1.2).

In der DDR läuft der Wahlkampf. Aber in der neuen DDR-Führung hat sich eine eigentümliche Verzagtheit breitgemacht.

Ein erster Hinweis darauf: Die Modrow-Regierung hatte widerstandslos zugelassen, dass Kohl kurz vor Weihnachten 1989 eine Großkundgebung in Dresden abhielt, als Werbung für die Ost-CDU [121]. Völkerrechtlich war dies die Einmischung eines ausländischen Spitzenpolitikers in die inneren Angelegenheiten eines UN-Mitglieds.

Auf Demonstrationen tauchen erstmals in der BRD hergestellte Transparente auf, mit der Parole „*Wir sind ein Volk*“, statt im DDR-Original „*Wir sind das Volk*“ [122]. BRD-Fahnen sind an Bambusstangen befestigt, die es in der DDR nicht gibt [123].

Die Regierung Modrow hat keine Beschränkungen auferlegt für verdeckte Finanzflüsse und materielle Unterstützung aus der BRD zugunsten von DDR-Parteien. Wenn schon kein Verbot, so wäre doch zumindest eine Pflicht geboten, solche Geldflüsse zu veröffentlichen – aber auch hier Fehlanzeige.

Sechs Wochen vor dem DDR-Wahltermin zündet Kohl seine wirksamste Bombe gegen die DDR: Ohne Absprache mit der Modrow-Regierung kündigt er an, in Kürze werde die D-Mark (DM) anstelle der DDR-Mark (M) das Zahlungsmittel in der DDR sein [124]. Der Umtauschkurs 1:1 ist im Gespräch, verbunden mit der vertrauensseligen Erwartung baldiger – Wortlaut Kohl: – „*blühender Landschaften*“ in der DDR.

Die DDR-Regierung versäumt, gegen diese massive Einmischung einzuschreiten. Auch befindet sich Kohl mit seiner DM-Ankündigung im Widerspruch zur Leitung seiner *Bundesbank* und zu BRD-Wirtschaftsführern [124]. Von dort kommt die Mahnung, das Gefälle zwischen der BRD und der DDR sei zu groß, die DDR-Wirtschaft sei bei ungeschützter Öffnung zum westlichen Markt nicht konkurrenzfähig und werde vernichtet.

Statt solche Einwände nachzuprüfen, redet Kohls Regierung den angespannten Zustand der DDR-Wirtschaft zusätzlich schlecht, weit über die reale Situation hinaus, mit der Falschbehauptung, die DDR stehe kurz vor dem Staatsbankrott [125]. In Wahrheit steht trotz aller Schwierigkeiten die DDR-Industrie im sowjetisch geführten Wirtschaftsbündnis *RGW* gegenüber den übrigen osteuropäischen Mitgliedsstaaten in einer gefestigten Position [126]. Der Leiter des Statistischen Bundesamts in Berlin, Oswald Angermann, erklärt im Rückblick, eine akute Kollapssituation der DDR sei nicht erkennbar gewesen [54]:

„Bei einem geschützten Binnenmarkt und eigener Währung hätte die DDR noch 20 Jahre so weiterwursteln können.“

Mitte Februar reist die reformierte DDR-Regierung zu einem Staatsbesuch in die BRD-Hauptstadt Bonn. Modrow und Kohl vereinbarten die Einrichtung einer Kommission zur Vorbereitung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Doch Modrows Bitte um Finanzhilfen wird abgewiesen [124].

Ein neues DDR-Wahlgesetz vier Wochen vor dem Wahltermin 18. März 90 bringt ein reines Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel, und Listenvereinigungen von Parteien werden zulässig [127]. Damit ist rechnerisch klar, dass eine von der West-CDU organisierte, finanzierte und gesteuerte Gruppierung von DDR-Parteien mit dem DM-Versprechen die Volkskammerwahl mit hoher Wahrscheinlichkeit gewinnen wird. Noch vier Tage vor der Wahl tritt Kohl als Hauptredner einer Großkundgebung in Leipzig auf, der Platz dekoriert mit BRD-Flaggen [128]. Die Regierung Modrow, doch Inhaber des Hausrechts in der DDR, lässt dies zu.

1990 März Bei der ersten freien Volkskammerwahl [129] erreichen 15 Parteien mehr als 0,1% der Stimmen. Eine CDU-geführte Minderheitskoalition (48% der Stimmen) aus CDU, DSU und DA übernimmt die Regierungsbildung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU). Diese Koalition

von DDR-Parteien hatte für ihren Wahlkampf 7,5 Millionen DM aus der BRD erhalten [130], und der BRD-Staatschef Kohl (CDU) war auf sechs Wahlveranstaltungen in der DDR zugunsten der DDR-CDU aufgetreten.

Als Alternative wäre eine absolute Mehrheitskoalition anderer Parteien (51%) möglich gewesen, nämlich aus SPD, PDS (umgetaufte SED) und vier kleineren Parteien. Dies vereitelte aber ein geschichtsblinder – und von internen „*U-Booten*“ geschürter? – Streit zwischen SPD und PDS. Die Weichen für den schicksalhaften Anschluss der DDR an die BRD sind damit gestellt.

1990 April Kurz vor ihrer Ablösung legt die DDR-Reformregierung unter Modrow einen Verfassungsentwurf [59] vor, mit deutlich demokratischeren Zügen als das BRD-Grundgesetz (siehe Kapitel 2.7). Ungeklärt ist die Frage, warum Modrow nicht den Entwurf zügig seiner Bevölkerung zur Abstimmung vorlegt.

Ebenso ungeklärt ist die Frage, warum Modrows Nachfolger de Maizière, Jurist, Musiker und Befürworter des Sozialismus in der DDR, nach seinem Regierungsantritt Mitte April dieses Versäumnis seines Vorgängers nicht korrigiert, also den Entwurf der DDR-Reformverfassung der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegt [64]. Der Entwurf ist doch vermutlich mehrheitsfähig, und das Ergebnis der Volksabstimmung würde de Maizières Verhandlungsposition gegenüber der BRD stärken.

Aber zumindest die CDU-Abgeordneten erhalten den Text gar nicht erst [66]. Aus ungeklärten Gründen wird es in der Volkskammer in den Monaten bis zur deutschen Vereinigung im Oktober 1990 nicht mehr zur Behandlung und Abstimmung über die neue DDR-Verfassung kommen.

1990 Mai Die Finanzminister Walter Romberg (DDR) und Theo Waigel (BRD) unterzeichnen einen Staatsvertrag über die *Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion*.

1990 Juni Am geschichtsträchtigen 17. Juni verabschiedet die Volkskammer das „*Verfassungsgrundsatzgesetz*“ [131], das entscheidende Ermächtigungsgesetz für das Ende der DDR, denn dessen Kern (Artikel 8) betrifft die Hoheitsrechte:

„Die Deutsche Demokratische Republik kann durch Verfassungsgesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen und Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland übertragen oder in die Beschränkung von Hoheitsrechten einwilligen.“

Artikel 10:

„Dieses Verfassungsgesetz tritt am 17. Juni 1990 in Kraft und behält seine Gültigkeit bis zur Inkraftsetzung eines Grundgesetzes.“

Die BRD-Behörden können nun schon vor der deutschen Vereinigung in der DDR tätig werden.

1990 Juli In einer Fernsehansprache am 1. Juli erklärte Kohl:

„Den Deutschen in der DDR kann ich sagen, was auch Ministerpräsident de Maizière betont hat: Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor - dafür vielen besser.“

Der Staatsvertrag über die *Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion* tritt am 1. Juli in Kraft. Damit ist die DM fortan das Zahlungsmittel in der DDR, und das Staatsvermögen der DDR ist an die BRD gefallen. Dieses Staatsvermögen in Höhe von geschätzt umgerechnet rund 300 Milliarden Euro [116] wird daraufhin binnen weniger Jahre von der BRD-Finanzverwaltung, der ihr unterstehenden *Treuhandanstalt* [55] und Ämtern für die *Regelung offener Vermögensfragen* an private Personen und

Unternehmen „*verhökert*“ werden, sogar noch mit Verlusten über 100 Milliarden Euro.

Ende Juli ersetzt die Volkskammer hastig und intern umstritten den seit 1952 praktizierten Verwaltungszuschnitt der DDR (14 „*Bezirke*“) durch fünf größere „*Länder*“, gemäß dem willkürlichen Zuschnitt von 1949 durch die sowjetische Besatzungsmacht [133]. Die Größe der DDR-Bezirke hatte vergleichbar mit den BRD-Ländern Schleswig-Holstein, Saarland, Hamburg und Bremen gelegen. Die Umstellung auf weniger „*Länder*“ legt die Vermutung nahe, das Gewicht der Ex-DDR (5 statt 14 Teile) im künftigen vereint-deutschen Bundesrat solle sinken.

Kohl, Gorbatschow, Genscher und der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse verhandeln in Gorbatschows Heimat im Kaukasus [134]. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR bis 1994 wird vereinbart, ferner Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion. Die DDR-Regierung de Maizière ist nicht beteiligt, nicht einmal vorab informiert – und nimmt das scheinbar widerstandslos hin.

1990 August Am letzten Augusttag unterzeichnen BRD-Innenminister Wolfgang Schäuble und der Parlamentarische Staatssekretär der DDR Günther Krause den *Einigungsvertrag* zwischen BRD und DDR. Die Abstimmung darüber in der Volkskammer wird für den 20. September angesetzt.

1990 September Die Volkskammerabgeordneten haben also von ihrer Regierung nur 15 Werktag Zeit erhalten, den fast tausendseitigen Text des *Einigungsvertrags* zu prüfen. Dies ist rein arbeitstechnisch gar nicht möglich. Auch Experten – zumal neu in der speziellen Materie – wären nicht in der Lage, in so kurzer Frist ein so grundlegendes Dokument dieses Umfangs seriös zu prüfen. Ohne weiteres könnten die Abgeordneten eine Fristverlängerung nach ihrem Ermessen beschließen – die Volkskammer ist der Souverän in der reformierten DDR, doch sie nimmt diese terminliche Zumutung hin.

Am 12. September wird in Moskau der 2+4-Vertrag unterzeichnet, der BRD und DDR erstmals Souveränität verleiht. In den letzten Tagen davor ein intensives Feilschen zwischen Gorbatschow und Kohl [12]: Am 5.9. kommt die sowjetische Seite mit einer erhöhten Forderung – 36 Milliarden (Mrd.) DM. Am 7.9. bietet Kohl 8 Mrd. an. Aber Gorbatschow verlangt mehr. Am 10.9. – zwei Tage vor Vertragsabschluss – bietet Kohl 11 bis 12 Mrd. Gorbatschow hält dagegen, er brauche 15 bis 16 Mrd. Kohl bietet 12 Mrd. plus 3 Mrd. als zinslosen Kredit, insgesamt also 15 Mrd. DM, sämtlich BRD-Geld. Daraufhin stimmt Gorbatschow dem Abschluss des 2+4-Vertrags zu [12].

Es bleibt Gorbatschows Geheimnis, warum er nicht sinn gemäß erklärte, gemäß der Linie in seinem Partei-Zentralkomitee [14]: „*Wir ziehen unsere Truppen aus Deutschland nur dann ab, wenn auch die anderen nicht-deutschen Truppen abziehen*“. Dies hätte sich in dem gesonderten deutsch-sowjetischen Vertrag über den Abzug oder Teilabzug sowjetischer Truppen regeln lassen, der in Artikel 4 des 2+4-Vertrags angekündigt ist. Fürchtete Gorbatschow, bei solcher militärischer Forderung von Kohl kein Geld zu erhalten? Waren Gorbatschows die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion nur 15 Mrd. DM wert?

Am 20. September nimmt die überwältigende Volkskammermehrheit den Einigungsvertrag an, in Kenntnis der vielseitigen Warnungen, dies erfolge *gegen die existentiellen Interessen der Wählermehrheit*, im fremden Interesse. Man kommt nicht umhin, den unglaublichen Vorgang als einen *Staatsstreich* der BRD gegen die DDR zu bewerten, dadurch ermöglicht, dass die meisten Volkskammerabgeordneten als BRD-Kollaborateure handelten.

Welche massive Korruption hat es hier gegeben? Welche Geldmittel sind von wem an wen geflossen? Historiker werden dies herausfinden müssen.

1990 Oktober Ab 3. Oktober 1990 ist die deutsche Vereinigung in Kraft. Die Hauptaktion ist, in Bushs Interesse der widerstandslosen Osterweiterung der NATO die Souveränität der DDR beseitigt zu haben.

Dabei ist die Übernahme des DDR-Staatsvermögens durch die BRD nützlicher „*Beifang*“ für Kohl, denn die deutsche Vereinigung bringt eine erhebliche wirtschaftliche Stärkung der Ex-BRD, auf Kosten der Ex-DDR. Dies war nicht nur gegen den ursprünglichen Volkswillen der DDR geschehen, sondern auch ohne den erklärten Willen der BRD-Bevölkerung. Hatte die BRD-Bürgermehrheit bei der Bundestagswahl 1987 Kohl das Blanko-Mandat erteilt für eine so weitreichende und teure Blitzaktion, die sich alsbald negativ auf die Lebensverhältnisse auch in der Ex-BRD auswirken musste?

Weil Genscher nun der erste Außenminister des vereinten Deutschland ist, erhöht diese personelle Nahtlosigkeit noch das Gewicht seines Ehrenworts vom Februar 1990 an Gorbatschow und damit an die Sowjetunion und später Russland.

1991 März Der deutsche Diplomat Jürgen Chrobog notiert über ein Treffen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in Bonn [135]:

„*Wir haben in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die NATO nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine NATO-Mitgliedschaft anbieten.*“

Der US-Vertreter Raymond Seitz sagt dort:

„*Wir haben gegenüber der Sowjetunion klargemacht – bei Zwei-plus-Vier- wie auch anderen Gesprächen –, dass wir keinen Vorteil aus dem Rückzug sowjetischer Truppen aus Osteuropa ziehen werden.*“

1991 April Der Chef der Treuhandanstalt, Detlev Rohwedder, stellt Ende 1990 nach einigen Monaten Zerstörungsarbeit an der DDR-Wirtschaft fest, dass das Verschleudern der DDR-Betriebe an großenteils unseriöse Käufer durch die Treuhand ein Fehler sei; fortan solle die Treuhandanstalt Unternehmen im DDR-Volkseigentum belassen und im Weiterbestand fördern [136]. Dies hätte aber die Chance für eine erneute Souveränität der DDR bedeutet, denn unter dem stark angewachsenen öffentlichen Druck hätten Forderungen Erfolg haben können, den inzwischen bereits hoch umstrittenen *Einigungsvertrag* neu zu verhandeln.

Aber dazu kommt es nicht, denn Rohwedder wird Opfer eines professionellen Scharfschützen-Mordanschlags, der bis heute nicht aufgeklärt ist. Seine Nachfolgerin Birgit Breuel setzt auf ungebremsten Vortrieb der Privatisierung des DDR-Vermögens.

1991 Juli Das sowjetische Militärbündnis Warschauer Vertrag löst sich aus eigener Entscheidung auf.

1991 August Erste Sowjetrepubliken (Estland, Lettland, Litauen) betreiben den Austritt aus der Sowjetunion.

1991 Dezember Die Sowjetunion selbst löst sich aus eigener Entscheidung auf. Die 15 Sowjetrepubliken werden souveräne Staaten, darunter Russland, das weitaus größte Bruchstück (das größte Land der Erde, doppelt so groß wie die USA), als Rechtsnachfolger der Sowjetunion.

1992 Politischer Westkurs des neuen russischen Präsidenten Boris Jelzin in enger – auch wirtschaftlicher – Bindung an US-Präsident Bill Clinton.

1993 September Zum 2+4-Vertrag die Klarstellung Jelzins: Dies ist ein Vertrag, der „die Möglichkeit der Ausdehnung der NATO-Zone nach Osten ausschließt“ [137].

1994 Mit US-Hilfe [13] wird Russland „Erbe“ der sowjetischen Atomwaffen, die aus den Sowjetrepubliken Ukraine, Belarus und Kasachstan nach Russland transportiert werden – eine sichtbare Maßnahme der atomaren Abrüstung. Gleichzeitig haben die USA aber damit unauffällig Russland als neuen und einzigartigen atomaren Gegner aufgebaut, also zu dem *neuen* und zugleich alten Feindbild, um einen großen US-Militärhaushalt und eine fortgesetzte Rolle der NATO zu rechtfertigen.

1997 Jelzin protestiert gegen Eigenmächtigkeiten der USA, die die NATO-Osterweiterung (Polen, Tschechien, Ungarn) zu beginnen. Laut Ehrenwort von 1990 an Gorbatschow müsste Deutschland im NATO-Rat sein Veto gegen diese Entscheidung einlegen, tut dies aber nicht. Bei rechtlich einwandfreiem Verhalten Deutschlands wäre die NATO-Osterweiterung *unterblieben*.

1999 Jelzin ernennt Vladimir Putin zu seinem Nachfolger.

2001 Terroranschlag gegen Gebäude in New York und Washington („9/11“), daraufhin US-geführter „Krieg gegen den Terror“ (2001 Afghanistan, 2003 Irak, 2011 Libyen, 2014 Syrien).

2003 Westlicher Staatsstreich in der Ukraine. Die anschließende Wahl bringt den verdrängten Präsidenten wieder an die Macht.

2008 Das europäische Russland und das verbündete Belarus sehen sich in Europa fast grenzschlüssig durch NATO-Staaten und US-Truppenstationierungen eingekreist – bis auf die Ukraine. Doch der Versuch der USA, die Ukraine in die NATO zu bekommen, scheitert an den Vetos Deutschlands und Frankreichs. So muss die US-Regierung einen anderen Weg finden, um die Souveränität über die Ukraine zu erlangen.

2014 Erneuter westlicher Staatsstreich in der Ukraine, mit dokumentierter prominenter westlicher Beteiligung [138].

Die zuletzt 1954, im Sowjetsystem, in ihren Grenzen abgesteckte heutige Ukraine ist sprachlich gespalten: Ukrainisch im Westen, Russisch im Osten und Südosten. Hinzu kommt – wie in allen osteuropäischen Gebieten, die vormals unter sowjetischer Kontrolle standen – ein für westeuropäische Verhältnisse starker Nationalismus, obendrein mit anti-russischer Prägung.

Die neue ukrainische Regierung, unter Bruch ukrainischen Rechts ins Amt gekommen [138], beginnt die Diskriminierung der russischstämmigen Minderheit, mit dem Verbot von Russisch als Amtssprache. Im Osten des Landes führt dies zu einem Volksaufstand, den die Regierung mit Militär bekämpfen lässt, mit über 10 000 Toten [139]. Ein fiktiver Vergleich: Gegen einen Volksaufstand in Bayern gibt die Bundesregierung der Bundeswehr den Befehl, dort Ortschaften zu bombardieren.

Übernahme der Krim in den russischen Staatsverband, zur Sicherung des russischen Marinehafens Sewastopol. Westliche Staaten kritisieren dies als illegale Annexion. Russland erklärt es als legitimes Selbstbestimmungsrecht der Völker. In der Tat besteht im Völkerrecht ein Konflikt zwischen Machtansprüchen von Zentralstaaten und Autonomieansprüchen von Regionen, sichtbar in Spanien (Katalonien), Großbritannien (Schottland) und Italien (Venetien).

Beginn der NATO-Aufrüstung der Ukraine.

2015 Zur Beendigung der Militäreinsätze in der Ostukraine: Abschluss des Minsk-II-Abkommens zwischen Frankreich, Deutschland, Russland, Ukraine. Die Ukraine ignoriert das

Abkommen, mit Billigung Frankreichs und Deutschlands [20]. Die USA und Großbritannien rüsten die Ukraine weiter auf.

2016 „Drei-Meere-Initiative“ [140]: Polen betreibt die Schaffung eines Militärriegels zwischen der Ostsee, dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer, unter Beteiligung der USA.

2017 Februar US-Präsident Donald Trump bestätigt erneut die „Ein-China“-Politik, d.h. Taiwan als Provinz Chinas [141]. Auf US-Betreiben hatte 1971 Taiwan den China-Sitz im Sicherheitsrat der UN an Festlands-China verloren. Weil damit international die „Ein-China“-Politik anerkannt war, verlor Taiwan damals auch seinen Sitz in der UN-Vollversammlung. Drohungen der USA gegen China wegen Taiwan sind also völkerrechtswidrig.

2019 US-Kündigung des INF-Vertrags zum Verbot von Mittelstreckenwaffen. Beginn der US-Entwicklung solcher Raketen *LRHW* alias *Dark Eagle* [36] (Nachfolger von *Pershing-II*).

Der ukrainische Fernsehkomiker Wolodomyr Selenskyj gewinnt mit dem Versprechen von Frieden in der Ostukraine die Präsidentschaftswahl mit traumhaften 73% der Wählerstimmen [142]. Dies ist aber nur möglich, weil der Oligarch Igor Kolomojskyj, zugleich Eigentümer eines beliebten ukrainischen Fernsehsenders, den politisch unerfahrenen Selenskyj zum Wählerfavoriten hochstilisiert hatte [142]. Ist das politische System der Ukraine mit Korruption, mangelnder Rechtsstaatlichkeit und rechtsradikalen Traditionen ein Musterbild für „westliche Werte“?

2020 Einrichtung der Kommandostelle für die neuen US-Raketen *Dark Eagle* in Wiesbaden.

2021 März Militärbefehl des ukrainischen Präsidenten, die russischsprachige Provinz Krim zurück zu erobern [143].

2021 August Ende des 20-jährigen US-„Krieges gegen den Terror“ in Afghanistan, mit militärischer Niederlage und chaotischer Flucht des Militärs der USA und ihrer Verbündeten. Für den militärisch-industriellen Komplex der USA ist dies aber unerheblich, denn wirtschaftlich ist die Kriegskette mit ungerechnet 8.000 Mrd. Euro US-Kosten [144] ein Erfolg. Der Tod von über 900.000 Nicht-Amerikanern [144] und das Leid der Überlebenden tritt in der US-Wirtschaft nicht in Erscheinung. Ein Problem bildet hingegen der US-Militärhaushalt, der 2021 auf unter 4% des BIP abgesunken ist (siehe Abbildung auf S. 24).

2021 Dezember Russische Vertragsentwürfe an USA und NATO über gegenseitige Sicherheit [145].

2022 Januar „Leih-Pacht-Vertrag“ USA mit Ukraine [146] für Rüstungslieferungen aus den USA (wie USA mit Großbritannien im Zweiten Weltkrieg). Die USA und die NATO lehnen die russischen Vertragsentwürfe ohne Verhandlungen ab.

2022 Februar Mitte Februar (16.2.) ukrainischer Großangriff gegen die ukrainischen Ostprovinzen [147].

Eine Woche später (24.2.) russischer Angriff gegen die Ukraine. Eine Mehrheit in NATO-Europa sieht den russischen Angriff aufgrund ihrer Medienberichte als unprovokiert, völkerrechtswidrig und imperialistisch. Tatsächlich sind die Angriffsgründe, die Russland als angeblich legale *Selbstverteidigung* veröffentlicht, sachlich und zeitlich nicht nachvollziehbar.

Bekanntlich ist aber in jedem Krieg die Wahrheit das erste Opfer, siehe die Erinnerung an die nachgewiesenen westlichen Lügen zu völkerrechtswidrigen Angriffskriege als angeblich legale Selbstverteidigung: Vietnam 1964 „Golf-von-Tonkin-Zwischenfall“; Jugoslawien 1999 „Völkermord“; Afghanistan 2001 „Terroranschlag 9/11“; Irak 2003 „Biowaffen“.

Allerdings liegen beim russischen Angriff auf die Ukraine, soweit erkennbar, durchaus echte zeitnahe Gründe vor, von einer russischen Selbstverteidigung zu sprechen. Dies ist aber unterblieben, warum auch immer.

Ein erster Grund: Die ukrainische Regierung hatte die Auflagen des UN-Abkommens *Minsk-II* von 2015 für Waffenstillstand und Demokratie in den ukrainischen Ostprovinzen ignoriert, indem sie die vereinbarte Volksabstimmung zu mehr Autonomie vereitelte und die Diskriminierung gegen die dortige Bevölkerung fortsetzte [20]. Obendrein bricht sie dieses Abkommen militärisch, durch die Mitte Februar 2022 begonnene Großoffensive gegen die Ostprovinzen. Eine OSZE-Beobachtergruppe dokumentiert diesen Angriff [148]. Die beiden Provinzregierungen rufen daraufhin ihre Unabhängigkeit von der Ukraine aus und bitten – international anerkannt oder nicht – Russland um Schutz.

Ein zweiter Grund ist der Militärbefehl des ukrainischen Präsidenten vom März 2021, die russischsprachige Provinz Krim zurück zu erobern [143]. Dortige Volksabstimmungen, zuletzt 2014, hatten glaubhaft Unabhängigkeit von der Ukraine verlangt. Nach dem Staatsstreich 2014 hatte die neue, auf die USA orientierte ukrainische Führung Russisch als Amtssprache auf der Krim abgeschafft [149]. Der bis 2042 abgeschlossene Pachtvertrag mit Russland schien in Gefahr. Der Krim-Hafen Sewastopol ist der Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte.

Daraufhin hatte Russland die Krim in sein Staatsgebiet eingegliedert, mit Hilfe einer in der Form, aber nicht im Ergebnis strittigen Volksabstimmung, ansonsten in Nachahmung der US-geführten Abspaltung der serbischen Provinz Kosovo 2008. Russland hätte also Selenskyjs Militärbefehl zur Rückeroberung der Krim [143] als Kriegserklärung der Ukraine deuten und den Angriff auf die Ukraine als Selbstverteidigung angeben können, sogar als nach elfmonatiger Vorbereitung „gerade noch rechtzeitig“, denn die ukrainische Großoffensive gegen die nahe der Krim gelegenen Ostprovinzen hatte gerade eine Woche zuvor begonnen [148].

Als dritten Grund für den Ukraineangriff hätte Russland einen Zusammenhang erklären können zwischen der *USA-Ukraine-Charta für Strategische Partnerschaft* vom November 2021 [150] und dem *Ukraine-Verteidigungs-Leih-Pacht-Gesetz 2022*, das im Januar 2022, fünf Wochen vor dem russischen Angriff, in den US-Kongress eingebracht worden war [151]: Dies habe als Vorsignal für einen *unmittelbar* bevorstehenden Angriff der Ukraine gegen Russland gewirkt. Dazu hätte die russische Regierung Erkenntnisse der Spionage über ukrainische US-Aufrüstung und NATO-Einbindung angegeben können – oder auch nur behaupten, wie wohl auch ukrainische Mitteilungen keineswegs immer wahr sind.

Dies alles hätte – allgemeinverständlich vorgetragen – die westliche Schwarz-Weiß-Behauptung eines unprovzierten russischen Angriffs auf die Ukraine relativieren können – und es hätte wohl einen ursächlichen Zusammenhang des Ukrainekriegs mit der NATO-Osterweiterung dauerhaft ins Gespräch gebracht.

Warum nutzt die russische Führung in der Öffentlichkeitsarbeit nicht die eigenen Möglichkeiten? Dieser Fehler verwundert, denn Russland hatte noch niemals eine Führung, die so gut die westliche Mentalität aus eigenem Erleben kannte: Präsident Putin hatte fünf Jahre in Dresden gelebt, zu DDR-Zeiten, und sein Außenminister Sergej Lawrow war sieben Jahre bei der sowjetischen UN-Vertretung in New York tätig. Warum machte diese russische Regierung im Ukrainekrieg viele weitere überraschende falsche Züge zum eigenen Schaden? Deutschlands wichtigster großer Nachbar ist zuweilen etwas rätselhaft.

Der Ukrainekrieg ist das Ergebnis von Vorgängen in Europa seit Ende des Kalten Krieges 1989. Schaut man genauer hin, dann bildet sich eine klare Spur heraus, die man zunächst kaum

glauben mag: Eine Kette von Fehlverhalten westdeutscher und dann gesamtdeutscher Regierungen führt direkt in den Ukrainekrieg. Die noch größere Überraschung: Hätte sich die jeweilige deutsche Regierung auch nur *bei einem einzigen* dieser Vorgänge korrekt verhalten, egal, was andere Staaten machten, dann wäre der Ukrainekrieg vermutlich unterblieben. Die Geschichtsvergessenheit der amtierenden Bundesregierung zu Russland macht sprachlos.

Warum brach Selenskyj sein Wahlversprechen, trotz seines Wählerauftrags für Frieden? Wären nach diesem Wortbruch nicht Neuwahlen fällig gewesen? Aber da Selenskyj nun mal im Amt ist: Warum lässt er sich überhaupt mit dem familiär eng verbundenen großen Nachbarn auf einen Krieg ein, der doch für sein Land voraussehbar selbstzerstörerisch ist? Sollten die Medienberichte über Patriotismus, Durchhaltewillen und Stolz der Ukrainer zutreffen, dann wäre doch eine russische Besetzung erfolglos am gewaltfreien Widerstand der Bevölkerung abgeglitten, ohne Tod und Verwüstung in beiden Ländern. Darf eine Demokratie ihren Bürgern die Ausreisefreiheit verweigern und sie in den Kriegsdienst zwingen?

Haben die Ukrainer das Unglück, in den Griff einer Regierungsgruppe geraten zu sein, die im Interesse fremder Rüstungswirtschaft das eigene Volk nicht schützt, sondern das Land der Zerstörung und Entvölkerung ausgeliefert hat, als Schlachtfeld eines russisch-amerikanischen Stellvertreterkriegs?

Für den militärisch-industriellen Komplex der USA ist es ein wirtschaftlicher Glücksfall, dass 2022 der Ukrainekrieg beginnt, nur ein halbes Jahr nach dem Abzug aus Afghanistan: Wiederum fließen Aufträge über Mrd. Dollar an die US-Rüstungsindustrie, diesmal sogar großenteils bezahlt von europäischen NATO-Staaten, um den Preis von deren wachsen-den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen Spannungen, was wiederum den USA als Konkurrenten zugute kommt. Die Ukraine verschuldet sich zunehmend bei den USA und Westeuropa [151]. Europäische Finanzhilfen an die Ukraine landen teilweise bei US-Rüstungsfirmen.

Ein großer Vorteil für die USA ist, dass ukrainisches Personal den Krieg in der Ukraine führt, so dass vorwiegend ukrainische und russische Staatsbürger getötet oder verwundet werden, während US-Soldaten nicht gefährdet sind.

2022 April Die ukrainische Regierung lässt ihre Ende März auf türkische Vermittlung mit Russland ausgehandelten Waffenstillstandsbedingungen fallen und führt stattdessen den Krieg weiter [152]. Welche Rolle spielt dabei der Besuch des britischen Premierministers Boris Johnson in Kiew Anfang April 2022 [152]? Westliche Geldzusagen fürs Weiterkämpfen?

2022/23 NATO-Staaten, darunter führend die USA, verkaufen, teils auch spenden massenhaft Militärmaterial an die Ukraine. Geliefert wird aber kaum das beim US-Militär und in der NATO aktuell verwendete Material, sondern überwiegend Altmaterial, das ausgemustert werden soll oder bereits ausgemustert war und reaktiviert wurde, – oder sogar noch aus Sowjetzeiten eingemottet war. So wird die Ukraine zum „Schrottplatz“, was auf eine Verlängerung des Krieges hinausläuft.

Hervorstechende aktuelle Beispiele sind Jagdbomber *F-16* aus US-Produktion, in vielen Ländern im Einsatz, vor fünf Jahrzehnten Stand der Technik, jetzt meist am Ende ihrer Lebensdauer und in zahlreichen Ländern im Austausch gegen das neue Baumuster *F-35*. Ein zweites US-Beispiel ist der seit vier Jahrzehnten genutzte Kampfpanzer *Abrams*, für den Ukraineinsatz eine Fehlkonstruktion: zu schwer für Europas Straßenbrücken, immenser Wartungsbedarf der empfindlichen Antriebsturbine aus der Flugzeugtechnik, hoher Verbrauch eines für Landstreitkräfte unüblichen Kraftstoffs (Kerosin), [83]. Als Ukraine-Reaktivierungen von deutschen Lagerplätzen sind zu

nennen: Schützenpanzer *Marder*, Kampfpanzer *Leopard-1* und Flugabwehrpanzer *Gepard*.

Fragwürdig ist die Lieferung international geächteter Waffen an die Ukraine: radioaktive Uranmunition (Großbritannien/USA) und geächtete Streumunition (USA), die Gebiete mit Blindgängern verseucht und noch Jahrzehnte nach Kriegsende Zivilisten, in vielen Fällen spielende Kinder tötet und verstümmelt (ein aktuelles Problem in Vietnam, Laos und Kambodscha [153]).

Der Ukrainekrieg dient als Verkaufsausstellung für moderne, elektronisch-intelligente Hightech-Waffen aus den USA, mit den hochwertigen Spitzenreitern Panzerabwehrrakete *Javelin*, Flugabwehrrakete *Stinger* und Präzisions-Raketenwerfer *Himars*.

Als Nebennutzen für die USA ist damit die westeuropäische Rüstungsindustrie langfristig an den Rand gedrängt, denn die Nutzungsdauer der neuen US-Waffen erstreckt sich über Jahrzehnte – mit laufender Wartung, deren Kosten sich auf ein Mehrfaches der Anschaffungskosten addieren. Ein Sonderfall sind die neuen Flugabwehrsysteme *Iris-T* aus deutscher Produktion [154], die noch nicht einmal die Bundeswehr hat, die aber die Ukraine erhält.

Ein zusätzlicher ziviler Bonus für die USA sind die Wirtschaftssanktionen von NATO und EU. Sie haben mit der Begründung „Angriff auf die Ukraine“ Russland als Energielieferanten für Westeuropa vorerst aus dem Markt geworfen und US-Energiekonzernen den Verkauf ihrer weitaus teureren Produkte nach Europa eröffnet. Die Motive europäischer Regierungen, diese Schädigung ihrer Bürger zuzulassen, sind unbekannt.

Trotz guter Geschäfte für die US-Rüstungsindustrie ist die extreme Ausgabenhöhe für das US-Militär allerdings nicht zu halten ohne Akzeptanz in der öffentlichen Meinung der USA. Dies wird erreicht durch Aufbau und Pflege von Feindbildern, derzeit Russland und China, und durch gelegentliche Kriege, im Grunde egal wo, jeweils mit hohem Materialverbrauch, also Arbeitsplätzen in der US-Rüstungsindustrie, und dies möglichst langdauernd, dazu gelegentliche Kriegsbeute. Das Hauptkriegsziel ist jeweils wirtschaftlicher Art: Rüstungsumsätze für den militärisch-industriellen Komplex der USA. Besonders in internationalen Krisen geht es für den Militärhaushalt um Einflussnahme auf die öffentliche Meinung, im Sinne von „pro Militäreinsatz, contra Diplomatie“, denn Friedensverhandlungen behindern die Rüstungswirtschaft. Der Ukrainekrieg zeigt dies.

2023 März Beginn der Lieferung aktueller deutscher Kampfpanzer *Leopard-2* an die Ukraine. Spätestens durch diese Lieferung an die Ukraine und die Ausbildung ihrer Soldaten an diesen Waffen hat sich Deutschland zur Kriegspartei gegen Russland gemacht, in der Rolle als Angreifer, denn Russland hatte Deutschland nicht angegriffen, und Deutschland hat keine Bündnispflichten gegenüber der Ukraine.

2023 Oktober Gemäß Auftrag aus einem US-Gesetz vom Dezember 2021 – vor Beginn des Ukrainekriegs – die Fertigstellung eines parteiübergreifenden Kongressberichts (Senat und Repräsentantenhaus) über „Amerikas strategische Aufstellung“ [155], atomare Neuausrichtung auf zwei gleichzeitige Kriege der USA gegen Russland und China, mit amerikanischem Sieg.

Quellen und Anmerkungen

[1] *Memorandum of Conversation between Helmut Kohl and George Bush at Camp David*, February 24, 1990, National Security Archive, The George Washington University, Washington, D.C., <https://nsarchive.gwu.edu/sites/default/files/documents/4325690/Document-13-Memorandum-of-Conversation-between.pdf>

Zur deutschen Vereinigung nach Grundgesetz-Artikel 23: US-Außenminister James Baker fragte Helmut Kohl danach.

[2] *Zwei-plus-Vier-Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland*, Bundeszentrale für politische Bildung, undatiert, Abruf am 19.8.2023,

<https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag/>

[3] *Dreiviertel der Ostdeutschen gegen weitere Waffenlieferungen*, Berliner Zeitung, 4.4.2023,

<https://www.berliner-zeitung.de/news/forsa-umfrage-drei-viertel-der-ostdeutschen-gegen-weitere-waffenlieferungen-an-die-ukraine-li.335091>

Aktuelle Forsa-Umfrage von RTL/ntv zu weiteren oder verstärkten Waffenlieferungen in die Ukraine: in der Ex-BRD 51% dafür, 46% dagegen, in der Ex-DDR 25% dafür, 72% dagegen.

[4] *Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konflikteilnahme*, Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, WD-2-3000-019/22, 16.03.2022, S. 6,

<https://www.bundestag.de/resource/blob/892384/d9b4c174ae0e0af275b8f42b143b2308/WD-2-019-22-pdf-data.pdf>

Bedingungen, Kriegspartei zu werden.

Erneute Befassung 2023:

Militärische Unterstützung der Ukraine: Wann wird ein Staat zur Konfliktpartei? Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, WD-2-3000-023/23, 21.06.2023,

<https://www.bundestag.de/resource/blob/957632/44633615ad0618f5cd38c35ad0a30fe4/WD-2-023-23-pdf-data.pdf>

S. 34, Schlusssatz: „Das politische Schlagwort von der „Kampffetallianz“ geht jedenfalls schon rein semantisch über den logistischen Vorgang einer Lieferung von Flugzeugen hinaus“.

[5] Norman Paech: *Wo bleibt das Völkerrecht? – Zu den globalen Regeln der NATO*, in:

Wolfgang Gehrcke / Christiane Reymann (Hg.), *Ein willkommenen Krieg? NATO, Russland und die Ukraine*, Köln 2022: Papyrossa Verlag, ISBN 978-3-8943-8801-0, S. 154.

Norman Paech ist emeritierter Professor für Politologie und öffentliches Recht an der Universität Hamburg.

weiter:

Richard Schmitt, *Maaßen warnt: „Deutschland könnte jetzt Ziel russischer Angriffe werden“*, exxpress (Wien), 7. Januar 2023,

<https://exxpress.at/maassen-warnt-deutschland-koennte-jetzt-ziel-russischer-angriffe-werden/>

Hans-Georg Maaßen war von 2012 bis 2018 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

[6] „Wird Russland ruinieren“ - Baerbock bestätigt EU-Sanktionen gegen Putin und Lawrow, Welt, 25.02.2022,

<https://www.welt.de/politik/ausland/article237145901/Ukraine-Krieg-Baerbock-bestaetigt-EU-Sanktionen-gegen-Putin-und-Lawrow.html>

[7] Markus Langenstraß, *Was meint der Verteidigungsminister mit "kriegstüchtig werden"?* BR24, 31. Oktober 2023,

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/was-meint-der-verteidigungsminister-boris-pistorius-mit-kriegstuechtig-werden,TuGLVL>

[8] *Matthay fragt. Heimatschutz im Licht der „Zeitenwende“*, Hörfunksendung rbb24, 4.11.2023,

<https://www.inforadio.de/rubriken/debatte/matthay-fragt/2023/11/heimatschutz-regiment-berlin-bundeswehr-interview.html#top>
Interview Sabina Matthay mit Brigadegeneral Jürgen Karl Uchtmann.

[9] *Der Nordatlantikvertrag*, Washington DC, 4. April 1949, NATO, Last updated 25-Mar-2019,

https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de

Text: „Artikel 5: Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass **im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen** in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, **Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.**“ (Hervorhebungen hinzugefügt).

[10] *Vor hundert Jahren: Gründung des Völkerbundes*, Bundeszentrale für politische Bildung, 17.12.2019,

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/302479/vor-100-jahren-gruendung-des-voelkerbundes/>

[11] *Zwei-plus-Vier-Vertrag vor 30 Jahren: Ein Friedensvertrag, der keiner war*, Deutschlandfunk, 16. November 2020, <https://www.deutschlandfunk.de/zwei-plus-vier-vertrag-vor-30-jahren-ein-friedensvertrag-100.html>

[12] Manfred Görtemaker, *Verhandlungen mit den Vier Mächten*, Bundeszentrale für politische Bildung, 19.03.2009, <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43771/verhandlungen-mit-den-vier-maechten/#node-content-title-4>

[13] Mary Elise Sarotte, *Nicht einen Schritt weiter nach Osten – Amerika, Russland und die wahre Geschichte der NATO-Osterweiterung*, München 2023: Verlag C.H. Beck, ISBN 978-3-4068-0831-9, Sarotte S. 82/83: Am 8.2.1990 Kohls Zusage von Lebensmittelhilfe an Sowjetunion. Am 9./10.2.1990 in Moskau Zusicherungen an Gorbatschow und seinen Außenminister Schewardnadse, die NATO nicht nach Osten, auch nicht in die DDR, zu erweitern, durch Baker, Kohl und Genscher. Siehe auch:

Nils Werner, *Wurde die Sowjetunion über den Tisch gezogen?* mdr (Mitteldeutscher Rundfunk) Geschichte, 30.03.2022,

<https://www.mdr.de/geschichte/zeitgeschichte-gegenwart/politik-gesellschaft/zwei-plus-vier-verhandlungen-deutsche-einheit-nato-osterweiterung-putin-100.html>

Sarotte S. 111: 6 Wahlveranstaltungen Kohls in der DDR.

Sarotte S. 155 und 171: US-Rolle in der Übergabe der sowjetischen Atomwaffen von Kasachstan, Belarus und Ukraine an Russland.

Siehe auch:

Emma Levashkevich, *Atomwaffen aus Russland: Die Folgen für Belarus*, DW (Deutsche Welle), 28.03.2023,

<https://www.dw.com/de/atomwaffen-aus-russland-welche-folgen-hat-eine-stationierung-f%C3%BCr-belarus/a-65154820>

Sarotte S. 177: 1992 95% der US-Militärpräsenz in Europa in der BRD.

Sarotte S. 231: US-Position 1994: Russland wird niemals NATO-Mitglied.

Siehe auch:

Putins NATO-Wunsch stößt auf Skepsis, Welt, 28.9.2001,

<https://www.welt.de/print-welt/article478463/Putins-Nato-Wunsch-stoesst-auf-Skepsis.html>

[14] Valentin Falin, *Konflikte im Krim – Der Untergang der Sowjetunion*, München 1997: Blessing Verlag, Lizenzausgabe Berlin 2014, Edition Berolina, ISBN 978-3-86789-834-8.

Siehe auch:

Roman Goncharenko, *Gorbatschow: In Russland in der Kritik*, DW (Deutsche Welle), 31.8.2022,

<https://www.dw.com/de/gorbatschow-in-russland-immer-wieder-in-der-kritik/a-54882993>

[15] Irena Kukutz, *Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989-90*, Berlin 2009: Basis Druck Verlag, ISBN 978-3-8616-3065-4.

S. 16: Zitat Bundesnachrichtendienst an Bundeskanzleramt am 25. April 1990. Die im Buch angegebene Quelle "zweiter abweichender Bericht der Berichterstatteerin Ingrid Koppe" (Bundestagsdrucksache 12/7725 vom 27. Mai 1994) ist 2023 noch als geheim eingestuft.

<https://dserver.bundestag.de/btd/12/077/1207725.pdf>

Aus der zugehörigen umfangreichen Bundestagsdrucksache 12/7600 (1504 Seiten) vom 27. Mai 1994

<https://dserver.bundestag.de/btd/12/076/1207600.pdf>

geht hervor (S. 36, Abschnitt "b) Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes"), dass „die in den Akten des GBA (Generalbundesanwalt) enthaltenen Unterlagen des BND dem Untersuchungsausschuß versehentlich zur Verfügung gestellt worden waren. Der BND hatte seinerseits dem Untersuchungsausschuss diese Unterlagen mit Rücksicht auf den Quellenschutz bisher vorenthalten und dem GBA nur unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, diese nicht weiterzugeben.“

S. 250: Demonstration am 4.11.1989.

[16] *NATO Update February 1990*, Updated 23 August 2001, Abruf am 20.8.2023,

<https://www.nato.int/docu/update/1990/9002e.htm>

[17] *Hans-Dietrich Genscher: Bademantel-Konferenz 1990 in Moskau*, Zeitzeugenportal, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, undatiert, Abruf am 6.11.2023, <https://www.zeitzeugen-portal.de/zeitraume/jahrzehnte/1990/die-deutsche-einheit/F6dndnJqzGA>

[18] Josef Foschepoth, *Überwachtes Deutschland, Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik*, Göttingen 2017: Vandenhoeck & Ruprecht, ISBN 978-3-5253-0189-0, S. 265.

[19] *4. Dezember 1989 – Auf dem Weg zur Deutschen Einheit: US-Unterstützung auf NATO-Gipfel in Brüssel*, Chronik der Ereignisse 1989/90, Die Bundesregierung, Beauftragter für Ostdeutschland, 28. Juli 2022,

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/us-unterstuetzung-auf-nato-gipfel-in-bruessel-472050>

[20] „Absolut unerwartet“, Der Tagesspiegel, 09.12.2022,

<https://www.tagesspiegel.de/politik/absolut-unerwartet-putin-zeigt-sich-enttauscht-von-merkel-wegen-ausserungen-zur-ukraine-9006844.html> Laut Angela Merkel war das Minsk-II-Abkommen „der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht“.

[21] Sven Morgen, *Die NATO – Deutschland im Bündnis*, Bundeszentrale für politische Bildung, 05.07.2019,

<https://www.bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/293297/die-nato/>

[22] *Übung Air Defender 23*, Bundeswehr, 22.6.2023, <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/team-luftwaffe-auf-uebung/air-defender-23->

[23] Jacques Baud, *Ein neues Paradigma*, Nachrichtenmagazin Hintergrund, Heft 11/12 2023, 30.10.2023, S. 41 ff.,

<https://www.hintergrund.de/allgemein/die-ddr-was-bleibt/>

[24] Uli Scherr, *Kampfraining von Ukrainern in Grafenwöhr hat begonnen*, Bayerischer Rundfunk BR24, 16.01.2023,

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/kampfraining-von-ukrainern-in-grafenwoehr-hat-begonnen,TT5Xn1P>

[25] John Vandiver, *New Army command in Wiesbaden to coordinate war support for Ukraine, report says*, Stars and Stripes, September 30, 2022, <https://www.stripes.com/branches/army/2022-09-30/eucom-army-ukraine-germany-7520540.html>

[26] *Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Armed Forces Services Corporation“ (Nr. DOCPER-TC-57-11)*, Bundesgesetzblatt 2021, Teil II, Nr. 17, Pos. 1, 10.8.2021,

https://media.offenegesetze.de/bgb12/2021/bgb12_2021_17.pdf

Beispiel eines Bündels solcher deutschen Genehmigungen an US-Söldnerfirmen aus 2021, keine Sperrregelung für die Ex-DDR. Siehe auch: <https://fragenstaat.de/anfrage/aenderung-des-nato-truppenstatutes/#nachricht-728203>

[27] International Court of Justice, *Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons*, Overview of the Case, 8 July 1996,

<https://www.icj-cij.org/case/95>

[28] Bernd Hahnfeld, *Nukleare Teilhabe ist völkerrechtswidrig - Ein Widerspruch zur anderslautenden Behauptung der Bundesregierung*, Wissenschaft & Frieden 2020-3, S. 46 ff.

<https://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=2462>

[29] William Alberque, *The NPT and the Origin of NATO's Nuclear Sharing Arrangements*, Études de l'Ifri, Proliferation Papers 57, February 2017, Ifri Security Studies Center, Paris,

https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/alberque_npt_origins_nato_nuclear_2017.pdf

[30] Thomas Wiegold, *Kampfbrigade nach Litauen: Deutschland sagt erstmals Auslands-Stationierung zur Abschreckung zu – Zusammenfassung*, Augen geradeaus!, 26.6.2023,

<https://augengeradeaus.net/2023/06/kampfbrigade-nach-litauen-deutschland-sagt-erstmal-auslands-stationierung-zur-abschreckung-zu-zusammenfassung/>

[31] *Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation*, Die Bundesregierung, Bulletin 42-97, 3. Juni 1997,

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/grundakte-ueber-gegenseitige-beziehungen-zusammenarbeit-und-sicherheit-zwischen-der-nordatlantikvertrags-organisation-und-der-russischen-foederation-1-803640>

Hier betreffend: Abschnitt IV, 12. Absatz, „substantielle Kampftruppen“.

[32] Bryan Frederick, Samuel Charap, Scott Boston, Stephen J. Flanagan, Michael J. Mazarr, Jennifer D.P. Moroney, Karl P. Mueller, *Pathways to Russian Escalation Against NATO from the Ukraine War*, RAND Corporation, Document Number: PE-A1971-1, July 2022,

<https://www.rand.org/pubs/perspectives/PEA1971-1.html>

[33] Torsten Krauel, *Warum der Abzug aus Deutschland auch für die USA gefährlich wäre*, Welt, 9.8.2019,

<https://www.welt.de/politik/ausland/article198274947/Grenell-Warum-der-Truppenabzug-fuer-die-USA-gefaehrlich-waere.html>

Dort Europakarte mit Angabe der US-Stationierungen 2019.

[34] Wikipedia (english), Stichwort *Arrow 3*, last edited on 18 August 2023, https://en.wikipedia.org/wiki/Arrow_3

[35] Seth J. Frantzman, *Israel, Germany sign off on Arrow 3 defense agreement*, Breaking Defense, September 28, 2023,

<https://breakingdefense.com/2023/09/israel-germany-sign-off-on-arrow-3-air-defense-agreement/>

[36] Andrew Feickert, *The U.S. Army's Long-Range Hypersonic Weapon (LRHW)*, Congressional Research Service, IF 11991, Updated September 15, 2023,

<https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF11991>

- [37] Wikipedia (english), Stichwort *OpFires*, last edited on 23 June 2023, <https://en.wikipedia.org/wiki/OpFires>
- [38] Wikipedia (english), Stichwort *Pershing II*, last edited on 6 June 2023, https://en.wikipedia.org/wiki/Pershing_II
- [39] Sidney E. Dean, *Dark Eagle: Fielding the US Army's Long Range Hypersonic Weapon*, European Security & Defence, 26 October 2023, <https://euro-sd.com/2023/10/articles/34767/dark-eagle-fielding-the-us-armys-long-range-hypersonic-weapon/>
- [40] Wikipedia, Stichwort 9K720, zuletzt bearbeitet am 3. August 2023, <https://de.wikipedia.org/wiki/9K720>
- [41] Ryabov Kirill, *The project of operational-tactical missile complex 9K716 „Volga“*, Military Review, Strategic Missiles, Top War, October 19, 2016, <https://en.topwar.ru/102264-proekt-operativno-takticheskogo-raketnogo-kompleksa-9k716-volga.html>
- [42] *Der Auftrag der Bundeswehr*, Bundesverteidigungsministerium, undatiert, Bezug auf das Weißbuch 2016, Abruf am 6.11.2023, <https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigung/bundeswehr-parlamentsarmee/der-auftrag>
- [43] *Welche Ängste haben Sie vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine?* Statista Research Department, 5.5.2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1365248/umfrage/aengste-vor-dem-hintergrund-des-krieges-in-der-ukraine/>
- [44] *Sondervermögen Bundeswehr – 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr*, Bundesfinanzministerium, undatiert, Abruf am 19.8.2023, https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundshaushalt/Sondervermoegen-Bundeswehr/sondervermoegen-bundeswehr.html
- (83 Millionen Einwohner, also 100 Mrd. Euro = 4.800 Euro pro vierköpfige Familie. Deutscher Jahresetat für Kitas und Schulen 110 Mrd. Euro (2020).)
- [45] Ralf Bader, *Strukturelle Nichtverteidigbarkeit, Zur Aktualität der Verletzbarkeit moderner Industriestaaten*, W&F (Wissenschaft&Frieden), Heft 3/2023, August 2023, Thema Gesellschaft in Konflikt, <https://wissenschaft-und-frieden.de/ausgabe/2023-3-gesellschaft-in-konflikt/>
- [46] *Grundgesetz, Artikel 146*, de Jure, undatiert, Abruf am 19.8.2023, <https://dejure.org/gesetze/GG/146.html>
- Text: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“
- [47] Mandy Stobbe, *Lebenszufriedenheit in der DDR*, Bundeszentrale für politische Bildung, 22.3.2022, <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/504982/lebenszufriedenheit-in-der-ddr/>
- Siehe auch:
Johannes Grunert, *Mehr als die Hälfte der Ostdeutschen ist unzufrieden mit der Demokratie*, Der Spiegel, 28.6.2023, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umfrage-mehr-als-die-haelfte-der-ostdeutschen-unzufrieden-mit-der-demokratie-a-02976dd9-788d-42fc-bdb1-88ee86b62a97>
- Zitat: „Die Unzufriedenheit mit der Demokratie geht mit einer Sehnsucht nach der DDR einher – sie ist bei zwei Dritteln vorhanden.“
- [48] *Bundeswirtschaftsminister Habeck: Zukunftspaket für PCK-Raffinerie wird umgesetzt*, rbb24 (Rundfunk Berlin-Brandenburg), 5.7.2023, <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/wirtschaft/2023/07/brandenburg-pck-schwedt-habeck-zukunftspaket-umsetzung.html>
- [49] Wikipedia, Stichwort *Nord Stream*, zuletzt bearbeitet am 26. Juli 2023, https://de.wikipedia.org/wiki/Nord_Stream
- [50] *Wie die "Druschba"-Leitung das Leben in der Stadt Schwedt bestimmt*, rbb24, 30.12.2022, <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/wirtschaft/2022/12/brandenburg-erdoel-pipeline-druschba-schwedt-russland-embargo.html>
- [51] *Handelspartner Moskau: Gas gegen Rohre – so begann die Abhängigkeit von russischem Gas*, mdr Geschichte, 11. Juli 2022, <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/wirtschaft/devisen/gas-abhaengigkeit-russland-ukraine-erdgas-trasse-druschba-sowjetunion-100.html>
- [52] Fabian Franke, *Energie aus Russland: Europas dreckige Geschäfte mit Russland*, Zeit Online, 2. November 2023, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-10/energie-russland-europa-ukraine-krieg-energiepolitik>
- [53] Daniel Delhaes, „Der Platz für Schadenfreude ist besetzt von der AfD“, *Interview mit Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer*, Der Tagesspiegel, 10.08.2023, S. 16, <https://www.tagesspiegel.de/politik/michael-kretschmer-uber-afd-erfolg-den-nahrboden-fur-protest-haben-die-verantwortlichen-in-berlin-bereitet-10286917.html>
- [54] Daniela Dahn, *Wir bleiben hier oder Wem gehört der Osten*, Hamburg 1994: Rowohlt Taschenbuch Verlag, rororo aktuell, ISBN 3-4999-13423-3, Insgesamt: Chronologie der Reform in der DDR,
- S. 20: Die Hälfte der Ostdeutschen von Vertreibung aus ihren Wohnungen bedroht.
- S. 33: Seiters am 20.11.1989: Erst Abschaffung des Sozialismus, dann Geld für die DDR.
- S. 58: 3% des Volkseigentums gingen an Ostdeutsche.
- S. 60: Kreditbedarf 10-15 Mrd. DM.
- Siehe auch:
Seiters sondiert in Ost-Berlin, in: *Blog: Der Weg zur Deutschen Einheit – 28. November 1989: Kohls Zehn-Punkte-Plan*, Der Tagesspiegel, 28.11.2014, <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/geschichte/28-november-1989-kohls-zehn-punkte-plan-6911206.html>
- Besuch von Seiters in Ost-Berlin am 20.11.1989.
- S. 37: Meinungsumfrage in der DDR Ende November 1989, 86% für „besse- ren, reformierten Sozialismus“, 5% für Kapitalismus, 9% für Sonstiges.
- S. 52: Äußerung Oswald Angermann.
- Gesamt siehe auch:
Chronik 89: Das war das Jahr der friedlichen Revolution, mdr (Mitteldeutscher Rundfunk), Geschichte DDR, undatiert, Abruf am 16.08.2023, <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/deutsche-einheit/mauerfall/chronik-friedliche-revolution-wende-100.html>
- [55] Marcus Böick, *Treuhandanstalt*, Bundeszentrale für politische Bildung, undatiert, Abruf am 20.8.2023, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202195/treuhandanstalt/>
- [56] Yana Milev, *Vollstreckungsfeldzug der Treuhandanstalt*, Nachrichtenmagazin Hintergrund, Heft 11/12 2023, 30.10.2023, S. 6 ff., <https://www.hintergrund.de/allgemein/die-ddr-was-bleibt/>
- [57] Silke Röbenack, *Der lange Weg zur Einheit – Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland*, Bundeszentrale für politische Bildung, 15.10.2020, <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47242/der-lange-weg-zur-einheit-die-entwicklung-der-arbeitslosigkeit-in-ost-und-westdeutschland/>
- [58] Patrick Bauer, *Der Traum ist aus, aber wir werden alles geben, dass er Wirklichkeit wird. Der 4. November 1989 und seine Geschichte*, Hamburg 2019: Rowohlt Hundert Augen, ISBN 978-3-4980-0151-3, S. 292. <https://www.hintergrund.de/allgemein/die-ddr-was-bleibt/>
- [59] *Entwurf Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik*, Arbeitsgruppe "Neue Verfassung der DDR" des Runden Tisches Berlin, April 1990, in: DocumentArchiv.de (Hrsg.), letzte Änderung 3.3.2004, http://www.documentarchiv.de/ddr/1990/ddr-verfassungsentwurf_runder-tisch.html
- [60] Arne Semsrott, *Die West-Bank gewinnt immer, Bericht des Bundesrechnungshofes zur DDR-Bankenprivatisierung vom 27.9.1995*, FragDenStaat, 3. Oktober 2023, <https://fragenstaat.de/blog/2023/10/03/geheimbericht-bundesrechnungshof-banken-wiedervereinigung/>
- [61] *Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I)*, angenommen am 8. Juni 1977, Schweizerische Eidgenossenschaft, Fedlex, die Publikationsplattform des Bundesrechts, 0.518.521 AS 1982 1362; BBl 1981 I 953, Stand 12. Juli 2018, https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1982/1362_1362_1362/de
- Hier Artikel 60: Entmilitarisierte Zonen.
- [62] Stephan Detjen, *Der Unterschied zwischen Atomwaffensperrvertrag und Atomwaffenverbotvertrag*, DW (Deutsche Welle), 2.8.2022, <https://www.deutschlandfunk.de/baerbock-vereinte-nationen-atomwaffensperrvertrag-atomwaffenverbotvertrag-100.html>
- Siehe auch (Österreich, Irland):
TPNW signature and ratification status, ICAN, undatiert, Abruf am 19.8.2023, https://www.icanw.org/signature_and_ratification_status
- TPNW (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons), auf deutsch Atomwaffenverbotvertrag, Stand Nov. 2023: von 69 Staaten ratifiziert, von weiteren 24 Staaten unterzeichnet (insgesamt 193 Staaten in der UN).
- [63] Wikipedia, Stichwort *Atomwaffenfreie Zone*, zuletzt bearbeitet am 4. Dezember 2021, https://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffenfreie_Zone
- [64] Wolfgang Templin, *Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH), Ausgabe 5-6/90, S. 370 ff., <https://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1990/1990-05-a-370.pdf>
- [65] „*Putin hat Friedensangebote gemacht*“, Videointerview Philip Hopf mit General a.D. Harald Kujat, HKCM, 5. November 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=Ws0wX6ZTjkk>
- [66] Thilo Schmidt, *Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches 1990*, Deutschlandfunk Kultur, 14.7.2015,

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/deutsche-rufe-10-der-verfassungsentwurf-des-runden-tisches-100.html>

[67] Daniela Dahn, *Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute, Die Einheit – eine Abrechnung*, Hamburg 2019: Rohwohlt Taschenbuch Verlag, ISBN 978-3-499-00104-8.

S. 264 f.: zum Unterschied zwischen Volkseigentum und Staatseigentum.

Siehe auch:

Volkseigentum, Das Politlexikon, Bundeszentrale für politische Bildung, undatiert, Abruf am 9.9.2023,

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/296532/volkseigentum/>

[68] Wikipedia, Stichwort *Charles de Secondat, Baron de Montesquieu*, https://de.wikipedia.org/wiki/Charles_de_Secondat,_Baron_de_Montesquieu

[69] Philip Dingley, *Von unmittelbarer Demokratie zur Repräsentation, Ideengeschichte der großen bürgerlichen Revolutionen*, Bielefeld 2022: Transkript Verlag, ISBN 978-3-8376-6326-6,

S. 129: Zitat James Madison betr. Ansprüche an Repräsentanten:
„The representative body, with too few exceptions to have any influence on the spirit of the government, will be composed of landholders, merchants, and men of the learned professions.“

<https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/cc/92/19/oa9783839463260xiAF56aYrO4yG.pdf>

[70] Joel Bakan, *The Corporation, The Pathological Pursuit of Profit and Power*, London 2004: Constable & Robinson, ISBN 978-1-84529-174-7, S. 170: Interview Mark Achbar with Noam Chomsky, October 24, 2000.

Siehe auch:

Wikipedia, Stichwort *Totalitarismus*, Abschnitt 2.6, zuletzt bearbeitet am 29.07.2023,

<https://de.wikipedia.org/wiki/Totalitarismus>

[71] *Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten des deutschen Bundestages*, Deutscher Bundestag, Stand Juli 2023,

https://www.bundestag.de/abgeordnete/mbd_diaeten/mbd_diaeten-214848
Die Abgeordnetenentschädigung beträgt seit dem 1. Juli 2023 monatlich 10.591,70 Euro.

[72] Rainer Glatz, Claudia Major, Wolfgang Richter, Jonas Schneider, *Abschreckung und nukleare Teilhabe*, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 2020/A 48, 11.06.2020,

<https://www.swp-berlin.org/publikation/abschreckung-und-nukleare-teilhabe>
SWP wird aus dem Haushalt des Bundeskanzleramts finanziert.

[73] *Conventional-Nuclear Operations*, US Army Command and General Staff College, Fort Leavenworth, Kansas, 6 August 1976, Reference Book RB 100-30, Vol. I.

Siehe auch:

Taktiklehrbuch der US Army sieht den Einsatz taktischer Atomwaffen in Osthessen vor, 6. August 1976, Zeitgeschichte in Hessen,

Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen,

https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/drec/current/2/sn/edb/mode/catchwords/lemma/Fulda_Gap

Siehe auch:

Wilhelm Bittorf, *Ich sag' dem Schwein nicht, wann es stirbt*, Der Spiegel, 9/1982, 1. März 1982,

<https://www.spiegel.de/politik/ich-sag-dem-schwein-nicht-wann-es-stirbt-a-727e53fe-0002-0001-0000-000014347659?context=issue>

Siehe auch:

Dan Rather, Harry Reasoner, *CBS Reports: The Defense of the United States – The Nuclear Battlefield*, CBS, June 15, 1981, 2. Film einer 5-teiligen Serie, Dauer 48:46 min,

<https://www.youtube.com/watch?v=Azjhn4GL688>

[74] Jörg Hebenstreit, *Die Rolle von Geld im US-Wahlkampf*, Bundeszentrale für politische Bildung, 30.11.2020,

<https://www.bpb.de/themen/nordamerika/usa/311280/die-rolle-von-geld-im-us-wahlkampf/>

[75] *Die Länder mit den weltweit höchsten Militärausgaben im Jahr 2022*, Statista, 5.5.2023,

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/>

[76] *Die Staatsverschuldung der USA*, Deutsche Bank, Finanzwissen, 1.6.2023,

<https://www.deutsche-bank.de/pk/sparen-und-anlegen/finanzmarktexpertise/PERSPEKTIVEN/die-staatsverschuldung-der-usa.html>

Diagramm in Billionen Dollar: 2009 12, 2017 21, 2023 31,5.

[77] Genevieve LeFranc, *Defense spending is wasteful, and it might actually make the US less safe*, The Daily Reckoning, 2021,

Diagramm: *20th Century Defense Spending from FY 1900 to FY 2020*, <https://www.businessinsider.com/wasteful-defense-spending-makes-us-less-safe-2015-7>

ähnlich: File: US defense spending by GDP percentage 2010 to 2007.png, Congressional Research Service, 8 March 2010,

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:US_defense_spending_by_GDP_percentage_1910_to_2007.png

Fortschreibung für 2021 und 2022:

Military Expenditure (% of GDP) – United States, The World Bank Open Data, Diagram 1960 – 2021, Licence Sipri, undatiert

2019: 3,43%, 2020: 3,72%, 2021: 3,48%,

<https://data.worldbank.org/indicator/MS.MIL.XPND.GD.ZS?locations=US>
weiter: *Countries with the highest military spending worldwide in 2022*, Statista, Angabe für USA 2022: 3,5%, Release Date April 2023,

<https://www.statista.com/statistics/262742/countries-with-the-highest-military-spending/>

[78] *Das Konzept der Abschreckung – Gleichgewicht des Schreckens*, Bundeswehr, 07.04.2022,

<https://zms.bundeswehr.de/de/zmsbw-dossier-ukraine-heinemann->

[79] Anzahl der nuklearen Sprengköpfe weltweit 2023, Statista, Stand 12.6.2023,

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36401/umfrage/anzahl-der-atomsprengkoepfe-weltweit/>

[80] Samuel Glasstone, Philip J. Dolan, *The Effects of Nuclear Weapons*, Washington, D.C. 1977: United States Department of Defense and Energy Research and Development Administration, Third Edition.

Siehe auch:

Manfred Hoffmann, *Kernwaffen und Kernwaffenschutz, Lehrbuch*, Berlin 1984: Militärverlag der DDR, 3., überarb. Auflage.

Siehe auch:

Druckwelle, Hitze und Strahlung, ICAN, undatiert, Abruf am 22.8.2023,

<https://www.icanw.de/fakten/auswirkungen/druckwelle-hitze-strahlung/>

[81] International Court of Justice, *Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons, Advisory Opinion of 8 July 1996*,

<https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/95/7497.pdf>

[82] Matt Bivens, *Nukleare Hungersnot*, IPPNW e.V., August 2022, https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomwaffen/2022_Nukleare_Hungersnot_final_web.pdf

[83] *General Petraeus: Putin is desperate and in an irreversible situation*, DW News (Deutsche Welle), Interview mit Ines Pohl, Sep 28. 2022, 20:20 min

<https://www.dw.com/en/petraeus-putin-is-desperate-and-in-an-irreversible-situation/av-63268034>

Timecode 00:34 - 01:56 Atomwaffen würden Russlands Situation nicht umkehren, 07:36 - 09:30 aus eigener Einsatzerfahrung (Befehlshaber im Irak) Kampfpanzer M1 Abrams.

[84] Sonja Blaschke, *75 Jahre nach Hiroshima: „Die Diskriminierung wird nicht verschwinden“*, Ärzte-Zeitung, 6.8.2020,

<https://www.aerztezeitung.de/Politik/75-Jahre-nach-Hiroshima-Die-Diskriminierung-wird-nicht-verschwinden-411821.html>

[85] *Weltklimabericht 2023, Sachstandsberichte der IPCC*, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, März 2023,

<https://www.lpb-bw.de/ipcc>

[86] *Beobachtete und künftig zu erwartende globale Klimaänderungen*, Umweltbundesamt, 21.6.2022,

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/beobachtete-kuenftig-zu-erwartende-globale#aktueller-stand-der-klimaforschung->

[87] *Treibhausgasminderungsziele Deutschlands*, Umweltbundesamt, 2.5.2023,

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgasminderungsziele-deutschlands>

[88] Deutscher Wetterdienst, *Klimaszenarien (Zukunft)*, undatiert, Abruf am 15.08.2023,

https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimawandel/klimaszenarien/klimaszenarien_homenode.html

[89] Ralph Diermann, *Köhlern für den Klimaschutz*, Neue Zürcher Zeitung, 21.11.2020,

<https://www.nzz.ch/wissenschaft/klimaschutz-mit-kohle-ld.1587248>

[90] Charles E. Sorensen, *My Forty Years with Ford*, Detroit (Michigan) 2006: Wayne State University Press, ISBN 978-0-8143-3279-5,

S. 314: Produktion ein Stück B-24 pro Stunde.

Siehe auch:

https://de.wikipedia.org/wiki/Consolidated_B-24

[91] Walter Boyne, *Boeing B-52, A Documentary History*, London 1981: Jane's Publishing Co.,

S. 23: 12.731 B-17 und über 18.000 B-24 produziert.

S. 26: 1941 über 1.660 B-29 bestellt.

Siehe auch:

https://de.wikipedia.org/wiki/Boeing_B-17
(12.731 B-17 produziert),

https://de.wikipedia.org/wiki/Consolidated_B-24
(18.482 B-24 produziert),

https://de.wikipedia.org/wiki/Boeing_B-29
(3.970 B-29 produziert).

- [92] Danny Kringiel, *Geburt des amerikanischen Alptrauums. Spionage im Kalten Krieg*, Der Spiegel, 30.06.2010, <https://www.spiegel.de/geschichte/spionage-im-kalten-krieg-a-946503.html>
- [93] *Deutschland-Chronik 10. März 1952: Stalin-Note*, Bundeszentrale für politische Bildung, 17.12.2019, undatiert, Abruf am 16.08.2023, <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/deutschland-chronik/131381/10-maerz-1952/>
- [94] Michael Hennes, *Der neue Militärisch-Industrielle Komplex der USA*, Bundeszentrale für politische Bildung, APUZ, 05.11.2003, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/27289/der-neue-militaerisch-industrielle-komplex-in-den-usa/abschreckung-5408602>
- [95] Daniel Ellsberg, *The Doomsday Machine – Confessions of a Nuclear War Planner*, New York 2017: Bloomsbury USA, ISBN 978-1-6081-9670-8, S. 2 f.: 1961: im ersten halben Jahr nach dem Angriff 325 Millionen Tote in der Sowjetunion und deren Satelliten einschließlich China, dazu etwa dieselbe Anzahl infolge radioaktiven Fallouts in den umgebenden Ländern. Siehe auch: Peter Pringle, William Arkin, *SIOP – Der geheime Atomkriegsplan der USA*, Bonn 1985: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., ISBN 3-8012-3014-7, S. 87: Sommer 1960: 400 Millionen Tote in der Sowjetunion und deren Satelliten einschließlich China.
- fermer:
Wikipedia (english), Stichwort *Single Integrated Operational Plan*, last edited on 5 June 2023, https://en.wikipedia.org/wiki/Single_Integrated_Operational_Plan
- [96] Wikipedia, Stichwort R-7, zuletzt bearbeitet am 15. August 2023, <https://de.wikipedia.org/wiki/R-7>
Beschreibung der ersten sowjetischen Interkontinentalrakete R-7, Ende 1960 zwei Start rampen, Startvorbereitung jeweils rund 24 Stunden.
- [97] Arnold R. Isaacs, *Facts about the Vietnam War, Part I: They didn't fight with one hand tied behind their backs*, War on the Rocks, September 11, 2017, <https://warontherocks.com/2017/09/facts-about-the-vietnam-war-part-i-they-didnt-fight-with-one-hand-tied-behind-their-backs/>
Angabe: Im 2. Weltkrieg 3,4 Millionen Tonnen (Mton) Flugzeugsbomben durch USA und Verbündete eingesetzt, im Vietnamkrieg 7 Mton US-Flugzeugsbomben. Ferner 1969 USA in Vietnam 1,56 Mton Munitionsverbrauch, davon 60% aus der Luft, 40% vom Boden (Artillerie etc.). Diese Angabe auf 8 intensive Jahre hochgerechnet führt auf ca. 12 Mton gesamten Munitionsverbrauch der USA im Vietnamkrieg (gegenüber ca. 5 Mton im 2. Weltkrieg an allen Fronten).
- [98] Christian Siepman, *Proteste gegen Nachrüstung: Atomraketen im Nachbargarten*, Der Spiegel, 22.10.2008, <https://www.spiegel.de/geschichte/25-jahre-proteste-gegen-nachruistung-a-947980.html>
- [99] Wikipedia, Stichwort *Krieg in Afghanistan (1979-1989)*, zuletzt bearbeitet am 11. August 2023, [https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg_in_Afghanistan_\(1979%E2%80%931989\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg_in_Afghanistan_(1979%E2%80%931989))
- [100] *Öffnen Sie dieses Tor! Reißen Sie diese Mauer nieder! Rede von US-Präsident Ronald Reagan am 12. Juni 1987 vor dem Brandenburger Tor*, US-Botschaft und Konsulate in Deutschland, 2.06.1987, US Mission Germany, April 25, 2021, <https://de.usembassy.gov/de/offnen-sie-dieses-tor-reisen-sie-diese-mauer-nieder/>
- [101] Wikipedia, Stichwort *National Security Strategy vom September 2002*, zuletzt bearbeitet am 11. Juni 2023, https://de.wikipedia.org/wiki/National_Security_Strategy_vom_September_2002
- [102] *Declaration of the Heads of State and Government participating in the Meeting of the North Atlantic Council, Brussels, 29-30 May, 1989*, NATO Online-Library, updated 27 Oct 2000, <https://www.nato.int/docu/comm/49-95/c890530a.htm>
Zitat in Textabschnitt 26.
- [103] *Das Neue Forum entsteht*, Chronik der Ereignisse 1989/90, 10. September 1989, Die Bundesregierung, 5. August 2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/neues-forum-entsteht-337176>
- [104] Wikipedia, Stichwort *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*, zuletzt bearbeitet am 7. Juli 2023, https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_f%C3%BCr_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa
- [105] *The Soviet Origins of Helmut Kohl's 10 Points*, National Security Archive, George Washington University, November 18, 2009, <https://nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB296/index.htm>
Document No. 1: *Record of Telephone Conversation between George H.W. Bush and Helmut Kohl*, November 17, 1989
- [106] *Zehn-Punkte-Plan, Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1989*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Online-Dokumentation, Ausgabe 14, 2007, https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=eb8e3de0-bb1a-8a78-a08d-568bcd0d677&groupId=252038
- [107] Alfred Herrhausen, *New Horizons in Europe*, in deutscher Übersetzung *Um Freiheit und Offenheit: Denken – Ordnen – Gestalten*, Redeentwurf für „Third Annual Arthur F. Burns Memorial Lecture“ vor dem „American Council on Germany“ in New York am 4. Dezember 1989, <https://www.db.com/files/documents/2022/01-JAN/Alfred-Herrhausen--Denken-Ordnen-Gestalten--Um-Freiheit-und-Offenheit.pdf>
- [108] Wikipedia, Stichwort *Britische Streitkräfte in Deutschland*, zuletzt bearbeitet am 19.6.2023, https://de.wikipedia.org/wiki/Britische_Streitkr%C3%A4fte_in_Deutschland
Noch etwa 750 britische Soldaten in Westdeutschland.
- [109] *Deutsch-französische Brigade*, Bundeswehr, 31.01.2020, <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/heer/organisation/10-panzerdivision/deutsch-franzoesische-brigade>
Seit 1989 stationiert in Müllheim (Baden-Württemberg) und in Frankreich, Gesamtumfang 5.000 Soldaten.
- [110] Wikipedia, Stichwort *Kernwaffen in Deutschland*, zuletzt bearbeitet am 13.8.2023, https://de.wikipedia.org/wiki/Kernwaffen_in_Deutschland
- [111] *Der Runde Tisch*, LEMO (Lebendiges Museum Online), Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stand 26.02.2016, <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/deutsche-einheit/weg-zur-einheit/der-runde-tisch.html>
- [112] Ernst Wolf, *Rückkehr der Geschichte: IWF-Kredite und Ölpreis brachten Sowjetunion zu Fall*, Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 22.02.2015, <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/02/22/rueckkehr-der-geschichte-iwf-kredite-und-oelpreis-brachten-sowjetunion-zu-fall>
Die sowjetische Staatsverschuldung war angewachsen und hatte Ende 1989 den Höchststand von 54 Milliarden US-Dollar erreicht (beim damaligen Wechselkurs 1,88 DM für 1 US-Dollar 102 Milliarden DM).
- [113] *Ergebnisse des Rundtischgespräches am 18. Januar 1990*, Chronik der Mauer, undatiert, Abruf am 19.8.2023, <https://www.chronik-der-mauer.de/material/180404/ergebnisse-des-runden-tisches-der-ddr-am-18-januar-1990>
Beispielhaftes Sitzungsergebnis des Runden Tisches der DDR.
- [114] *Chronik 1990: Deutsche Einheit – der Weg zur Währungsunion*, mdr (Mitteldeutscher Rundfunk), Februar 1990, <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/deutsche-einheit/waehrungsunion/geld-d-mark-wiedervereinigung-100.html#tabs-box2>
- [115] „*Modrows Plan*“ für die Einheit, Die Bundesregierung, 1. Februar 1990, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/-modrows-plan-fuer-die-einheit-910120>
- [116] Manfred Görtemaker, *Gestaltung der Wiedervereinigung*, Bundeszentrale für politische Bildung, 20.10.2015, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/der-weg-zur-einheit-250/214132/gestaltung-der-wiedervereinigung/>
- [117] „*Sie lernt ja täglich dazu*“, Der Spiegel, Nr. 7/1990, 11.02.1990, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/sie-lernt-ja-taeglich-dazu-a-370cdf93-0002-0001-0000-000013497948>
Bericht über die DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft.
- [118] Wikipedia, Stichwort *Liste der Länder nach historischer Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts*, zuletzt bearbeitet am 31. Mai 2023, https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_historischer_Entwicklung_des_Bruttoinlandsprodukts
Rangfolge 1990 (in Mio. US-Dollar): USA 5.979.575, Japan 3.140.669, Sowjetunion 2.659.500, Deutschland (BRD+DDR) 1.592.710, Frankreich 1.278.611, Großbritannien 1.182.997, Italien 1.173.063.
In Verbindung mit:
Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1950 bis 1989, Statista, 01.09.2009, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1055086/umfrage/einwicklung-des-bip-in-der-bundesrepublik-und-der-ddr/>
1989 (umgerechnet in Mio. Euro): BRD 1.399.500, DDR 207.944.
Auswertung: Annahme etwa gleiche Werte 1989 wie 1990, dann Summe Deutschland (BRD+DDR) 1.607.444 Euro entsprechend .592.710 US-Dollar, d.h. BRD allein 1.387.000, damit BRD in Position 4, nach der Sowjetunion, vor Frankreich.
- [119] Ursula Münch, 1990: *Grundgesetz oder neue Verfassung?*, Bundeszentrale für politische Bildung, 01.10.2018, <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43813/1990-grundgesetz-oder-neue-verfassung/>
- [120] Wilfried Loth, *Land Saarland*, Bundeszentrale für politische Bildung, undatiert, Abruf am 17.08.2023,

- <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202061/land-saarland/>
- [121] *Rede des Bundeskanzlers (Kohl) auf der Kundgebung vor der Frauenkirche in Dresden (am 19.12.1989)*, Die Bundesregierung, Bulletin 150-89, 22.12.1989, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-des-bundeskanzlers-auf-der-kundgebung-vor-der-frauenkirche-in-dresden-790762>
- [122] *Transparent „Wir sind ein Volk“*, LEMO (Lebendiges Museum Online), Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 09.12.1989, <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/alltagskultur-transparent-wir-sind-ein-volk.html>
- [123] Elske Rosenfeld, *Wackeliges Gedenken*, Der Freitag, Ausgabe 28/2020, <https://www.freitag.de/autoren/elske-rosenfeld/wackeliges-gedenken>
- [124] *Chronik 1990: Deutsche Einheit – der Weg zur Währungsunion*, mdr (Mitteldeutscher Rundfunk), Februar 1990, <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/deutsche-einheit/waehrungsunion/geld-d-mark-wiedervereinigung-100.html#tabs-box2>
- Einträge 6.2.1990 (Kohls Ankündigung der baldigen Währungsunion), 9.2.1989 (Widerspruch aus der BRD-Wirtschaft), 13./14.2.1990 (Reise der Modrow-Regierung nach Bonn).
- [125] *Die wirtschaftliche Lage der DDR vor der Wende 1989*, Die Bundesregierung, undatiert, Abruf am 18.8.2023, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/die-wirtschaftliche-lage-der-ddr-vor-der-wende-1989-317236>
- [126] Matthias Judt, *RGW: Der sozialistische Wirtschaftsriese und sein Scheitern*, NDR (Norddeutscher Rundfunk), 5.7.2021, <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/RGW-Geschichte-und-Scheitern-des-Wirtschaftsbuendnisses,rgw102.html>
- [127] *Volkammer beschließt neues Wahlgesetz*, Chronik der Ereignisse 1989/90, Die Bundesregierung, Beauftragter für Ostdeutschland, undatiert, Abruf am 18.8.2023, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/volkammer-beschliesst-neues-wahlgesetz-390276>
- [128] *Helmut Kohl in Leipzig gefeiert, in Halle beeiert*, Fotostrecke, Spiegel Geschichte, 19.06.2017, <https://www.spiegel.de/fotostrecke/fotos-helmut-kohl-der-kanzler-der-einheit-fotostrecke-148522.html>
- Bilder von Kohls Wahlkampfede am 14.3.1990 in Leipzig.
- [129] Wikipedia, Stichwort *Volkammerwahl 1990*, zuletzt bearbeitet am 7.6.2023, https://de.wikipedia.org/wiki/Volkammerwahl_1990
- [130] Daniela Dahn, *Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute, Die Einheit – eine Abrechnung*, Hamburg 2019: Rohwohlt Taschenbuch Verlag, ISBN 978-3-4990-0104-8, S. 30: Westdeutsche Zahlungen 7,5 Mio. DM an DDR-Parteien im Wahlkampf März 1990, vorwiegend an die CDU und die DSU. S. 31: Falschmeldung aus dem Bundespresseamt vom 9. Februar 1990: Die DDR stehe kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. S. 36: Abbau von 4 Millionen Arbeitsplätzen in der DDR. S. 38: 95% des Volkseigentums ging in westliche Privathand. S. 39: Volkseigentum zwischen 600 Milliarden und 1 Billion DM.
- [131] *Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik*, 17. Juni 1990, <https://www.verfassungen.de/ddr/verfassungsgrundsaeetze90.htm>
- [132] *Ein ungeteiltes freies Europa. Rede von US-Präsident George Bush in Mainz am 31. Mai 1989*, Chronik der Mauer, <https://www.chronik-der-mauer.de/material/178891/rede-von-us-praesident-george-bush-in-mainz-31-mai-1989>
- Zitat im 20. Textabsatz.
- [133] Wikipedia, Stichwort *Bezirk (DDR)*, zuletzt bearbeitet am 17.2.2023, [https://de.wikipedia.org/wiki/Bezirk_\(DDR\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bezirk_(DDR))
- [134] *Einigung über deutsche Souveränität*, Die Bundesregierung, Chronik der Ereignisse 1989/90, Beauftragter für Ostdeutschland, 2023, Abruf am 22.8.2023, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/15-juli-1990-430096>
- [135] *Archivfund bestätigt Sicht der Russen bei Nato-Osterweiterung*, Welt, Politik Ausland, 18.2.2022, <https://www.welt.de/politik/ausland/article236986765/Nato-Osterweiterung-Archivfund-bestaetigt-Sicht-der-Russen.html>
- [136] Alexander Stinzing, *Detlev Karsten Rohwedder*, Lasalle-Kreis, undatiert, im Anhang der „Osterbrief“ vom 27.03.1991 „An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Treuhandanstalt“, Abruf am 20.8.2023, <https://lassalle-kreis.de/node/1003>
- [137] Christian Nünlist, *Krieg der Narrative – Das Jahr 1990 und die NATO-Osterweiterung*, Sirius – Zeitschrift für Strategische Studien, De Gruyter, Band 2, Heft 4, 14. Dezember 2018, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2018-4007/html?lang=de>
- dort zitiert als Quelle #3: Brief Jelzins an Clinton und weitere vom 15. September 1993, zitiert nach Abdruck in SIPRI Yearbook 1994, Appendix 7, S. 249 f.
- [138] Wikipedia, Stichwort *Euromaidan*, zuletzt bearbeitet am 6. August 2023, <https://de.wikipedia.org/wiki/Euromaidan>
- [139] *Ukraine-Konflikt: Der vergessene Krieg im Osten Europas*, Bundeszentrale für politische Bildung, 10.1.2019, Abruf am 20.8.2023, <https://www.bpb.de/themen/europa/polen-polen-analysen/303998/das-konzept-des-intermarium-und-der-drei-meere-initiative/>
- [140] *Das Konzept des Intermarium und der Drei-Meere-Initiative*, Bundeszentrale für politische Bildung, 21.01.2020, <https://www.bpb.de/themen/europa/polen-polen-analysen/303998/das-konzept-des-intermarium-und-der-drei-meere-initiative/>
- [141] Charlie Campbell / Beijing, *Donald Trump Agrees to Honor the 'One China' Policy in a Call With Xi Jinping*, Time, February 10, 2017, <https://time.com/4666703/donald-trump-one-china-xi-jinping-china-us-taiwan/>
- [142] Wikipedia, Stichwort *Präsidentenschaftswahl in der Ukraine 2019*, zuletzt bearbeitet am 8.3.2023, https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4sidentschaftswahl_in_der_Ukraine_2019
- [143] Erlass des Präsidenten der Ukraine Nr. 117/2021, *Zum Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 „Über die Strategie der Deokkupation und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Territoriums der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“*, 24. März 2021, (auf Ukrainisch, übersetzbar mittels Google Translator), <https://www.president.gov.ua/documents/1172021-37533>
- [144] *Costs of War*, Watson Institute, Brown University, Providence, RI USA, 2023, Abruf am 20.8.2023, <https://watson.brown.edu/costsofwar/figures>
- [145] Russian Federation, *Treaty between the United States of America and the Russian Federation on Security Guarantees (Draft)*, 17.12.2021, https://augengeradeaus.net/wp-content/uploads/2021/12/20211217_Draft_RUS_USA_security_guarantees.pdf
- Russian Federation, *Agreement on Measures to Ensure the Security of the Russian Federation and Member States of the North Atlantic Treaty Organization (Draft)*, 17.12.2021, https://augengeradeaus.net/wp-content/uploads/2021/12/20211217_Draft_Russia_NATO_security_guarantees.pdf
- [146] *Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act of 2022*, U.S. Congress, January 19, 2022, <https://www.congress.gov/bill/117th-congress/senate-bill/3522/text/is>
- [147] (beispielhafter Tagesbericht:) *OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM) Daily Report 39/2022 issued on 19 February 2022*, OSCE, <https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/512629>
- [148] (beispielhafter Tagesbericht:) *OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM) Daily Report 39/2022 issued on 19 February 2022*, OSCE, <https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/512629>
- [149] Frank Nienhuysen, *Russlands Faustpfand am Schwarzen Meer*, Süddeutsche Zeitung, 28.2.2014, <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukrainische-halbinsel-krim-russlands-faustpfand-am-schwarzen-meer-1.1900555>
- [150] *U.S.-Ukraine Charter on Strategic Partnership*, U.S. Department of State, November 10, 2021 <https://www.state.gov/u-s-ukraine-charter-on-strategic-partnership/>
- [151] *Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act of 2022*, U.S. Congress, January 19, 2022,
- [152] *Die Bundesregierung und die gescheiterten Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine im Frühjahr 2022*, Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dagdelen u.a., Deutscher Bundestag, Drucksache 20/6106 vom 22.3.2023, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/061/2006106.pdf>
- [153] Mathias Bölinger, *Streubomben auf Schritt und Tritt*, Deutschlandfunk, 1.5.2010, <https://www.deutschlandfunk.de/streubomben-auf-schritt-und-tritt-100.html>
- [154] Wikipedia, Stichwort *Iris-T*, zuletzt bearbeitet am 18.8.2023, <https://de.wikipedia.org/wiki/IRIS-T>
- [155] *America's Strategic Posture*, Final Report of the Congressional Commission, October 2023, <https://armedservices.house.gov/sites/republicans.armedservices.house.gov/files/Strategic-Posture-Committee-Report-Final.pdf>
- Zitate aus S. vii und ix.
- * * *